

Nachtrag Nr. 2 vom 29. April 2011

gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz („WpPG“)

zum Basisprospekt für

Strukturierte Schuldverschreibungen (einschließlich Pfandbriefe)

vom 11. Mai 2010

geändert durch Nachtrag Nr. 1 vom 04. April 2011

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

(nachstehend „Emittentin“, die „Bank“ oder „Helaba“ oder zusammen mit ihren Tochtergesellschaften auch „Konzern“ genannt)

Dieser Nachtrag wurde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und wird in gedruckter Form bei der Emittentin zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Informationen zum Nachtrag.....	3
Wichtige Hinweise.....	3
Belehrung über das Widerrufsrecht	3
Inhalt dieses Nachtrags	4
Änderung der Zusammenfassung in Bezug auf die Beschreibung der Emittentin (Abschnitt 1.4 des Basisprospekts).....	4
Änderung des Basisprospekts in Bezug auf die Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Abschnitt 3. des Basisprospekts).....	4
Anhang:	
Konzernlagebericht nach den Vorschriften des HGB und Konzernabschluss nach den Grundsätzen der IFRS der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2010	5
- Konzernlagebericht.....	A-1
- Konzernabschluss	A-50
Unterzeichner für die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale.....	6

Allgemeine Informationen zum Nachtrag

Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale übernimmt die Verantwortung für den Inhalt dieses Nachtrags. Die Helaba erklärt, dass die in diesem Nachtrag enthaltenen Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen wurden.

Dieser Nachtrag vom 29. April 2011 („der Nachtrag“) wurde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und wird in gedruckter Form bei der Emittentin zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten.

Wichtige Hinweise

Dieser Nachtrag aktualisiert den auf dem Deckblatt genannten Basisprospekt vom 11. Mai 2010 in Bezug auf die bereit gestellten und in diesem Nachtrag genannten Angaben und bildet mit diesem eine Einheit. Im Hinblick auf zukünftig unter dem Basisprospekt zu begebende Wertpapiere wird die Änderung dadurch kenntlich gemacht, dass in den Endgültigen Bedingungen zusätzlich zur Bezeichnung des Basisprospektes der Zusatz „geändert durch den Nachtrag Nr. 2 vom 29. April 2011“ aufgenommen wird. Die mit diesem Nachtrag bereit gestellten Angaben sind mit den im Basisprospekt zur Verfügung gestellten Angaben im Zusammenhang zu lesen. Die Aushändigung dieses Nachtrags bedeutet zu keiner Zeit, dass die darin enthaltenen Angaben bezüglich der Emittentin zu einem späteren Zeitpunkt als zu dem Datum dieses Nachtrags zutreffend sind oder dass andere im Zusammenhang mit dem Nachtrag zur Verfügung gestellte Angaben zu einem späteren Zeitpunkt zutreffend sind als zu dem Datum des betreffenden Dokuments, in dem diese enthalten sind. Unter den Voraussetzungen des § 16 WpPG wird die Emittentin etwaige weitere Nachträge zum Basisprospekt veröffentlichen.

Belehrung über das Widerrufsrecht

Anleger, die vor Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von unter dem Basisprospekt angebotenen Wertpapieren gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, können diese innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung dieses Nachtrags widerrufen sofern noch keine Erfüllung eingetreten ist. Der Widerruf muss keine Begründung enthalten und ist in Textform gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen, Neue Mainzer Str. 52-58, 60311 Frankfurt am Main, zu erklären. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Inhalt dieses Nachtrags

Die Helaba hat am 29. April ihren Konzernabschluss 2010 nach den Grundsätzen der International Financial Reporting Standards, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, („IFRS“) veröffentlicht. Dieser Konzernabschluss 2010 sowie der Konzernlagebericht 2010 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches („HGB“) der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale und der Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers ist im Anhang dieses Nachtrags beigefügt und ist Bestandteil dieses Nachtrags.

Änderung der Zusammenfassung in Bezug auf die Beschreibung der Emittentin (Abschnitt 1.4 des Basisprospekts)

Die im Basisprospekt im Abschnitt 1.4 enthaltenen Angaben werden unter der Überschrift „Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin“ wie folgt ergänzt:

Die Emittentin hat am 29. April 2011 ihren Konzernabschluss nach den Grundsätzen der IFRS sowie den Konzernlagebericht nach den Vorschriften des HGB für das Geschäftsjahr 2010 veröffentlicht. Der Konzernabschluss 2010 und Konzernlagebericht 2010 wurde von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und erhielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Änderung des Basisprospekts in Bezug auf die Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Abschnitt 3. des Basisprospekts)

Der Basisprospekt wird in Abschnitt 3. unter der Überschrift „Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale“ ergänzt. Diese aufgenommenen Formulierungen aktualisieren darüber hinaus das per Verweis einbezogene Registrierungsformular vom 11. Mai 2010 unter der Überschrift „Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin“ wie folgt:

Historische Finanzinformation

Die Emittentin hat am 29. April 2011 ihren Konzernabschluss nach den Grundsätzen der IFRS sowie den Konzernlagebericht nach den Vorschriften des HGB für das Geschäftsjahr 2010 veröffentlicht. Der Konzernabschluss 2010 und der Konzernlagebericht 2010 wurde von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und erhielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Anhang:
Konzernlagebericht nach den Vorschriften des HGB und Konzernabschluss nach
den Grundsätzen der IFRS der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2010

Die nachfolgenden Seiten A-1 bis A-159 sind dem Geschäftsbericht 2010 der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale entnommen, der bei der Helaba, Neue Mainzer Strasse 52 – 58, 60311 Frankfurt am Main erhältlich oder unter www.helaba.de abrufbar ist.

Konzernlagebericht

84	Geschäfts- und Rahmenbedingungen
89	Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
94	Chancen- und Risikobericht
126	Nachtragsbericht
127	Prognosebericht

Konzernlagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit des Konzerns

Die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) gehört zu denjenigen deutschen Kreditinstituten, die die Belastungen der Finanz- und Wirtschaftskrise aus eigener Kraft, das heißt ohne Inanspruchnahme staatlicher Stützungsmaßnahmen, bewältigt haben. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind:

- das konzernweit angelegte strategische Geschäftsmodell einer integrierten Universalbank mit starkem regionalen Fokus und ausgewählter internationaler Präsenz,
- ein konservatives Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement und einer soliden Eigenkapitalausstattung,
- eine starke Verankerung im Kundengeschäft,
- der weitgehende Verzicht auf Kreditersatzgeschäfte,
- ein langfristig angelegtes Liquiditätsmanagement sowie
- ein hoher Stellenwert des Sparkassenverbund- und des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba beruht auf den drei Säulen Großkundengeschäft, Privatkunden und Mittelstandsgeschäft und dem öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft.

In der Unternehmenssparte Großkundengeschäft konzentriert die Helaba ihre Aktivitäten auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Financial Institutions and Public Finance, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Ziel dieser fokussierten Geschäftsfeldstrategien ist national wie international die Erreichung beziehungsweise der Ausbau von angemessenen Marktpositionen in ausgewählten Marktsegmenten. Vertriebsseitig verfolgt die Helaba einen dualen Ansatz: zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden. Im Wholesale Banking stellen Großunternehmen und der gehobene Mittelstand (MidCaps), institutionelle Kunden sowie öffentliche Gebietskörperschaften und kommunalnahe Unternehmen die wesentlichen Zielkunden dar. Parallel zur weiteren Herausbildung des europäischen Binnenmarktes hat die Helaba in den letzten Jahren die Vertriebsaktivitäten in den Ländern der Europäischen Union (EU) selektiv weiter verstärkt. In der EU unterhält die Helaba Standorte in London, Dublin, Paris und Madrid. Hinzu kommen die unmittelbare Marktpräsenz in den USA über die Niederlassung New York, die Auslandsrepräsentanzen in Moskau und Shanghai sowie das Tochterinstitut Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG in Zürich.

In der Unternehmenssparte Privatkunden und Mittelstandsgeschäft ist die Verbundbankfunktion der Helaba als zentraler Produktlieferant und Dienstleistungsplattform für die Verbundsparkassen in Hessen und Thüringen angesiedelt. Die Region Hessen-Thüringen stellt – auch im europäischen Kontext – einen attraktiven Wirtschaftsraum mit hohem Zukunftspotenzial dar. Im Rahmen des Geschäftsmodells der „wirtschaftlichen Einheit“ mit den 50 Verbundsparkassen erfolgt im gemeinsamen Geschäftsgebiet eine produkt- und kundenseitige Gesamtmarktabdeckung. Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen hat die Helaba in beiden Bundes-

A-3

ländern eine Spitzenposition im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, ein hundertprozentiges Tochterinstitut der Helaba, ist Marktführer im Retail Banking in der Region Frankfurt am Main. Über die Frankfurter Sparkasse und ihre Vertriebsgesellschaft 1822direkt verfügt der Helaba-Konzern auch über ein signifikantes Standbein im nationalen Direktbankgeschäft mit 500.000 Kunden und einem Kundenvolumen von 6,1 Mrd. € Ende 2010. Die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG in Zürich (bis August 2010 firmierend als LB (Swiss) Privatbank AG) bietet direkt beziehungsweise über ihre deutsche Tochterbank Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG in Frankfurt am Main bundesweit für die Sparkassen und deren Kunden Produkte und Dienstleistungen im Private Banking und Wealth Management an.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft nimmt die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben, insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt, wahr. Die WIBank verfügt über die unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen, arbeitet nach dem Prinzip der Wettbewerbsneutralität und ist von der Körperschafts- und Gewerbesteuer befreit. Die Helaba unterhält Beteiligungen an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen sowie an Bürgschaftsbanken und mittelständischen Beteiligungsgesellschaften.

Eigentümer, Kapitalausstattung und Organe der Bank

Eigentümer und Träger der Helaba sind mit einem Anteil von 85 % der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT), dem staatsvertraglich als Mitglieder die Sparkassen in Hessen und Thüringen und ihre kommunalen Träger angehören, das Land Hessen mit einem Anteil von 10 % und der Freistaat Thüringen mit einem Anteil von 5 % am Stammkapital der Bank.

Darüber hinaus haben das Land Hessen zeitlich unbefristete stille Einlagen in Höhe von 1,92 Mrd. €, die Sparkassen in Hessen und Thüringen unbefristete und befristete stille Einlagen in Höhe von 395 Mio. € sowie private und institutionelle Anleger zeitlich unbefristete und befristete Einlagen in Höhe von 658 Mio. € als haftendes Kernkapital in die Helaba eingelegt.

Die Helaba ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt. Die Organe der Bank sind neben dem Vorstand die Trägerversammlung, in der die Eigentümer vertreten sind, und der Verwaltungsrat, der die Aufsichtsfunktion ausübt.

Rating

Seitens der drei führenden Rating-Agenturen Moody's Investors Service (Moody's), Fitch Ratings (Fitch) und Standard & Poor's (S&P) verfügt die Helaba über folgende Ratings für nicht der Gewährträgerhaftung unterliegende Verbindlichkeiten (Stand: 24. Februar 2011):

	Moody's	Fitch	S&P
Langfristig (unbesichert)	Aa2	A+*	A*
Kurzfristig (unbesichert)	P-1	F1+*	A-1*
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	AAA	AAA
Hypothekendarlehen	-	AAA	-
Finanzkraft-/Individual-Rating	C-	B/C*	-

* Gemeinsames Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Die für die Helaba und die Sparkassen von Fitch und Standard & Poor's vergebenen Verbund-Ratings basieren auf dem gemeinsamen Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen sowie den satzungsrechtlich verankerten institutionellen, haftungsmäßigen und wirtschaftlichen Regelungen des Verbundkonzeptes. Seit Mitte 2005, nach Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung, sind die Ratings der Helaba für unbesicherte erst-rangige Verbindlichkeiten bei allen drei Rating-Agenturen unverändert.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung, mit der sowohl Neugeschäfte barwertig bewertet werden als auch das Ergebnis des Bestands periodengerecht abgebildet wird. Die einzelgeschäftliche Steuerung wird dabei für definierte Kernportfolios des Konzerns angewendet und durch weitere Steuerungskreise komplettiert. In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Bilanz- und GuV-Planung abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragsschema werden für die verschiedenen Ergebniskomponenten Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Zur Überwachung der Budgetkompetenzen werden den Geschäftseinheiten zeitnah detaillierte Berichte zur Budgetauslastung zur Verfügung gestellt. Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Helaba. Ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Mitarbeiterförderung trägt wesentlich zur Attraktivität der Helaba als Arbeitgeber bei. Aufgrund eines qualifizierten Personalmanagementsystems werden Potenziale der Mitarbeiter erkannt sowie zielgerichtet entwickelt und gefördert. Individuelle Weiterbildungsmaßnahmen stellen sicher, dass die Mitarbeiter den sich wandelnden Herausforderungen gewachsen sind. Auch die Nachwuchsförderung trägt dazu bei, dass ca. die Hälfte der offenen Stellen durch interne Mitarbeiter besetzt werden kann. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

Das Vergütungssystem der Helaba erfüllt dem Sinn und Zweck nach schon seit Jahren die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten. Einzelne im Wesentlichen noch formal zu erfüllende Anforderungen werden nach Beendigung der erforderlichen Einbindung der Gremien zügig umgesetzt. Im Rahmen der Umsetzung des Rundschreibens 22/2009 vom 21. Dezember 2009 der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurden im Rahmen einer Risikoanalyse zeitnah solche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter identifiziert, die aufgrund ihrer Funktion Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil haben. Bei diesen Beschäftigten wurde für die Abschlussvergütung für das Geschäftsjahr 2009 bereits eine Deferral-Komponente eingeführt. Der 2010 eingerichtete Vergütungsausschuss hat sich in mehreren Sitzungen mit dem aktuellen Vergütungssystem der Helaba auseinandergesetzt; er hat die im Hinblick auf die Regelungen der Instituts-Vergütungsverordnung vorgesehenen Modifikationen diskutiert und Anregungen eingebracht. Dem Personalausschuss des Verwaltungsrates, auf den seitens des Verwaltungsrates die Überwachungsfunktion für das Vergütungssystem übertragen wurde, wurden die auf der Basis des bisherigen Vergütungssystems beabsichtigten Veränderungen vorgestellt. Der Personalausschuss hat das angestrebte Vergütungssystem zur Kenntnis genommen.

Als regional verankertes Kreditinstitut mit öffentlich-rechtlicher Rechtsform übernimmt die Helaba – über ihre kreditwirtschaftlichen Aufgaben und Zielsetzungen hinaus – gesellschaftliche Verantwortung, insbesondere in den Bundesländern Hessen und Thüringen. Die Bank ist direkt beziehungsweise über ihr Tochterinstitut Frankfurter Sparkasse als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens engagiert und fördert herausragende Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen. Die Helaba und die Frankfurter Sparkasse gehören zu den Gründungsmitgliedern des von führenden Finanzunternehmen getragenen Vereins „Frankfurt Main Finance e.V.“, dessen Ziel in der Förderung des internationalen Standortmarketings des Finanzplatzes Frankfurt am Main besteht. Die Frankfurter Sparkasse verfügt über ein validiertes Umweltmanagementsystem gemäß Verordnung (EG) Nr. 76/2001 (EMAS II) und nach DIN EN ISO 14001. Ihr gemeinsames Engagement auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit bringen Helaba und Frankfurter Sparkasse durch den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien zum Ausdruck. Beide Institute gehören auch zu den Unterzeichnern der „Charta der Vielfalt“, einer Selbstverpflichtungserklärung von Unternehmen im Hinblick auf die Sicherstellung einer vorurteils- und diskriminierungsfreien Unternehmenskultur.

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Entgegen der Erwartungen von Beginn des Jahres entwickelte sich die deutsche Konjunktur im Jahresverlauf 2010 sehr dynamisch. Mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 3,7 % konnte ein großer Teil des krisenbedingten Wachstumseinbruchs aus dem Vorjahr wieder aufgeholt werden. Wesentlicher Treiber stellte dabei die Exportnachfrage dar, aber auch die Binnennachfrage entwickelte sich im Jahresverlauf zunehmend positiv. Die Konjunktorentwicklung wurde 2010 weiterhin unterstützt durch die anhaltende Niedrigzinspolitik der international führenden Zentralbanken. Innerhalb der Eurozone wirkte sich während des gesamten Jahres die Diskussion um die Schuldenkrise einzelner Mitgliedsstaaten sehr belastend auf die Finanz- und Devisenmärkte aus. Die Vereinbarung eines finanziellen Rettungsschirms für die Mitgliedsländer der Eurozone sowie begleitende Maßnahmen trugen zunächst im zweiten und dritten Quartal zu einer Marktstabilisierung bei. Der sich zuspitzende Finanzierungsbedarf Irlands sowie anhaltende Diskussionen um die Fähigkeit einzelner anderer Euroländer zur Beschaffung der erforderlichen Mittel an den Märkten zu angemessenen Konditionen lösten zum Jahresende wieder erhebliche Ausweitungen der Risikoprämien aus.

Im Zuge der Euro-Schuldenkrise wurde erstmals auf europäischer Ebene unter Koordination des Europäischen Ausschusses der Bankenaufsichtsbehörden (CEBS) im zweiten Quartal 2010 europaweit ein Stresstest für insgesamt 91 Banken, darunter auch die Helaba, durchgeführt. Die für die Helaba konzernweit ermittelte Kernkapitalquote betrug im adversen Szenario 7,9 % für Ende 2011. Ein zusätzliches Risikoszenario, das einen Crash am Markt für Staatsanleihen simuliert (Sovereign Risk Scenario), führte zu einer Kernkapitalquote von 7,3 %. Der Effekt von 0,6 Prozentpunkten resultierte mit 0,4 Prozentpunkten fast ausschließlich aus dem hohen Exposure gegenüber öffentlichen Gebietskörperschaften in Deutschland. Dies ist Ausdruck des konservativen Risikoprofils der Helaba. Zukünftig sollen unter Leitung der zu Jahresanfang 2011 neu gegründeten European Banking Agency (EBA) regelmäßige Stresstests durchgeführt und deren Ergebnisse publiziert werden. Für das erste Halbjahr 2011 wurde die Durchführung eines solchen Tests bereits angekündigt.

Im Dezember 2010 hat der Baseler Ausschuss der Notenbankgouverneure und Leiter der Aufsichtsbehörden die endgültigen Vorschläge der künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) veröffentlicht. Neben der Einführung zweier neuer Liquiditätskennziffern für die Steuerung der kurz- und langfristigen Liquidität umfasst Basel III insbesondere verschärfte qualitative

und quantitative Anforderungen an die künftige Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten. Diese werden nach Umsetzung in der Europäischen Union und in nationales Recht zum 1. Januar 2013 verbindlich in Kraft treten. Neben einer stufenweisen Einführung der neuen Eigenmittelquoten bis zum Jahr 2019 sieht Basel III für Kreditinstitute in der Rechtsform von „Nicht-Aktiengesellschaften“ eine zehnjährige Übergangsfrist für solche Kapitalinstrumente vor, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an „hartes“ Kernkapital aber nicht mehr erfüllen. Zudem sieht Basel III für Nicht-Aktiengesellschaften, bei Erfüllung entsprechender Voraussetzungen, auch zukünftig die Nutzung von nicht börsennotierten Kapitalinstrumenten als „hartes“ Kernkapital vor.

Regulatorisch wird auf EU-Ebene seit Mitte 2010 die Einführung europaweit einheitlicher Einlagensicherungssysteme zum Schutz von Kundeneinlagen diskutiert. Zentral wird dabei aus deutscher Sicht sein, dass weiterhin die bewährten Institutssicherungssysteme der Sparkassen- und Landesbankenorganisation sowie des genossenschaftlichen Bankensektors fortgeführt werden können.

Im deutschen Bankenmarkt haben die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise den seit Jahren bestehenden Konsolidierungstrend verstärkt und zu weiteren Zusammenschlüssen von Instituten geführt. Zahlreiche Kreditinstitute, auch im Landesbankensektor, befinden sich in auf mehrere Jahre angelegten Restrukturierungs- und geschäftlichen Abbauprozessen. Bei Instituten, die unter das europäische Beihilferecht fallende staatliche Stabilisierungs- und Stützungsmaßnahmen erhalten haben, sind dabei Genehmigungsaufgaben der Europäischen Kommission umzusetzen. Die vom deutschen Gesetzgeber bis Jahresende 2010 eingeräumte Möglichkeit der Auslagerung von Wertpapieren und sonstigen nicht strategischen Geschäftsbeständen auf Abwicklungsgesellschaften unter dem Dach des staatlichen Sondervermögens Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) wurde von zwei Kreditinstituten genutzt. In Deutschland trat zu Jahresbeginn 2011 das Restrukturierungsfondsgesetz in Kraft. Bestandteil dieses Gesetzes ist die Einführung von Beiträgen der Kreditwirtschaft zur Finanzierung eines Fonds zur Restrukturierung von Kreditinstituten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die aus den versteuerten Betriebsergebnissen zu leistenden Beiträge sollen sich jährlich auf ein Volumen von ca. 1,3 Mrd. € belaufen. Des Weiteren ermöglicht das Anfang 2011 in Kraft getretene Restrukturierungs- und Abwicklungsgesetz die Sanierung und Reorganisation von in wirtschaftliche Schieflage geratenen Kreditinstituten.

Beurteilung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2010 geprägt von der dynamischen Konjunktur in Deutschland und der hohen Volatilität an den Finanzmärkten im Gefolge der Schuldenkrise einzelner Euroländer. In diesem wirtschaftlichen Umfeld hat sich das operative Geschäft der Helaba weiter positiv entwickelt. Das kundengetriebene Kapitalmarktgeschäft hat in Verbindung mit einer Stabilisierung an den Finanzmärkten zu einem erfreulichen Handelsergebnis beigetragen. Zugleich bestand im Kreditgeschäft aufgrund der verbesserten Kundenbonitäten im Vorjahresvergleich ein deutlich niedrigerer Risikovorsorgebedarf. Infolge dieser Risikolage und der unverändert bestehenden guten Liquiditätsversorgung war die Geschäftssteuerung der Helaba 2010 mit Blick auf die sich mit Basel III abzeichnenden höheren aufsichtsrechtlichen Anforderungen wesentlich an Eigenkapitalzielen ausgerichtet. Dementsprechend beteiligt sich die Helaba nicht am Wettbewerb um Geschäftsabschlüsse zu nicht kostendeckenden Preisen. Im Kreditgeschäft mit Kunden wurde im mittel- und langfristigen Neugeschäft ein Abschlussvolumen von 10,5 Mrd. € erreicht. Davon entfielen 4,5 Mrd. € auf Immobilienkredite, 3,1 Mrd. € auf das Corporate Finance-Geschäft, 1,0 Mrd. € auf das Sparkassengeschäft und 1,0 Mrd. € auf Kredite an öffentliche Gebiets-

körperschaften. Diese Fokussierung der Kreditvergabe auf Kerngeschäftsfelder entspricht der realwirtschaftlichen Ausrichtung des strategischen Geschäftsmodells der Helaba. Aufgrund ihres hohen Marktstandings konnte die Helaba zur fristenkongruenten Refinanzierung des Neugeschäftsvolumens an den Geld- und Rentenmärkten problemlos die erforderlichen Mittel beschaffen. Bei mittel- und langfristigen Refinanzierungen sind ungedeckte Bankschuldverschreibungen sowie öffentliche und Hypothekendarlehen die wesentlichen Refinanzierungsinstrumente. Für die Refinanzierungsbasis des Konzerns stellen die Kundeneinlagen im Retail-Geschäft eine zusätzliche Diversifizierung der Refinanzierungsquellen dar.

Auch im Geschäftsjahr 2010 erzielt die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte sowie stiller Einlagen, die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt. Mit einer Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2010 von 9,6% und einer gesamten Eigenmittelquote von 14,4% verfügt der Helaba-Konzern über eine komfortable Eigenmittelausstattung.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Veränderung des Konsolidierungskreises

Ende Dezember 2010 hat die Helaba ihren bisherigen Anteil von 80% an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG auf 45% reduziert. Entsprechend war eine Entkonsolidierung der Gruppe vorzunehmen und die verbleibenden Anteile werden at Equity bilanziert. Einzelne Zweckgesellschaften aus dem Umfeld der HANNOVER LEASING werden jedoch weiterhin voll konsolidiert, weil die Mehrheit der Chancen und Risiken der Helaba zustehen.

Weitere Veränderungen betreffen insbesondere Objektgesellschaften aus dem Geschäft mit geschlossenen Fonds und der Immobilienprojektierung.

Die Veränderung des Konsolidierungskreises im Geschäftsjahr 2010 hatte keinen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Helaba konnte ihr Konzernergebnis im Geschäftsjahr 2010 auf dem hohen Vorjahresniveau halten. Bedingt durch die schnelle Erholung der deutschen Wirtschaft fiel der Risikovorsorgebedarf niedriger aus als ursprünglich erwartet. Die positive Entwicklung im operativen Geschäft wurde etwas beeinträchtigt durch die sehr volatile Bewertung bei Wertpapieren und Fremdwährungspositionen, die aus der Schuldenkrise einiger europäischer Staaten resultiert. Das Ergebnis vor Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen fiel mit 398 Mio. € (2009: 343 Mio. €) besser aus als ursprünglich geplant. Nach Steuern wird ein Konzernjahresergebnis von 298 Mio. € (2009: 323 Mio. €) ausgewiesen. Die einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie folgt:

Der Zinsüberschuss liegt mit 1.017 Mio. € auf Vorjahresniveau (2009: 1.029 Mio. €). Die Steigerung des Zinsüberschusses aus dem Kundengeschäft konnte die Belastungen durch das niedrigere Zinsniveau und die Abwertung des US-Dollars weitgehend kompensieren. Über ein Viertel des Zinsüberschusses entfällt auf das Retail-Geschäft der Frankfurter Sparkasse.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beträgt 285 Mio. € (2009: 487 Mio. €). Auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen entfiel eine Nettozuführung von 241 Mio. € (2009: 311 Mio. €). Die für nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildete Portfoliowertberichtigung blieb gegenüber dem Vorjahr konstant, so dass kein Zuführungsbedarf bestand (2009: 142 Mio. €). Der Saldo aus Direktabschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen für Risiken aus dem außerbilanziellen Kreditgeschäft und Eingängen aus abgeschriebenem Forderungen beträgt 44 Mio. € (2009: 34 Mio. €). Nach Risikovorsorge ist der Zinsüberschuss von 542 Mio. € auf 732 Mio. € gestiegen.

Der Provisionsüberschuss konnte mit 249 Mio. € (2009: 227 Mio. €) deutlich erhöht werden. Dabei entwickelten sich die Provisionen aus dem Bankgeschäft der Helaba positiv, wobei dies teilweise auf die Verschmelzung der früheren Investitionsbank Hessen auf die WIBank im August 2009 zurückzuführen ist. Zudem wurde erstmals im Geschäftsjahr 2010 der Provisionsüberschuss der seit Ende 2009 vollkonsolidierten Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ausgewiesen. Die Provisionen aus dem Depot- und Wertpapiergeschäft der Frankfurter Sparkasse waren hingegen leicht rückläufig.

Das Handelsergebnis beläuft sich auf 148 Mio. € (2009: 315 Mio. €). Hier ist zu berücksichtigen, dass das außerordentlich hohe Handelsergebnis des Vorjahres von Wertaufholungen im Nachgang der Finanzmarktkrise 2007/2008 geprägt war. Im Geschäftsjahr 2010 war eine stark volatile Entwicklung zu beobachten, bedingt durch die Verunsicherung der Märkte aufgrund der hohen Staatsverschuldung einiger EU-Staaten. Die damit verbundenen Credit Spread- und Wechselkursveränderungen belasteten das Handelsergebnis im ersten Halbjahr. Bereits im zweiten Halbjahr kehrten sich die Belastungen weitgehend wieder um. Die Handelsaktivitäten wurden im Wesentlichen vom Einzelinstitut getätigt und sind schwerpunktmäßig auf den Zinshandel ausgerichtet.

Der Rückgang des Ergebnisses aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option von 52 Mio. € im Vorjahr auf 6 Mio. € im Geschäftsjahr 2010 ist ebenfalls vor dem Hintergrund zu werten, dass im Vorjahr aufgrund sukzessive liquider werdender Märkte die Spreads wieder kleiner geworden waren und dadurch Bewertungsgewinne entstanden. Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, in dem der ineffektive Teil von Mikro-Hedges ausgewiesen wird, beträgt –1 Mio. € (2009: 40 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen hat sich mit –34 Mio. € (2009: –38 Mio. €) nur leicht verbessert. Die realisierten Veräußerungsgewinne und -verluste aus Finanzinstrumenten der Kategorie Available-for-Sale (AFS) liegen bei 5 Mio. € (2009: 0 Mio. €). Abschreibungen und Zuschreibungen betreffen überwiegend Beteiligungen; der Saldo beträgt –39 Mio. € (2009: –38 Mio. €). Aus assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die at Equity bewertet werden, resultiert ein Ergebnisbeitrag von 9 Mio. € (2009: 20 Mio. €).

Das Sonstige betriebliche Ergebnis hat sich von 225 Mio. € auf 357 Mio. € stark erhöht. Dies ist insbesondere auf den Wegfall von Belastungen aus Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und Rückstellungen zurückzuführen. Die Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte betragen insgesamt 11 Mio. € (2009: 105 Mio. €). Das ebenfalls im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesene Ergebnis aus Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, wird überwiegend von der GWH-Gruppe erwirtschaftet und beträgt 140 Mio. € (2009: 114 Mio. €).

A-9

Die Erhöhung des Verwaltungsaufwandes auf 1.068 Mio. € (2009: 1.040 Mio. €) ist auf Konsolidierungskreisveränderungen des Jahres 2009 zurückzuführen, die sich erstmals 2010 ganzjährig in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewirkt haben. Bereinigt um die konsolidierungskreisbedingte Erhöhung hat der Verwaltungsaufwand um 25 Mio. € abgenommen. Der Personalaufwand hat sich von 498 Mio. € auf 536 Mio. € erhöht. Im Jahresdurchschnitt wurden im Konzern 6.180 Mitarbeiter beschäftigt (2009: 5.890). Der Sachaufwand konnte von 542 Mio. € auf 532 Mio. € reduziert werden. Darin enthalten sind 105 Mio. € (2009: 121 Mio. €) Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte.

Den Verwaltungsaufwendungen stehen operative Erträge in Höhe von 1.751 Mio. € (2009: 1.870 Mio. €) gegenüber, so dass sich eine Cost Income Ratio von 61,0 % (2009: 55,6 %) ergibt. In die operativen Erträge sind der Zinsüberschuss vor Risikovorsorge, der Provisionsüberschuss, das Handelsergebnis, das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option, das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, die Ergebnisse aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen sowie das Sonstige betriebliche Ergebnis einbezogen. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (aus fortgeführten Geschäftsbereichen) hat sich von 7,2 % auf 7,9 % erhöht.

Der Ertragsteueraufwand beträgt 100 Mio. € (2009: 80 Mio. €). Demnach konnte das Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen um 13 % auf 298 Mio. € gesteigert werden.

Zusätzlich wurde im Vorjahr ein Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen in Höhe von 60 Mio. € aus dem Abgang von zwei Objektgesellschaften der Gruppe HANNOVER LEASING ausgewiesen. Nur deshalb ist das Konzernjahresergebnis, nach Berücksichtigung des Ergebnisses aus aufgegebenen Geschäftsbereichen, von 323 Mio. € im Vorjahr auf 298 Mio. € gesunken. Davon entfällt auf konzernfremde Anteilseigner von konsolidierten Tochtergesellschaften wie im Vorjahr –1 Mio. €, so dass den Gesellschaftern des Mutterunternehmens 299 Mio. € (2009: 324 Mio. €) zuzurechnen sind. Hiervon ist ein Betrag von 28 Mio. € zur Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen stillen Einlagen und ein Betrag von 38 Mio. € zur Ausschüttung vorgesehen.

Das Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2010 konnte von 281 Mio. € um 23,8 % auf 348 Mio. € gesteigert werden. Neben dem Konzernjahresergebnis, wie es in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird, gehen hier als Sonstiges Ergebnis erfolgsneutral im Eigenkapital erfasste Ergebnisse der Periode ein. Das Sonstige Ergebnis von 50 Mio. € (2009: –42 Mio. €) ist maßgeblich auf Bewertungsgewinne von Finanzinstrumenten der Kategorie AfS zurückzuführen. Belastet haben, bedingt durch die Reduzierung des Diskontierungszinssatzes, versicherungsmathematische Verluste.

Bilanz

Die Konzernbilanzsumme der Helaba nahm im Geschäftsjahr 2010 um 2,2 % beziehungsweise 3,7 Mrd. € auf 166,2 Mrd. € ab. Der Rückgang der Bilanzsumme ist maßgeblich auf die gezielte Reduzierung der Handelsaktiva zurückzuführen. Das Geschäftsvolumen, in das zusätzlich zu den Aktiva auch außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Bankgeschäft und Treuhandgeschäfte eingehen, nahm um 3,9 % auf 193,2 Mrd. € (2009: 201,1 Mrd. €) ab.

Die Forderungen an Kreditinstitute sind um 2,7 % auf 14,4 Mrd. € (2009: 14,8 Mrd. €) gesunken. Von diesem Forderungsvolumen entfallen 6,8 Mrd. € (2009: 6,9 Mrd. €) auf Refinanzierungsmittel, die den Sparkassen in Hessen und Thüringen zur Verfügung gestellt wurden. Die Forderungen an Kunden erhöhten sich geringfügig auf 87,7 Mrd. € (2009: 87,5 Mrd. €). Damit beträgt der Anteil an der Bilanzsumme 52,8 %. Von den Forderungen an Kunden betreffen 1,5 Mrd. € (2009: 1,8 Mrd. €) Wertpapiere, deren Ausweis im Zuge der Umkategorisierung im Geschäftsjahr 2008 geändert wurde (siehe hierzu Anhangangabe (65)).

Der Bestand an Wertberichtigungen auf Forderungen ist von 1,2 Mrd. € auf 1,3 Mrd. € gestiegen. Von diesem Betrag entfallen 248 Mio. € (2009: 246 Mio. €) auf Portfoliowertberichtigungen, die auf nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildet werden.

Die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Handelsaktiva wurden – wie bereits im Vorjahr – auch im Geschäftsjahr 2010 gezielt abgebaut. Der Rückgang von 42,8 Mrd. € auf 39,2 Mrd. € ist auf den Abbau der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere auf 25,4 Mrd. € (2009: 29,9 Mrd. €) zurückzuführen, die den Schwerpunkt der Handelsaktiva bilden. Die positiven Marktwerte der zu Handelszwecken gehaltenen Derivate sind hingegen von 5,8 Mrd. € auf 6,6 Mrd. € gestiegen. Unter den Finanzanlagen, die um 1,0 Mrd. € auf 17,7 Mrd. € erhöht wurden, liegt der Anteil der Schuldverschreibungen bei 95 %.

Der Rückgang der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, der Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerte sowie der sonstigen Aktiva ist auf die Entkonsolidierung der Gruppe HANNOVER LEASING zurückzuführen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden um 1,5 Mrd. € auf 31,7 Mrd. € reduziert. Auf Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen entfallen 2,2 Mrd. € (2009: 2,7 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden werden mit 40,9 Mrd. € (2009: 41,9 Mrd. €) ausgewiesen. Hier haben sich insbesondere die Namensschuldverschreibungen und begebenen Schuldscheindarlehen reduziert, während die Einlagen von Privatkunden gesteigert werden konnten. Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen 13,4 Mrd. € (2009: 13,3 Mrd. €) auf die Frankfurter Sparkasse. Die Bauspareinlagen betragen 3,3 Mrd. € (2009: 3,2 Mrd. €).

Die verbrieften Verbindlichkeiten haben sich um 1,9 Mrd. € auf 40,4 Mrd. € erhöht, insbesondere durch die Emission öffentlicher Pfandbriefe und Hypothekendarlehen, die zum Bilanzstichtag mit 9,8 Mrd. € (2009: 7,5 Mrd. €) ausgewiesen werden.

Der Rückgang der Handelspassiva von 42,1 Mrd. € im Vorjahr auf 38,5 Mrd. € ist auf den gesunkenen Refinanzierungsbedarf infolge des Abbaus der Handelsaktiva zurückzuführen. Dabei wurden insbesondere aufgenommene Termingelder von 23,5 Mrd. € auf 20,4 Mrd. € und begebene Geldmarktpapiere von 9,9 Mrd. € auf 8,4 Mrd. € reduziert.

Das Nachrangkapital von 4,5 Mrd. € blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

A-11

Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2010 beträgt das Eigenkapital des Konzerns 5,2 Mrd. € (2009: 4,9 Mrd. €). Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf dem Gesamtergebnis von 348 Mio. € (2009: 281 Mio. €). In den Gewinnrücklagen sind erfolgsneutral erfasste versicherungsmathematische Gewinne aus Pensionsverpflichtungen nach latenten Steuern in Höhe von 58 Mio. € (2009: 115 Mio. €) enthalten. Der Rückgang ist im Wesentlichen durch die Reduzierung des Diskontierungszinssatzes verursacht. Die erfolgsneutrale Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern veränderte sich von –196 Mio. € auf –91 Mio. €. Zur Verminderung der negativen Neubewertungsrücklage haben Bewertungsgewinne und Abschreibungen beigetragen.

Verbriefungstransaktionen

In Anlehnung an die Empfehlungen des Financial Stability Forum wird im Folgenden über das Engagement der Helaba im Verbriefungsgeschäft berichtet. Über das von der Helaba initiierte Asset Backed Commercial Paper-Programm OPUSALPHA werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Neben den Kundentransaktionen befindet sich in OPUSALPHA ein ABS-Portfolio, das nach IAS 27/SIC 12 konsolidiert wird, weil die Chancen und Risiken mehrheitlich der Helaba zustehen. Darüber hinaus haben die Helaba und ihre Tochtergesellschaften auch direkt in ABS-Wertpapieren investiert.

Zum 31. Dezember 2010 gliedert sich das gesamte Engagement in ABS-Wertpapieren des Konzerns nach Produktarten und Rating-Klassen wie folgt:

31.12.2010	Buchwert in Mio. €	Volumina nach Rating-Klassen				
		AAA	AA	A	BBB	BB und geringer
RMBS	559	57,6 %	30,1 %	9,6 %	2,4 %	0,3 %
CMBS	366	6,7 %	51,9 %	24,9 %	15,7 %	0,8 %
CDO/CLO	568	26,6 %	15,9 %	42,0 %	6,3 %	9,2 %
Sonstige ABS	158	43,5 %	12,7 %	13,4 %	30,4 %	–
ABS Gesamt	1.651	34,4 %	28,3 %	24,5 %	9,4 %	3,4 %

Nachfolgend die entsprechende Gliederung zum 31. Dezember 2009:

31.12.2009	Buchwert in Mio. €	Volumina nach Rating-Klassen				
		AAA	AA	A	BBB	BB und geringer
RMBS	669	57,2 %	32,7 %	9,0 %	0,9 %	0,3 %
CMBS	394	6,7 %	53,3 %	29,1 %	11,1 %	–
CDO/CLO	755	39,4 %	30,5 %	18,5 %	7,2 %	4,4 %
Sonstige ABS	222	59,3 %	8,6 %	8,5 %	17,9 %	5,4 %
ABS Gesamt	2.040	41,1 %	33,2 %	16,4 %	7,0 %	2,3 %

Die ABS-Wertpapiere waren bis zum 30. Juni 2008 zum beizulegenden Zeitwert bewertet und unter den Handelsaktiva beziehungsweise den Finanzanlagen ausgewiesen. Anschließend wurden diese Wertpapiere weitgehend umgegliedert und sind zum Bilanzstichtag unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Nähere Erläuterungen sind in Anhangangabe (66) enthalten.

Im Rahmen von Verbriefungstransaktionen werden Liquiditätslinien ausgereicht, die zum Teil in Anspruch genommen sind. Zum 31. Dezember 2010 bestehen für fremde Verbriefungsplattformen Liquiditätslinien in Höhe von 0,2 Mrd. € (2009: 0,5 Mrd. €), davon sind am 31. Dezember 2010 wie im Vorjahr 0,1 Mrd. € in Anspruch genommen. Die für OPUSALPHA bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 1,2 Mrd. € (2009: 1,0 Mrd. €), davon sind am 31. Dezember 2010 1,0 Mrd. € (2009: 0,7 Mrd. €) in Anspruch genommen.

Chancen- und Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßigen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken in der Helaba und den in das gruppenweite Risikomanagement eingebundenen Konzernunternehmen fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Risikostrategie des Helaba-Konzerns ist abgeleitet aus der Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns. Die Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns ist eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und bildet gleichzeitig den Rahmen für die Risikostrategie.

Im Mittelpunkt der Risikostrategie steht das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals bei gleichzeitiger Sicherstellung der Liquidität und eines konservativen Risikoprofils. Deshalb ist das Risikomanagementsystem wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausge-reifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung stetig weiterentwickelt.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen Risiken die Risikostrategie fest und trägt für deren Umsetzung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochtergesellschaften werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen ihrer gesellschaftsrechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Konzerngesellschaften unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und der gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten in das Controllinginstrumentarium der einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein konzernweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmechanismen.

Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften (Compliance) von existenzieller Bedeutung.

Klare Kompetenzen

Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass dies eingehalten wird und bestehende beziehungsweise mögliche Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt werden.

Funktionstrennung

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort zu implementieren, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen.

Transparenz

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch des Risikomanagements) anfallen, stehen in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Auflagen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die Helaba meldet das regulatorische Kapital seit dem 1. Januar 2007 nach den Regelungen des Foundation-IRB-Ansatzes.

Risikobewusstes Verhalten

Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängt von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab.

Prüfung

Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des Internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung**Risikoarten**

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit der Helaba. Je nach Wahrscheinlichkeit und Bedeutung ihres Eintretens wird hinsichtlich der Steuerung dieser Risiken unterschieden zwischen „wesentlichen Risiken“ und „Sonstigen Risiken“. Die Helaba hat folgende wesentliche Risikoarten identifiziert und definiert:

- Das Adressenausfallrisiko ist das Risiko eines Verlustes oder entgangenen Gewinnes aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners. Das Adressenausfallrisiko umschließt das gesamte Kreditgeschäft gemäß § 19 Abs. 1 Kreditwesengesetz (KWG) inklusive Settlementrisiken (Kontrahtenrisiko: Risiko aus dem klassischen Kreditgeschäft, Wiedereindeckungsrisiko sowie Vorleistungs- und Abwicklungsrisiko) und das spezifische Länderrisiko.
- Das Marktpreisrisiko besteht in der Möglichkeit der negativen Wertveränderung von bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften aufgrund von unerwarteten Veränderungen der zugrunde liegenden Marktparameter wie Zinssätze, Aktien- und Devisenkurse, Rohstoffpreise sowie deren Volatilitäten.

A-15

- Liquiditätsrisiken können bei bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften auftreten. Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt: Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko einer nicht ausreichenden Liquidität für die Erfüllung der täglichen Zahlungsverpflichtungen. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich, wenn aufgrund einer nicht adäquaten Steuerung der Kostenrisiken der Mittelbeschaffung und der Ertragsrisiken der Geldanlage ein unausgewogenes Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur entsteht. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Finanzinstrumenten, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) definiert als die Gefahr von Verlusten, die in der Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder in der Folge externer Ereignisse eintreten. Hierzu zählen auch rechtliche Risiken.
- Unter dem Immobilienprojektierungsrisiko werden Termin-, Qualitäts-, Kosten- beziehungsweise Vermarktungsrisiken im Rahmen des Immobilienprojektentwicklungsgeschäftes zusammengefasst, die sich bei Eintritt negativ auf den kalkulierten Deckungsbeitrag der Projektentwicklung auswirken. Hierzu gehören nicht Risiken aus Immobilienfinanzierungen sowie Risiken aus Bestandsobjekten, bei denen Gesellschaften des Helaba-Konzerns Eigentümer sind oder eine eigentümerähnliche Stellung haben (Risiken aus Mietausfällen, Leerständen usw.).
- Unter das Fonds-Platzierungsrisiko fällt das Risiko der zu platzierenden Eigenkapitalanteile von Fonds-Projekten (geschlossene Fonds) bei der Beteiligung HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG. Hierunter fallen auch Kostenrisiken im Zusammenhang mit erhöhtem Vertriebsaufwand sowie Ertragsrisiken aus nicht erzielten Konzeptionserlösen und weitere Kosten für das Arrangieren einer zusätzlichen Finanzierung bei Nichtplatzierung des noch einzuwerbenden Eigenkapitalanteils. Davon abzugrenzen sind Risiken aus dem Asset Management und Fonds-Geschäft von Kapitalanlagegesellschaften in der Helaba (zum Beispiel Helaba Invest) sowie das Platzierungsrisiko im Rahmen der Weitersyndizierung von Krediten oder sonstigen Vermögensgegenständen.
- Beteiligungsrisiken (als Residualrisikoart) resultieren aus einem möglichen Rückgang des Anteilswerts, aus ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, aus Verlustübernahmen oder aus Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen sowie aus Garantien oder Patronats-erklärungen.

Über die wesentlichen Risikoarten hinaus werden unter „Sonstige Risiken“ strategische Risiken, Reputationsrisiken, steuerliche Risiken und die Auslagerungsrisiken zusammengefasst.

- Das strategische Risiko stellt das Risiko dar, dass bezüglich des Geschäftsmodells und der wesentlichen Entwicklungen und Trends im Bankensektor unternehmensstrategische Entscheidungen getroffen werden, die sich nachhaltig negativ auf die Ertragskraft und die Zukunftsfähigkeit der Bank auswirken.
- Reputationsrisiko ist das Risiko, dass durch Belastungen und Veränderungen der Reputation Handlungen der Stakeholder ausgelöst werden, die Auswirkung auf die wirtschaftliche Situation der Helaba haben.

- Steuerliche Risiken ergeben sich durch Veränderungen des Steuerrechts durch Gesetzgebung oder geänderte Rechtsprechung.
- Auslagerungsrisiken entstehen, wenn ein anderes Unternehmen mit der Wahrnehmung von Aktivitäten und Prozessen im Zusammenhang mit der Durchführung von Bankgeschäften, Finanzdienstleistungen oder sonstigen institutstypischen Dienstleistungen beauftragt wird, die ansonsten von der Helaba selbst erbracht würden.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig. Im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses für das Kreditgeschäft beziehungsweise das Handelsgeschäft sind die zentralen Überwachungsbereiche in die Autorisierung neuer Produkte einbezogen.

2. Risikoquantifizierung

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung der einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz.

3. Risikosteuerung

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Diese umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand unter Beachtung der bestehenden bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfall- und Länderrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der Beteiligungs- und Immobilienprojektierungsrisiken, der Rechtsrisiken sowie der operationellen und sonstigen Risiken. Zielsetzung sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken im Helaba-Konzern, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem bewilligt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Unterhalb des Risikoausschusses operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegt innerhalb des Bankbuches die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegen die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie die zentrale Koordinierungsfunktion im Syndizierungs-, Strukturierungs- und Platzierungsgeschäft. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlementrisiken sowie für Länderrisiken und die Fonds-Platzierungsrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstandes beziehungsweise des Verwaltungsrates oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen größer 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikocontrolling der Konzern-Unternehmen der Helaba-Gruppe

Die Risiken der Beteiligungen werden unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das Risikocontrolling der Helaba einbezogen. Hierzu erfolgt eine Klassifikation der Beteiligungen in vier Kategorien:

Klasse 1

Vollständige Einbindung in die Risikoquantifizierungs- und -steuerungsprozesse; Bereitstellung transaktionaler oder hinreichend granularer Daten für die interne Risikoquantifizierung nach eigenen Methoden;

Klasse 2

Bereitstellung von Risikogrößen oder aggregierter Kennzahlen auf Basis von einheitlichen Konzernvorgaben zur Einbindung in die risikoartenspezifischen Steuerungsprozesse;

Klasse 3

Übernahme von Darstellungen und Analysen im Rahmen bestehender Risikoberichterstattungen der Konzerngesellschaft;

Klasse 4

Keine wesentlichen risikoartenspezifischen Risiken; Risiken werden im Rahmen des residualen Beteiligungsrisikos abgebildet.

Die Einstufung wird für jede Konzerngesellschaft und Risikoart separat vorgenommen.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen, sowie die jeweilige Methodenkompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und -steuerung einschließlich Marktfolge Kredit ist bis in die Vorstandsebene klar vollzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen erreicht.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Tabelle genannten Bereiche zentral für die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling verantwortlich:

Risikoarten	Risikosteuernde Bereiche	Risikoüberwachende Bereiche
Adressenausfallrisiken	Marktbereiche Kredit Kapitalmärkte Aktiv-/Passivsteuerung	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling (Portfolioebene), Marktfolge Kredit (Einzelengagementebene)
Marktpreisrisiken	Kapitalmärkte Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Liquiditätsrisiken	Kapitalmärkte (Geldhandel) Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Operationelle Risiken	Alle Bereiche	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling, Recht (rechtliche Risiken)
Beteiligungsrisiken	Marktbereiche	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling, Vorstandsstab und Konzernstrategie
Immobilienprojektierungsrisiken	Immobilienmanagement/ Tochtergesellschaften	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling
Fonds-Platzierungsrisiken	Marktbereiche	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling

A-19

Die wesentlichen Risikoarten aus dem Bankgeschäft, das heißt Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, werden für den engen Konzernkreis des Einzelinstituts und der Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG zentral überwacht. Zentral überwacht werden auch Immobilienprojektierungsrisiken, die vorwiegend bei der Tochter OFB, aber auch bei anderen immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen und im Einzelinstitut auftreten. Ebenso sind neben dem Einzelinstitut die wesentlichen Tochtergesellschaften in das zentrale Risikomanagementsystem für operationelle Risiken integriert. Über die Einbeziehung der wesentlichen Risiken relevanter Beteiligungen in das risikoartenspezifische Risikocontrolling hinaus erfolgten eine Berichterstattung der Beteiligungsrisiken und eine separate Quantifizierung für Beteiligungen, die nicht in die zentrale Überwachung der einzelnen Risikoarten einbezogen sind. Dadurch ist die konzernweite Risikoüberwachung gewährleistet.

Neben den in oben dargestellter Tabelle genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei:

Interne Revision

Die Interne Revision prüft und beurteilt die Aktivitäten der Bank sowie von Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Prüfungstätigkeit der Internen Revision erstreckt sich grundsätzlich auf alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der jeweiligen Betriebs- beziehungsweise Geschäftstätigkeit berücksichtigt werden. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung sind in Prüfungsdokumentationen festgehalten. Die zuständigen Vorstände sowie die Verantwortlichen für die geprüften Bereiche erhalten eine ausführliche Berichtsausfertigung. Sämtliche Vorstandsmitglieder werden grundsätzlich über das Gesamtergebnis einschließlich wesentlicher Feststellungen von Prüfungen durch einen Kurzbericht informiert. Der Vorstand berichtet dem Verwaltungsrat halbjährlich über wesentliche Feststellungen der Internen Revision.

Compliance, Geldwäsche und Datenschutz

Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle, des Datenschutz- und des Konzerngeldwäschebeauftragten eingerichtet. Die Compliance-Stelle überwacht Insiderinformationen und Wohlverhaltensregeln. Sie identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit wertpapierhandelsrechtlichen Risikopotenzialen. Die Konzerngeldwäschebeauftragte, die auch für die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und als Koordinationsstelle für die Betrugsbekämpfung zuständig ist, ergreift mit ihrer Group Policy entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben, mit Hilfe aktueller Gefährdungsanalysen des Konzerns (Geldwäsche, Betrugsbekämpfung) und mit dem Einsatz modernster Monitoring- und Research-Software, angemessene Maßnahmen gegen Rechts- und Reputationsrisiken. Die Datenschutzbeauftragte überwacht die Einhaltung und Umsetzung der Datenschutzgesetze.

Diese unabhängigen Funktionen sind fachlich unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken, insbesondere auch der Reputationsrisiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass diejenigen quantifizierbaren wesentlichen Risiken, bei denen im Eintrittsfall eigenkapitalwirksame Verluste entstehen, jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Vor dem Hintergrund der am 14. August 2009 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) veröffentlichten MaRisk-Novellierung ist die Risikotragfähigkeitskonzeption der Helaba weiterentwickelt worden. Die Umsetzung der MaRisk-Novellierung vom 15. Dezember 2010 wurde begonnen und wird in 2011 abgeschlossen sein.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Immobilienprojektierungs- und Beteiligungsrisiken ein. Dabei werden für die Risikoarten mittlere Verlustrisiken und ein interner Kapitalbedarf im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung quantifiziert sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung von Kern- und Gesamtkapital Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit wird in Bezug auf die Marktpreisrisiken das Ergebnis des regulatorischen Zinsschocks sowie für die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als Ergebnisgröße ausgewiesen.

Neben einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden die Auswirkungen dreier verschiedener Stressszenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Im Rahmen von quantitativen Stressszenarien wird zwischen einem makroökonomischen Stressszenario und einem Szenario extremer Marktverwerfungen unterschieden, deren Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden. In einer qualitativen Stressbetrachtung werden für die einzelnen Risikoarten hypothetische qualitative Stressszenarien definiert und deren Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit untersucht.

Den Risikopotenzialen der jeweiligen Szenarien werden für die Überprüfung der Risikotragfähigkeit unterschiedliche Bestandteile der Risikodeckungsmassen, die in einem mehrstufigen Schema strukturiert sind, gegenübergestellt. Die Risikodeckungsmasse I geht von einem nachhaltigen Betriebsergebnis bezogen auf einen Zeitraum von einem Jahr aus. Die Risikodeckungsmasse II besteht aus dem Aufwand zur Bedienung der stillen Einlagen sowie aus Reserven mit Vorsorgecharakter. Dabei werden auch unterjährig festgelegte Veränderungen der Risikovorsorge berücksichtigt. Die mittleren Verlustrisiken des Basisszenarios werden dem nachhaltigen Betriebsergebnis (Risikodeckungsmasse I) gegenübergestellt. In den Stressbetrachtungen wird zusätzlich die Risikodeckungsmasse II zur Abdeckung der Risiken herangezogen.

Die Risikopotenziale aus dem internen und dem regulatorischen Kapitalbedarf werden jeweils der Summe der regulatorisch anerkannten Eigenmittel zuzüglich der Buchwerte von Abzugskapitalbeteiligungen gegenübergestellt. Diese Deckungsmasse gibt die maximale Höhe der Risikoposition vor, die bei gegebenen Eigenmitteln im Helaba-Konzern eingegangen werden kann, um die Mindestanforderungen nach SolvV zu erfüllen.

A-21

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2010 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert die konservative Risikoeinstellung der Helaba.

Im Basisszenario kann die Abdeckung der mittleren Verlustrisiken komplett durch das nachhaltige Betriebsergebnis erfolgen; es besteht ein zusätzlicher Kapitalpuffer in Höhe von 0,2 Mrd. €. Der Kapitalpuffer gegenüber dem regulatorischen Kapitalbedarf beträgt 3,7 Mrd. €. Gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen im internen Kapitalbedarf besteht ein Kapitalpuffer in Höhe von 4,9 Mrd. €.

Zum Stichtag 31. Dezember 2010 beträgt im Helaba-Konzern die regulatorische Gesamtkapitalquote 14,4 % (31. Dezember 2009: 13,5 %) und die Kernkapitalquote 9,6 % (31. Dezember 2009: 8,8 %). Auch bei einem simuliertem Eintritt der Stressszenarien liegen die von der Helaba erreichten Kapitalquoten deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und ist somit einbezogen in den auf dem Prinzip der Institutssicherung basierenden bundesweiten Haftungsverbund zwischen der Sicherungsreserve, den regionalen Sparkassenstützungsfonds und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutsichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von besonderen Risikolagen und die risikoorientierte Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen und die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Darüber hinaus gehören satzungsrechtlich die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des SGVHT als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung und räumt Gläubigern der angeschlossenen Institute ein unmittelbares, betragsmäßig unbegrenztes Forderungsrecht ein. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 % der gemäß SolvV gewichteten aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva der angeschlossenen Institute. Er ist Ende 2010 mit ca. 530 Mio. € dotiert. Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der SGVHT die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Für das Förderinstitut WIBank, das im Jahr 2009 aus der Verschmelzung der Investitionsbank Hessen auf die LTH – Bank für Infrastruktur entstanden und rechtlich als unselbstständige Anstalt in der Helaba organisiert ist, besteht zudem unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen.

Adressenausfallrisiken

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfeldes als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die MaRisk verbindlich festgelegt wurde. In der Kreditrisikostrategie wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Kreditrisikostrategie wird jährlich überprüft und mit dem weiteren Ausbau der aktiven Kredit-Portfolio-Steuerung sukzessive weiterentwickelt. Darüber hinaus wird der Umgang mit Adressenausfallrisiken durch detaillierte portfoliospezifische Lending Policies und unterjährige Risikobegrenzungsstrategien geregelt.

Basel II

Mit der Regelung der angemessenen Eigenkapitalausstattung (Basel II/EU-Capital Requirements Directive) wurden im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht und parallel in der EU weitreichende Bankregulierungsvorschriften eingeführt, die mit der SolvV in Deutschland umgesetzt worden sind. Im Rahmen der Umsetzung von Basel III (CRD II–IV) sind neue regulatorische Anforderungen umzusetzen. Die Helaba wendet den Basisansatz für interne Ratings gemäß Basel II/SolvV an. Es ist beabsichtigt, mittelfristig zum fortgeschrittenen Ansatz für interne Ratings zu wechseln.

Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem zentralen Risiko-Datenpool sind die Regelungen nach Basel II/SolvV Bestandteil der Verfahren und Systeme in der Helaba. Zudem sind die Regelungen in den Prozessen der Helaba umgesetzt.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah sämtliche kontrahentenbezogenen Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Überwachung obliegt dem Bereich Kreditrisiko- und Konzerncontrolling. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

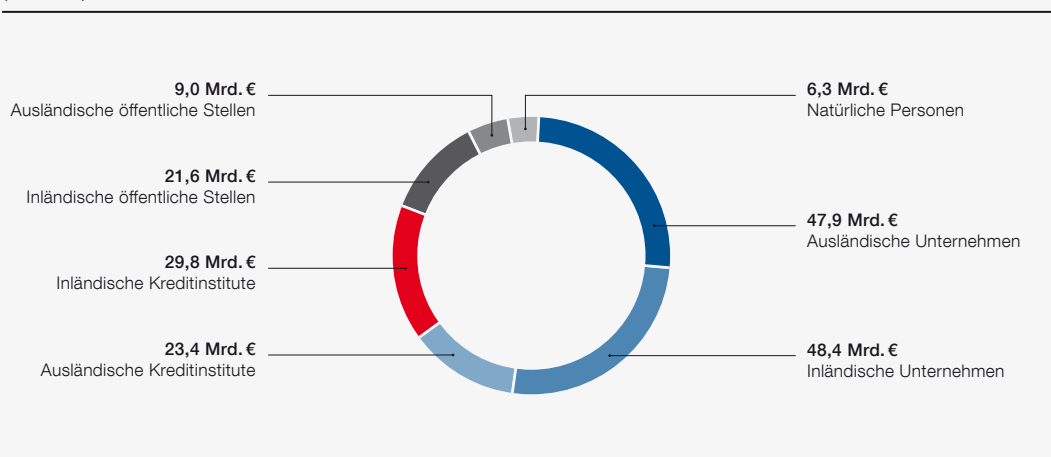
Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlime auf Konzern-Ebene erfasst. Auf diese Gesamtlime werden alle Arten von Krediten gemäß §19 Abs. 1 KWG, sowohl aus Handels- als auch als Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Separat zu bewilligende Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften werden unabhängig von ihrer Zuordnung zum Handels- oder Bankbuch in voller Höhe auf Limite für Settlement-Risiken angerechnet.

Die bewilligten Gesamtlime werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Unternehmensbereiche allokiert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2010, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des engen Konzernkreises (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG) in Höhe von 186,4 Mrd. €, aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen (enger Konzernkreis)

(Grafik 1)



Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit den – gemäß der Groß- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV) ermittelten – Kreditäquivalenzbeträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

Ergänzend werden unter „Sonstigen wirtschaftlichen Risiken“ Sekundärrisiken, zum Beispiel aus Leasingengagements (Leasingnehmer), erhaltene Bürgschaften und Garantien oder Exporteurrisiken, beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Helaba verfügt über gemeinsam mit dem DSGV (nationale Immobilienfinanzierungen und Firmenkunden) beziehungsweise anderen Landesbanken (internationale Immobilienfinanzierungen, Projekt-, Schiffs- und Flugzeugfinanzierungen, Leveraged Finance-Transaktionen, Leasingfinanzierungen, Banken, Versicherungen, Corporates, Länder- und Transferrisiken sowie internationale Gebietskörperschaften) entwickelte interne Rating-Systeme. Daneben wurde für Verbriefungen von Darlehens- und Handelsforderungen sowie für Commodity Trade-Transaktionen ein eigenes Einstufungsverfahren entwickelt. In diesen Rating-Verfahren werden die Kreditnehmer beziehungsweise Transaktionen einer Rating-Klasse zugeordnet, der über eine einheitliche 25-stufige Skala eine Einjahres-Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zugewiesen wird (Ausfall-Rating).

Da die Ermittlung der kunden- beziehungsweise transaktionsspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) allein noch keine Einschätzung der Verlustrisikopotenziale eines Geschäftes ermöglicht, werden danach weitere relevante risikomindernde beziehungsweise -erhöhende Faktoren des je-

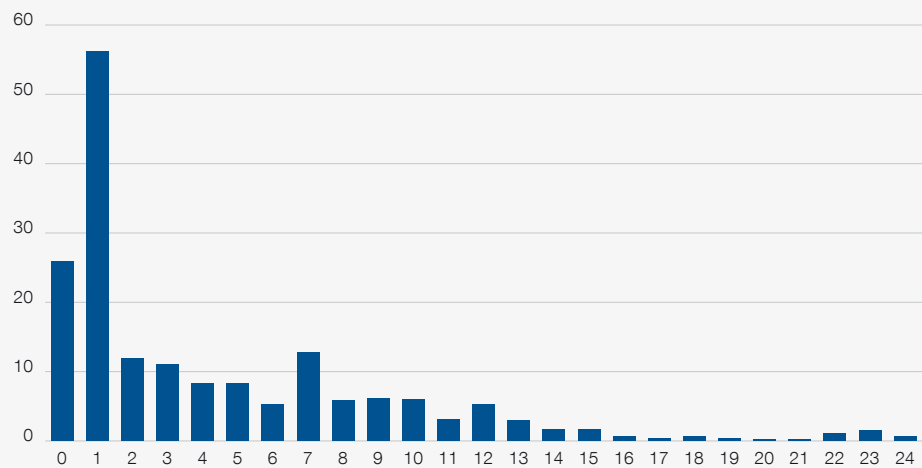
weiligen Kreditgeschäftes (insbesondere Restlaufzeit, Besicherung, Rangigkeit der Finanzierung) betrachtet. Die Bank hat dafür ergänzend zum Ausfall-Rating ein Risiko-Rating entwickelt, mit dem segmentübergreifend ein Vergleich des Risikogehaltes von Geschäften ermöglicht wird. Das Risiko-Rating bildet näherungsweise den erwarteten Verlust (Expected Loss, EL) ab. Dazu werden ausgehend vom Ausfall-Rating die EL-relevanten Anpassungen zur Bestimmung des Risiko-Ratings vorgenommen.

Im engen Konzernkreis (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG) teilt sich das Gesamtkreditvolumen in Höhe von 186,4 Mrd. € nach Risiko-Rating-Klassen wie in Grafik 2 dargestellt auf.

Gesamtkreditvolumen nach Risiko-Rating-Klassen (enger Konzernkreis)

(Grafik 2)

in Mrd. €



Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Risikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach Basel II/SolvV ausschöpfen zu können. Es genügt den umfangreichen und komplexen Anforderungen an die Nutzung, Abbildung und Anerkennung von „klassischen“ Kreditsicherheiten (insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften, Verpfändungen und Abtretungen von Forderungen und Wertpapierpositionen, Registerpfandrechte auf Schiffe und Flugzeuge), die im Basisansatz für interne Ratings gestellt werden. Das Sicherheitenverwaltungssystem stellt seinen Datenbestand dem zentralen Risiko-Datenpool bereit, der wiederum die Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen durchführt.

Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung. Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutgruppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2010 belief sich auf weniger als das Dreifache der haftenden Eigenmittel.

Länderlimite werden für alle Länder mit Ausnahme der Länder der Eurozone (bis auf Griechenland, Malta, Portugal, Irland, Zypern, Slowenien und Slowakei) und weiterer insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen, Kanada) festgelegt. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Unterlimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich von der Abteilung Volkswirtschaft/Research im Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie überprüft (Erstvotum). Veränderungen der politischen oder wirtschaftlichen Lage eines Landes aufgrund aktueller Ereignisse führen auch unterjährig zu einer außerplanmäßigen Überprüfung der Einstufung. Auf der Basis dieser Länder-Ratings werden dem Länderlimit-Ausschuss, dem mit dem Auslandsgeschäft befasste Leitungsfunktionsträger angehören, Vorschläge für Länderlimite unterbreitet. Der Länderlimit-Ausschuss führt diese vorwiegend volkswirtschaftlich fundierten Vorschläge mit bankspezifischen, geschäftspolitischen und risikomethodischen Überlegungen zu einem Gesamturteil zusammen, auf dessen Basis der Bereich Marktfolge Kredit das Zweitvotum als abschließenden Limitvorschlag für den Vorstand abgibt. Der Vorstand setzt – unter Berücksichtigung der Stimmen und der Risikogruppierung – Limite für die einzelnen Länder fest.

Die in den Länderrisikogruppen jeweils zulässigen Geschäftsarten sind in einer Matrix festgelegt. In Abhängigkeit von der jeweiligen Risikogruppe umfasst diese Matrix neben den Kredit- und Wertpapiergeschäften auch die verschiedenen Formen der Kapitalmarktfinanzierungen, Geld- und Devisenhandelsgeschäfte sowie den Handel mit Derivaten. Abgestuft nach der Risikogruppe nehmen die Geschäftsmöglichkeiten ab. Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Das Länderrisiko im engen Konzernkreis in Höhe von 53,9 Mrd. € konzentriert sich regional vorwiegend auf Europa (81,7 %) und Nordamerika (15,1 %). Es ist per 31. Dezember 2010 zu 91,5 % der Länder-Rating-Klasse 0 zugeordnet. Weitere 7,5 % werden in den Rating-Klassen 1–9 generiert. Lediglich 0,1 % ist mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

Die Zuordnung der einzelnen Länderrisikopositionen erfolgt grundsätzlich nach dem Domizilprinzip. Allerdings wird dieses Prinzip, das auf das Sitzland des Kreditnehmers abstellt, aus wirtschaftlichen Gründen modifiziert. Unter bestimmten Voraussetzungen wird das Risiko auf das Sitzland der Kon-

zernmutter, des Leasingnehmers oder bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen.

Bewilligungsverfahren

Das Bewilligungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Verwaltungsrates beziehungsweise eines seiner Ausschüsse; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risiko-beurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend der MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den Bereich Marktfolge Kredit.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Kreditnehmereinheit die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch das Global-Limit-System gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Kreditnehmereinheit zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Die Quantifizierung von erwarteten und unerwarteten Adressenausfallrisiken erfolgt über den zentralen Risiko-Datenpool. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des erwarteten Verlustes (Expected Loss) einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung erfolgt für regulatorische Zwecke auf der Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorischer LGD. Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß SolvV vorzuhaltende Eigenkapital einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung zum Ansatz gebracht. Darüber hinaus erfolgt in der internen Steuerung eine verfeinerte Quantifizierung unerwarteter Verluste aus Adressenausfallrisiken durch Berücksichtigung intern geschätzter LGD-Parameter. Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stress-situationen aufzuzeigen.

Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäftes sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft festgelegt.

Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Erfassung und Fortschreibung der Einzelwertberichtigungen erfolgt in der Credit Loss Database, die als zentrale Datei für ausfallgefährdete Engagements dient.

Marktpreisrisiken

Risikosteuerung

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für deren effektive Begrenzung und Steuerung. In Abhängigkeit der Geschäftstätigkeit und des Kapitalanteils der Helaba werden die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Helaba Dublin, die direkt aus der Bank heraus gesteuert wird, die Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Hier erfolgt die Quantifizierung der Marktpreisrisiken nach den Methoden der Helaba.

Die Bank betreibt im Rahmen ihrer Handelstätigkeit als wesentliche Handelsformen Kundenhandel, Eigenhandel und Fristentransformation. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuches (Helaba-Einzelinstitut sowie Tochtergesellschaft Helaba Dublin) liegt in der Verantwortung des Bereiches Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung des Bankbuches, das sich in erster Linie aus Positionen der Aktiv-/Passivsteuerung sowie strategischen Positionsnahmen und dem Überhang der unverzinslichen Mittel zusammensetzt. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den Rückflussbestand eigener Emissionen.

Limitierung von Marktpreisrisiken

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Kreditausschuss des Verwaltungsrates eingebunden. Dieser genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird. Die Vorbereitung dieser Entscheidung erfolgt durch den Risikoausschuss.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits allokiert der Vorstand über den Dispositionsausschuss Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. In den Handelsbereichen werden ferner Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung


Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereiches Risikocontrolling Handel. Hierzu gehören neben der Risikomessung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme trägt wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produktes setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung, Risikomessung sowie für das Rechnungswesen und Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests und Sensitivitätsanalysen ergänzt wird. Das **Money-at-Risk (MaR)** gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (**Konfidenzniveau**) nicht überschritten wird.

 Siehe Glossar S. 256

 Siehe Glossar S. 256

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraumes von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Grafik 3 enthält eine Stichtagsbetrachtung der insgesamt eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2010 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 74% auf Positionen in Euro und 16% auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken, Japanischen Yen und Britischen Pfund.

Konzern-MaR nach Risikoarten zum Jahresultimo (31.12.)

(Grafik 3)

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Gesamt	65,6	71,8	57,3	64,4	0,9	1,5	7,4	5,9
Handelsbuch	16,9	28,2	16,1	25,0	0,4	0,8	0,4	2,4
Bankbuch	60,8	57,6	52,5	51,8	1,0	1,0	7,3	4,8

Allen Risikomesssystemen liegt ein modifizierter **Varianz-Kovarianz-Ansatz** oder eine **Monte-Carlo-Simulation** zugrunde. Letztere ist insbesondere für die Abbildung komplexer Produkte und Optionen vorteilhaft. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

 [Siehe Glossar S. 257](#)

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der Risikomesssysteme sowie der zugehörigen Schnittstellen gewährleistet eine permanent hohe Qualität der Risikomessung. Auch eine intensive Marktdatenpflege sowie die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Internes Modell gemäß Solvabilitätsverordnung

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes **Internes Modell** gemäß SolvV, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt. Neben Swap-, Government- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich ratingabhängige Zinskurven zur Bewertung innerhalb der linearen Risikomessung eingesetzt.

 [Siehe Glossar S. 256](#)

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstages und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 4 ist das MaR des Handelsbuches (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin) für das Geschäftsjahr 2010 dargestellt. Im Gesamtjahr 2010 betrug das durchschnittliche MaR 20,0 Mio. €, der maximale Wert 26,5 Mio. € und der minimale Wert 13,1 Mio. €.

Tägliches MaR des Handelsbuches im Geschäftsjahr 2010

(Grafik 4)



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Tochtergesellschaft in Dublin, die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikomessung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikomessung an den Standorten.

Grafik 5 zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin).

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2010

Anzahl der Handelstage: 253

(Grafik 5)

o MaR in Mio. €

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Gesamt
Zinsänderungsrisiko	20,3	19,1	16,5	14,8	17,5
Währungsrisiko	0,7	0,6	1,0	1,0	0,9
Aktienrisiko	3,0	1,6	0,9	0,8	1,6
Gesamtrisiko	24,0	21,3	18,4	16,6	20,0

Für die Frankfurter Sparkasse ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt ein MaR von 0,1 Mio. €. Das durchschnittliche MaR des Handelsbuches der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG beläuft sich auf 0,6 Mio. €.

Backtesting

Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Risikoarten ein Clean **Backtesting** durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.



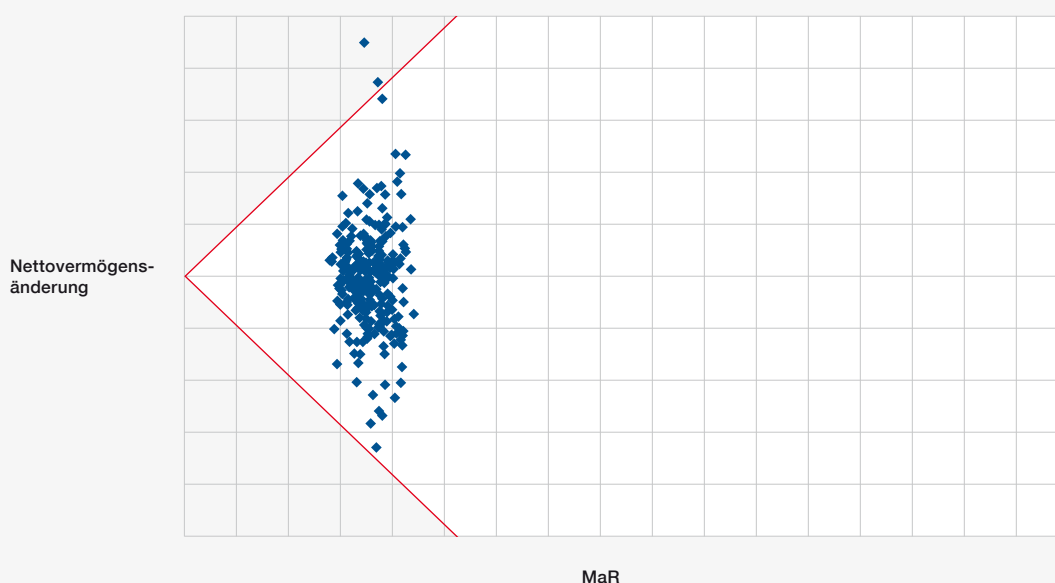
Siehe Glossar S. 256

A-31

In Grafik 6 ist das Backtesting für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin) über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2010 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf. Positive Überschreitungen wurden zwei beobachtet.

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2010

(Grafik 6)



Im Internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko, das aus den Modellkomponenten MaRC² und ELLI besteht, traten im Jahr 2010 keine negativen Ausreißer auf.

Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikomessung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spreadänderungen durch. Wie bereits in den Vorjahren beteiligte sich die Helaba an einer Erhebung der Deutschen Bundesbank zur Analyse von Auswirkungen extremer Marktwertänderungen auf das Handels- und Bankbuch. Diese Stresstests orientieren sich an den Szenarien des FSAP (Financial Sector Assessment Program) des Internationalen Währungsfonds (IWF). Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken im Bankbuch

Zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikozahlen werden durch täglich erstellte Fristenablaufbilanzen ergänzt, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Zinsänderungsrisiken im Bankbuch der Helaba setzen sich aus Positionen der Aktiv-/Passivsteuerung sowie den strategischen Positionsnahmen des Dispositionsausschusses und dem Überhang der unverzinslichen Mittel zusammen. Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil der Anforderungen nach Basel II. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefordert. Bei der Umsetzung in nationales Recht gibt die deutsche Bankenaufsicht einen Anstieg der Zinskurve um 130 Basispunkte beziehungsweise eine Senkung um 190 Basispunkte vor. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2010 zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 77,4 Mio. € führen (31. Dezember 2009: 19,4 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten führt die Bank regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durch. Dabei wird die erzielte Performance zum durchschnittlichen MaR in Beziehung gesetzt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditätsrisiken

Die Sicherung der Liquidität besitzt für die Helaba erste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2010 jederzeit vollumfänglich gesichert.

Für 2011 steht die Weiterentwicklung des Liquiditätsmanagements in Bezug auf die Erfüllung der neuen aufsichtsrechtlichen Vorgaben aus Basel III und den neuen MaRisk an. Der Aufbau des für

die Erfüllung der kurzfristigen Liquiditätsanforderungen nach Basel III notwendigen hochliquiden Wertpapierbestandes soll daher sukzessive, bereits beginnend im Jahr 2011, erfolgen.

Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditätsrisiken; das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung seiner Zahlungsfähigkeit verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba. Die dabei angewandten Methoden sind an das Helaba-Verfahren angelehnt.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Während der Geldhandel die tägliche Zahlungsfähigkeit steuert, ist der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung im Rahmen der strukturellen Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäftes unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur verantwortlich. Die zentrale Steuerung der liquiden Sicherheiten (Collateral Management) erfolgt ebenfalls durch die Aktiv-/Passivsteuerung.

Der Bereich Risikocontrolling Handel berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stressszenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stressszenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stresstests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren, der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird mittels eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird konservativ unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken im Collateral Management verwendet werden und damit belegt sind, werden dem liquiden Wertpapierbestand nicht zugerechnet. Maßgebliche Währungen im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität sind für die Helaba in erster Linie Euro, gefolgt von US-Dollar.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Szenarien abgebildet werden. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von 30 Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling Handel. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz beträgt zum Bilanzstichtag 40 % (bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 52 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2010 bei 41 %. Limitüberziehungen liegen im gesamten Berichtszeitraum nicht vor.

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Lombardfazilitäten bei der Europäischen Zentralbank (EZB).

Die zentral in einer Datenbank erfassten außerbilanziellen Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. In Abhängigkeit von der internen Risikoklassifikation werden Liquiditätskosten berechnet und den verantwortlichen Fachbereichen zugewiesen. Die zu bevorratende Liquidität wird seit dem Jahr 2002 mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert. Backtesting-Untersuchungen haben gezeigt, dass während der letzten Jahre der Finanzmarktkrise jederzeit mehr Liquidität bevorratet als tatsächlich gezogen wurde.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,0 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist ein Anstieg um 0,3 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr, der durch selektiv vergebene neue Liquiditätszusagen begründet ist. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Jahresende kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor (2009: 0,02 Mrd. USD).

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der Liquidität hat die Helaba im Geschäftsjahr 2010 immer voll erfüllt. Die Kennziffer gemäß Liquiditätsverordnung beträgt zum Bilanzstichtag 1,64 (Mindestgröße 1,00).

Seit Februar 2011 verfügt die Helaba zudem über die Anerkennung ihrer Liquiditätssteuerungs- und -messverfahren als Internes Modell gemäß § 10 Liquiditätsverordnung.

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das Zentrale Dispositionssystem die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäftes der Helaba. Dieses umfasst im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsanlagebestandes sowie die mittel- und langfristige Finanzierung. Die Steuerung erfolgt auf Basis Cashflow-orientierter Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätskongruenzen limitiert sind. Die Überwachung erfolgt durch den Bereich Risikocontrolling Handel. Wesentliches Ziel der Liquiditätsdisposition ist die Sicherung der kalkulierten betriebswirtschaftlichen Erfolge aus dem Aktivgeschäft.

Das Refinanzierungsmanagement (Mittelbeschaffung) verfolgt als wesentliche Zielsetzung die Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung von mittel- und langfristigen Passivmitteln sowie die Begrenzung der Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungsmitteln. Strukturelle Liquiditätsengpässe werden durch möglichst fristenkongruente Refinanzierungen sowie eine Diversifikation

der Refinanzierungsquellen (Produkte, Märkte, Investoren) vermieden. Schnittstellen zum Geldhandel ergeben sich, wenn Liquiditätsunterdeckungen oder -überhänge kurzfristig refinanziert beziehungsweise angelegt werden.

Marktliquiditätsrisiko

Die Messung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenariorechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Festlegung der Risikotoleranz

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditätsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos, die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten.

Operationelle Risiken

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit dem Baseler Ausschuss und den nationalen Eigenkapitalvorschriften wird in der Helaba das operationelle Risiko definiert als die „Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder in Folge von externen Einflüssen eintreten“. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind nicht Teil des operationellen Risikos. Basierend auf den nationalen Anforderungen der Bankenaufsicht an die regulatorische Eigenkapitalunterlegung und auf den MaRisk verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management von operationellen Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken auf Basis der Komponenten Schadensfälle und Risiken identifiziert, bewertet und gesteuert.

Das Management und das Controlling operationeller Risiken werden im Ansatz der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Fachbereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Das Controlling operationeller Risiken ist zentral im Bereich Kreditrisiko- und Konzerncontrolling angesiedelt.

Zum Thema operationelle Risiken ist die Helaba in verschiedene Arbeitskreise des Bundesverbandes öffentlicher Banken (VÖB) eingebunden. Zielsetzung der Zusammenarbeit ist die Abstimmung in fachlichen Umsetzungsfragen und der Aufbau einer technischen Standardlösung. So wird das EDV-System zum Management operationeller Risiken regelmäßig mit Vertretern anderer Banken gemeinsam weiterentwickelt und um neue Funktionalitäten ergänzt. In einem weiteren Arbeitskreis wurde mit anderen Banken, im Wesentlichen Landesbanken, ein gemeinsames Datenkonsortium aufgebaut, über das seit 2006 Informationen über Schadensfälle aus operationellen Risiken ausgetauscht werden.

Instrumentarium

Seit 2007 wendet die Helaba den Standardansatz für die Eigenmittelunterlegung und das Risikomanagement von operationellen Risiken an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung von operationellen Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch ist ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten möglich.

Die systematische Klassifizierung von operationellen Risiken erfolgt auf Basis des Helaba-Risikomodells. Das Helaba-Risikomodell basiert ausschließlich auf den Baseler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank. Diese Anwendung wird in regelmäßigen Abständen durch fachliche Vorgaben weiterentwickelt.

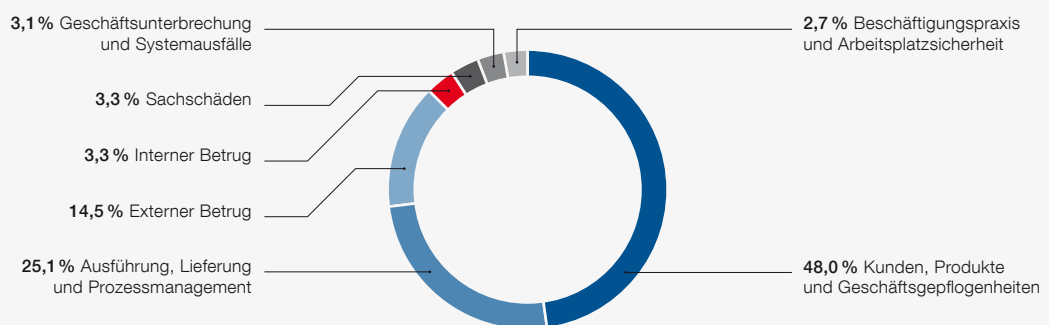
Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Risikoüberwachung

In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Fachbereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Die nachfolgende Grafik 7 enthält das Risikoprofil des engen Konzernkreises zuzüglich weiterer Tochtergesellschaften des Jahres 2010:

Erwarteter Verlust per 31. Dezember 2010 nach Verlustereignissen
(Grafik 7)



A-37

Der erwartete Verlust (inklusive von operationellen Risiken induzierte Kreditrisiken) betrug per 31. Dezember 2010 27,0 Mio. € (31. Dezember 2009: 25,6 Mio. €).

Das Gesamtrisikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Zumeldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VÖB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung

Die Quantifizierung von operationellen Risiken für die aufsichtsrechtliche Eigenmittelunterlegung gemäß der SolvV erfolgt nach dem Standardansatz. Für die interne Steuerung erfolgt eine Quantifizierung auf Basis der erhobenen Schadensfalldaten sowie der quantitativen Risikoeinschätzung der Fachbereiche. Neben der Schätzung erwarteter Verluste wird über die separate Modellierung von Eintrittshäufigkeit und Schadenshöhe eine Quantifizierung für die unerwarteten Verluste vorgenommen.

Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach MaRisk vorgeschriebenen Organisationsrichtlinien. Darin werden die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung geregelt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Bankorganisation unterstützt.

IT-Sicherheit und Ausfallplanung

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der IT-Sicherheit sind die Basis für ein aufsichtsrechtlich angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Um das Niveau der IT-Sicherheit kontinuierlich zu verbessern, werden durch ein IT-Security-Audit aufsichtsrechtliche und interne Anforderungen zur IT-Sicherheit regelmäßig an ausgewählten Auditobjekten sowie bei Auslagerungsunternehmen überwacht.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende IT-Sicherheitskonzepte und IT-Standards haben das Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominderung definiert und umgesetzt werden. Diese Konzepte und Standards werden kontinuierlich weiterentwickelt. Damit sind die vier Säulen der IT-Sicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden.

Die Bereiche der Helaba haben für ihre kritischen Geschäftsaktivitäten prozessbasierte Ausfallplanungen dokumentiert, die einer kontinuierlichen Weiterentwicklung sowie regelmäßigen Tests unterliegen. Die Aufrechterhaltung des notwendigen und geordneten Geschäftsbetriebes in Ausfallsituationen wird dadurch ermöglicht.

Für den an die Finanz Informatik Technologie Service (vormals IZB Informatik-Zentrum) ausgelagerten Rechenzentrumsbetrieb bestehen – auch dezentrale Systeme betreffende – Vereinbarungen in den Service Level Agreements zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebes beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba und der Finanz Informatik Technologie Service getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Am Rechnungslegungsprozess des Helaba-Konzerns Beteiligte sind einerseits einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt werden und lokale (Teil-)Abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS, die WIBank sowie alle konsolidierten und at Equity bewerteten Gesellschaften oder Teilkonzerne. Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird andererseits aus den Abschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung der Konzernabschluss nach IFRS erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.



Siehe Glossar S. 256

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereiches Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine offene Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung von GOB/GOBS gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlusssausagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen im Rechnungslegungsprozess sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Auch konzernrechnungslegungsbezogene Vorgaben, die insbesondere von der Konzernmutter und den einbezogenen Teilkonzernen zu beachten sind, sind hier geregelt. Der Regelungsumfang umfasst neben den konzerneinheitlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres in sich auf Plausibilität geprüft, daneben werden die Abschlusszahlen mit Planungen sowie mit Erwartungen und Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Hierzu sind für jede Meldestelle und für jede Notes-Angabe auf Konzernebene Verantwortliche und deren Stellvertreter festgelegt. Nach der Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Recht

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereiches Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Nach dem Grundverständnis der Bank werden wesentliche Vorhaben von rechtlicher Relevanz mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies möglich und sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereiches Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls im Bereich Recht; je nach Fachgebiet existieren auch dazu allgemeine Vorgaben, verbunden mit einer Pflicht zur Abstimmung in zweifelhaften und grundlegenden Fällen.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo solche Erklärungen von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt auch für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen. Die interne Berichterstattung des Bereiches Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch die Mitwirkung an Vorstandsvorlagen, Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Immobilienprojektierungsrisiken

Unter das Immobilienprojektierungsrisiko werden die Risiken aus Projektentwicklungen von Immobilien gefasst, die sich aus Termin-, Qualitäts-, Kosten- und Vermarktungsrisiken ergeben.

Immobilienprojektierungsrisiken treten vorrangig in den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften der OFB-Gruppe (OFB Projektentwicklung GmbH) und der GWH-Gruppe (GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, im Rahmen des Bauträgergeschäftes) sowie in direkt oder mittelbar von der Helaba gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften auf.

Bei den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften obliegt die unmittelbare Steuerung der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt hier auf mehreren Stufen:

- Operative Steuerung – dezentral in den jeweiligen Beteiligungen durch die Geschäftsführung
- Strategische Steuerung – zentral durch die Aufsichtsgremien der Beteiligungsgesellschaften und den Bereich Immobilienmanagement

Bei den direkt oder mittelbar gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften liegt die operative und strategische Risikosteuerung im Bereich Immobilienmanagement.

Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument dient die viermal jährlich erstellte Chancen- und Risikoübersicht zur Identifikation und Verfolgung zukünftiger, nicht budgetierter Projektchancen und -risiken. Darin werden Chancen, Kosten-, Ertrags- und sonstige Vermögensrisiken in einem strukturierten Prozess ermittelt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Budget im Sinne einer Risikotragfähigkeitsanalyse und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit anhand bestimmter Eintrittsszenarien bewertet. Der Bereich Immobilienmanagement begleitet die Erstellung der Chancen- und Risikoübersicht und plausibilisiert die Angaben.

Der Bereich Kreditrisiko- und Konzerncontrolling analysiert die Entwicklung der Risiken aus dem Immobilienprojektierungsgeschäft und übernimmt die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstandes. Parallel dazu wird die Risikolage im Rahmen der operativen Steuerung in den Sitzungen der Aufsichtsgremien der jeweiligen Beteiligung dargestellt.

A-41

Die Risiken aus Immobilienprojekten sind im Jahr 2010 leicht angestiegen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesem Geschäft abgedeckt.

Fonds-Platzierungsrisiken

Unter das Fonds-Platzierungsrisiko fällt das Risiko der zu platzierenden Eigenkapitalanteile von Fonds-Projekten (geschlossene Fonds). Fonds-Platzierungsrisiken werden über die Beteiligung HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG beziehungsweise durch deren Tochtergesellschaften eingegangen.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung wird auf die separate Ermittlung von Risikopotenzialen aus Fonds-Platzierungsrisiken verzichtet. Da die Helaba grundsätzlich die Eigenkapitalzwischenfinanzierung von Fonds während der Platzierungsphase bereitstellt und damit das Risiko einer Nichtplatzierung de facto eingeht, werden die Risikopotenziale bereits im Rahmen des Adressenausfallrisikos der Eigenkapitalzwischenfinanzierung in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Für die Risikoberichterstattung nach einzelnen Risikoarten werden die Risiken aus dem Fonds-Platzierungsgeschäft der Beteiligung HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG separat dargestellt. Zur Begrenzung der Risiken aus Platzierungsverpflichtungen wurden Limite für das Gesamtportfolio und einzelne Asset-Klassen vorgegeben. Im Berichtszeitraum kam es zu keinen Limitüberschreitungen.

Beteiligungsrisiken

Unter Beteiligungsrisiken werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden alle für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert, ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach SolvV der Forderungskategorie Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Verwaltungsrat-Kreditausschuss berichtet.

Die Zusammensetzung des Beteiligungsportfolios hat sich 2010 vor allem durch die Verringerung des Anteils an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG von 79,8 % auf 44,8 % und die Rückzahlung einer stillen Einlage durch die DekaBank verändert. Die turnusmäßige Werthaltigkeitsprüfung des Beteiligungsportfolios führte in Einzelfällen zur Anpassung des Beteiligungsbuchwerts.

Sonstige Risiken

Strategische Risiken

Die Landesbank Hessen-Thüringen hat aus eigener Kraft die Belastungen der Finanz- und Wirtschaftskrise bewältigt. Auf der Grundlage der erzielten positiven Betriebsergebnisse wurden durchgängig alle nachrangigen Verbindlichkeiten, Genussrechte und stille Einlagen vollumfänglich bedient sowie eine angemessene Dividendenzahlung auf das Stammkapital vorgenommen. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweite, auf Zukunftsfähigkeit angelegte strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retail- und öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft, einer starken Verankerung in der Region und dem engen Verbund mit den Sparkassen, sowie einer soliden Eigenkapitalausstattung.

Mit Ratings von „Aa2“, „A+“ und „A“ der Rating-Agenturen Moody's Investors Service, Fitch Ratings und Standard & Poor's für unbesicherte langfristige Verbindlichkeiten sowie mit „P-1“, „F-1+“ sowie „A-1“ für kurzfristige Verbindlichkeiten verfügt die Helaba unverändert über eine gute Bonitätsbeurteilung. Die strategisch wichtigen verbrieften Refinanzierungsinstrumente öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen verfügen über „AAA“-Ratings. Seit Mitte 2005, nach Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung, sind die Ratings der Helaba für unbesicherte Verbindlichkeiten bei allen drei Rating-Agenturen unverändert. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren stand der Helaba auch während der Finanzmarktkrise der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen.

In ihrer Eigenkapitalstrategie hat die Helaba ihre Ziele für die Eigenkapitalausstattung an veränderte aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen und Erwartungshaltungen im Markt angepasst. Für die Kernkapitalquote wird, auch mit Blick auf die schrittweise Einführung von Basel III, konzernweit ein Mindestziel von 8,5 % – 9 %, für die gesamte Eigenmittelquote von 13 % angestrebt. Mit einer Kernkapitalquote von 9,6 % und einer gesamten Eigenmittelquote von 14,4 % werden diese Zielwerte übertroffen.

Im Dezember 2010 hat der Baseler Ausschuss der Notenbankgouverneure und Vorsitzenden der Aufsichtsbehörden die finalen Vorschläge zu den künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) veröffentlicht. Sie umfassen insbesondere verschärfte qualitative und quantitative Anforderungen an die künftige Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten. Diese werden nach Umsetzung in der Europäischen Union und in nationales Recht zum 1. Januar 2013 verbindlich in Kraft treten. Die Helaba verfügt mit ihrer aktuellen Eigenmittelausstattung über eine gute Ausgangsbasis für die Umsetzung der neuen Eigenmittelstandards. Als Kreditinstitut in der Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Anstalt erfüllt die Helaba die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der bis Ende 2022 im Rahmen von Basel III geltenden Übergangsfristen für stille Einlagen als „hartes“ Kernkapital sowie für die dauerhafte Nutzung von Kapitalinstrumenten, die den Basel III-Kriterien für „hartes“ Kernkapital entsprechen. Stille Einlagen, mit zumeist zeitlich unbefristeten Laufzeiten, weisen konzernweit zum Jahresende 2010 einen Anteil am gesamten Kernkapital der Helaba von gut 50 % auf. Drei Viertel des Gesamtvolumens an stillen Einlagen von 2,97 Mrd. € sind aus dem Trägerkreis vom Land Hessen (1,92 Mrd. €) beziehungsweise von Sparkassen in Hessen-Thüringen (0,4 Mrd. €) zur Verfügung gestellt worden. Sobald auf EU- und nationaler Ebene detaillierte In-

formationen über die gesetzlichen Voraussetzungen bestehen, wird die Helaba mit ihren Trägern Gespräche über die Anpassung der stillen Einlagen an die Basel III-Voraussetzungen für „hartes“ Kernkapital führen.

Im deutschen Bankenmarkt haben die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise den seit Jahren bestehenden Konsolidierungstrend verstärkt und zu weiteren Zusammenschlüssen von Instituten geführt. Zahlreiche Kreditinstitute, auch im Landesbankensektor, befinden sich in auf mehrere Jahre angelegten Restrukturierungs- und geschäftlichen Abbauprozessen. Bei Instituten, die unter das europäische Beihilferecht fallende staatliche Stabilisierungs- und Stützungsmaßnahmen erhalten haben, sind dabei Genehmigungsaufgaben der Europäischen Kommission umzusetzen. Hierdurch ergeben sich strukturelle Veränderungen und Verschiebungen von Marktanteilen in bedeutsamen Geschäftsfeldern, die zugleich auch strategische Chancen eröffnen.

Die Helaba ist für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht auf Stand-alone-Basis weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäftes, des regionalen und überregionalen Verbundgeschäftes, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäftes sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft.

Auf Basis ihres erfolgreichen Geschäftsmodells einer integrierten Universalbank mit öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft steht die Helaba grundsätzlich zukunftsgerichteten Konsolidierungsbemühungen im Landesbanken- und Sparkassensektor aufgeschlossen gegenüber. Für ausschließlich im Großkundengeschäft tätige Kreditinstitute, auch im Rahmen funktionaler Holdingstrukturen, wird allerdings auch auf Dauer keine wirtschaftlich erfolgreiche Geschäftsbasis gesehen. In enger Abstimmung mit ihren drei Trägern ist die Helaba unverändert für strategische Ansätze offen, die betriebswirtschaftlich zu einer weiteren Stärkung der Marktposition in ihren Kerngeschäftsfeldern sowie dem zukunftsfähigen Ausbau als integrierte Universalbank dienen.

Reputationsrisiken

Reputationsrisiken, die sich durch direkte und indirekte Verluste oder entgangene Gewinne infolge einer Verschlechterung der Reputation der Helaba auswirken können, werden von allen Fachbereichen berücksichtigt. Drohende Reputationsrisiken werden bei Identifikation umgehend dem Risikoausschuss berichtet.

Steuern

Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank im Inland und ausgewählter Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung wahrgenommen. Soweit Steuern in dezentralen Einheiten betreut werden, finden die wesentlichen steuerlichen Fragen und Entwicklungen Eingang in die Meldungen an die Steuerabteilung. Im Bedarfsfall sowie grundsätzlich für die Steuerdeklaration der ausländischen Einheiten werden externe Steuerberatungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden durch die Verantwortlichen laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank und ihre Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden durch die Steuerabteilung beziehungsweise in Abstimmung mit der Steuerabteilung eingeleitet und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Auslagerungsrisiken

Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Fachbereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Auslagerungsrisiken die für die Auslagerung verantwortliche Stelle auf Basis von Reports für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und Berichterstattung an den zuständigen Dezernenten verantwortlich. Der Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Im Umkehrschluss dazu werden Risiken aus Einlagerungen, die im Rahmen einer Tätigkeitsübernahme durch die Helaba von einem Dritten entstehen, analog behandelt.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Nachtragsbericht

Die Helaba ist gemeinsam mit anderen Landesbanken über eine Holding an der DekaBank beteiligt. Die Landesbanken sind grundsätzlich übereingekommen, ihre Anteile an der DekaBank von zusammen 50 %, davon Helaba 5,51 %, an den DSGV ö. K. beziehungsweise die regionalen Sparkassenverbände abzugeben. Die Verhandlungen hierzu werden voraussichtlich im zweiten Quartal 2011 zum Abschluss kommen. Aus einem Verkauf würde die Helaba voraussichtlich einen Veräußerungsgewinn erzielen.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft befindet sich im Aufschwung, der sich aber im laufenden Jahr 2011 verlangsamen wird. In den aufstrebenden Volkswirtschaften normalisiert sich das hohe Wachstum des Vorjahres und in vielen Industrieländern dämpft die zum Abbau der hohen Verschuldung erforderliche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte über mehrere Jahre das Wachstum. Darüber hinaus bremsen sowohl die jüngsten politischen Unruhen in der arabischen Welt über einen Anstieg des Rohölpreises sowie das Erdbeben in Japan das globale Wachstum. Dieses wird 2011 preisbereinigt mit etwa 3,5 % unter der Vorjahresrate in Höhe von rund 4,5 % liegen.

Für die USA zeichnet sich 2011 ein Wirtschaftswachstum von rund 3 % ab. Dazu trägt maßgeblich das jüngste Konjunkturprogramm bei, das zu Jahresbeginn dem privaten Konsum Schwung verleiht. Die dadurch weiter steigende öffentliche Verschuldung und eine letztlich unvermeidliche Konsolidierung sprechen hier aber gegen einen sich selbst verstärkenden Aufschwung. Im Euroraum bleiben die großen Wachstumsunterschiede zwischen den Mitgliedsländern bestehen. Deutschland steht in diesem Jahr mit einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um rund 2,5 % erneut an der Spitze. Die von der Finanzkrise stärker beeinträchtigten Mitgliedsstaaten in der Peripherie der Eurozone können dagegen nicht annähernd an die deutschen Wachstumsraten heranreichen. Insgesamt wird die Eurozone daher voraussichtlich nur eine reale Wachstumsrate von etwa 1,5 % erreichen.

Der weltwirtschaftliche Aufschwung hat bisher nur in den Schwellenländern zu deutlichem Inflationsdruck geführt. In den USA dämpft in diesem Jahr noch die hohe Unterauslastung der Produktionskapazitäten die Kernteuerung (ohne Lebensmittel und Energie). Aber auch in der Eurozone sind zu Jahresbeginn die Preise überraschend gestiegen. Dieser Preisschub ist vor allem von administrativen Maßnahmen bestimmt. Darüber hinaus belastet der Rohölpreisanstieg. Für die USA wie auch für die Eurozone wird auf Jahressicht ein Anstieg der Verbraucherpreise um 2 % erwartet.

Während die US-Notenbank Federal Reserve zunächst an der sehr expansiven Geldpolitik festhalten wird, hat die Europäische Zentralbank jüngst die Zinswende verbal angedeutet. In den USA ist angesichts nach wie vor hoher Arbeitslosigkeit und geringen Inflationsdrucks keine Zinswende in diesem Jahr zu erwarten.

Die Kapitalmarktentwicklung wird 2011 von einer volatilen Seitwärtsbewegung geprägt sein. Struktur- und Konjunkturthemen werden sich abwechseln und die Finanzmärkte beeinflussen. Da sich die wirtschaftlichen Probleme im Euroraum und in den USA in etwa ausgleichen, wird der Euro-Dollar-Kurs keine starken Trends herausbilden. Allerdings wird die Volatilität sehr hoch sein. Die längst nicht bewältigte Schuldenkrise in einigen Ländern, das zunehmende Gewicht politischer Einflussfaktoren und das Anschwellen internationaler Kapitalströme sprechen jedoch für einen unruhigen Renditeverlauf.

Für das Jahr 2012 zeichnet sich keine Beschleunigung des globalen Wirtschaftswachstums ab. Zu den dämpfenden Effekten der anhaltenden Konsolidierung in vielen Ländern dürfte der Beginn des Zinserhöhungszyklus in den USA hinzutreten. Tendenziell ist daher im Jahr 2012 mit einem höheren Zinsniveau zu rechnen.

Weiterentwicklung des strategischen Geschäftsmodells

Im deutschen Bankenmarkt haben die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise den seit Jahren bestehenden Konsolidierungstrend verstärkt und zu weiteren Zusammenschlüssen von Instituten geführt. Zahlreiche Kreditinstitute, auch im Landesbankensektor, befinden sich in auf mehrere Jahre angelegten Restrukturierungs- und geschäftlichen Abbauprozessen. Bei Instituten, die unter das europäische Beihilferecht fallende staatliche Stabilisierungs- und Stützungsmaßnahmen erhalten haben, sind dabei Genehmigungsauflagen der Europäischen Kommission umzusetzen. Die Europäische Kommission hat angekündigt, bis Mitte 2011 alle laufenden Beihilfeverfahren gegen deutsche Kreditinstitute abzuschließen. Im Zuge dieser Prozesse werden Bilanzsummen, Risikoaktiva und Beschäftigtenzahlen deutlich reduziert, zahlreiche Standorte im In- und Ausland geschlossen, wesentliche Beteiligungen im Banken- und Nichtbankenbereich veräußert sowie Eigentümerverhältnisse verändert. Hierdurch ergeben sich strukturelle Veränderungen und Verschiebungen von Marktanteilen in bedeutsamen Geschäftsfeldern, die zugleich auch strategische Chancen eröffnen.

Im Dezember 2010 hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht die endgültige Version der künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) veröffentlicht. Sie umfassen insbesondere verschärfte qualitative und quantitative Anforderungen an die künftige Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten. Diese werden nach Umsetzung in der Europäischen Union und in nationales Recht zum 1. Januar 2013 verbindlich in Kraft treten. Die Helaba verfügt mit ihrer aktuellen Eigenmittelausstattung über eine gute Ausgangsbasis für die Umsetzung der neuen Eigenmittelstandards. Als Kreditinstitut in der Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Anstalt erfüllt die Helaba die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der bis Ende 2022 im Rahmen von Basel III geltenden Übergangsfristen für stille Einlagen als „hartes“ Kernkapital sowie für die dauerhafte Nutzung von nicht börsennotierten Kapitalinstrumenten, die den Basel III-Kriterien für „hartes“ Kernkapital entsprechen. Stille Einlagen, mit zumeist zeitlich unbefristeten Laufzeiten, weisen bei der Helaba konzernweit zum Jahresende 2010 einen Anteil am gesamten Kernkapital von gut 50 % auf. Drei Viertel des Gesamtvolumens an stillen Einlagen von 2,97 Mrd. € sind im Trägerkreis vom Land Hessen (1,92 Mrd. €) beziehungsweise von Sparkassen in Hessen-Thüringen (0,4 Mrd. €) zur Verfügung gestellt worden. Spätestens zur Jahresmitte 2011 beabsichtigt die EU-Kommission, den Entwurf der „CRD IV“-Richtlinie zur europarechtlichen Umsetzung von Basel III zu veröffentlichen. Im deutschen Kreditwesengesetz (KWG) müssen die entsprechenden Novellierungen bis Jahresende 2012 in Kraft treten. Sobald auf EU- und auf nationaler Ebene weitgehende Klarheit über die gesetzlichen Voraussetzungen besteht, wird die Helaba mit ihren Trägern Gespräche über die Anpassung der stillen Einlagen an die Basel III-Erfordernisse für Kernkapital führen.

Die Helaba ist auch unter Berücksichtigung der sich ändernden aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt. Aufbauend auf der Marktpositionierung in ihren Kerngeschäftsfeldern und ihrer Integration in die deutsche Sparkassenorganisation sieht die Helaba auf Stand-alone-Basis weitere Entwicklungsmöglichkeiten in ihren Kerngeschäftsfeldern.

A-47

Dies gilt für den Ausbau des Privatkunden- und Mittelstandsgeschäftes, des Verbundgeschäftes mit den Sparkassen in Hessen-Thüringen, überregional, für das öffentliche Förder- und Infrastrukturgeschäft sowie, auch international, für die Abrundung der Kundenbasis und Produktpalette im Großkundengeschäft. Dabei wird mit Blick auf die zukünftigen Eigenkapital- und Liquiditätserfordernisse die Steuerung des Neu- und des Bestandsgeschäftes strikt risiko- und ressourcenorientiert erfolgen. Dies schließt den Abbau von einzelnen Portfolios einschließlich der weiteren Optimierung des Beteiligungsportfolios mit ein. Auf Basis ihres erfolgreichen Geschäftsmodells einer integrierten Universalbank mit öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft und der Rechtsform einer öffentlich-rechtlichen Anstalt steht die Helaba grundsätzlich Konsolidierungsbemühungen im deutschen Landesbanken- und Sparkassensektor aufgeschlossen gegenüber. Für ausschließlich im Wholesale-Geschäft tätige Kreditinstitute, beispielsweise auch im Rahmen funktionaler Holdingstrukturen, wird allerdings auch auf Dauer keine wirtschaftlich erfolgreiche Geschäftsbasis gesehen. In enger Abstimmung mit ihren drei Trägern ist die Helaba deshalb grundsätzlich für strategische Ansätze offen, die zu einer weiteren Stärkung der Marktposition in ihren Kerngeschäftsfeldern sowie dem zukunftsfähigen Ausbau als Universalbank dienen.

Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns

Nach der konjunkturellen Erholung im Jahr 2010 wird sich der Aufschwung im Jahr 2011 verlangsamen. Unter diesen Rahmenbedingungen erwartet die Helaba für 2011 eine Verstetigung der operativen Erträge auf dem Niveau des Vorjahres. Der Zinsüberschuss wird oberhalb des Vorjahres, das heißt bei gut 1,07 Mrd. €, erwartet. Nachdem bereits 2010 die Risikovorsorge deutlich zurückgegangen war, wird für 2011 vor dem Hintergrund einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Aufschwungs nicht mit einem nennenswerten weiteren Rückgang des Risikovorsorgeaufwandes gerechnet.

Im Neugeschäft wird die Helaba Marktopportunitäten wie im Vorjahr selektiv nutzen. Im Jahr 2011 wird das mittel- und langfristige Neugeschäft der Helaba (Einzelinstitut) mit rund 11 Mrd. € leicht oberhalb des Vorjahreswerts geplant. Die wesentlichen Ergebnisbeiträge des Neugeschäftes werden wieder in den Geschäftsfeldern Immobilien und Corporate Finance erwirtschaftet. Für diese Geschäftsfelder werden leichte Bestandsvolumenzuwächse vorgesehen. Im Geschäftsfeld Financial Institutions and Public Finance wird ein rückläufiges Bestandsvolumen auf Basis einer Portfoliooptimierung geplant. Die Margen werden aufgrund der wieder funktionierenden Kapitalmärkte und der wieder zunehmenden Konkurrenzsituation gegenüber den in 2010 erzielten Margen niedriger erwartet.

Im Kapitalmarktgeschäft werden die Bestände des Handelsbuches reduziert und die Risikoaktiva strikt begrenzt. Wertaufholungseffekte als Folge der Bewertungsabschläge aus der Finanzmarktkrise werden 2011 nur noch in einem untergeordneten Ausmaß erwartet, so dass für 2011 mit einem Ergebnis unter dem des Jahres 2010 gerechnet wird. Im kapitalmarktbezogenen Kundengeschäft wird der Ergebnisanteil kontinuierlich ausgebaut.

Im Asset Management wird eine Steigerung der Erträge über die Ausweitung des volumengetriebenen Fondsmanagement- und Dienstleistungsgeschäftes erwartet. Dies wird sich in einer Steigerung des Provisionsüberschusses niederschlagen.

In der Sparte Privatkunden und Mittelstandsgeschäft wird im Geschäftsfeld Verbundgeschäft die Zusammenarbeit mit den Sparkassen im Kerngeschäftsgebiet Hessen und Thüringen im Rahmen des Verbundkonzeptes kontinuierlich fortgesetzt. Die Verbundzusammenarbeit erfolgt weiterhin auf hohem Niveau und wird 2011 über entsprechende Vertriebs- und Marktinitiativen weiter gestärkt. Die gute Marktposition als Verbundpartner im Eigen- und Kundengeschäft der Sparkassen soll 2011 auch mit definierten Zielregionen außerhalb Hessens und Thüringens ausgebaut werden. Die Vertriebsaktivitäten erfolgen unter Einbindung der Tochtergesellschaften Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG.

Im Geschäftsfeld Frankfurter Sparkasse werden die Erträge knapp unterhalb denen des Vorjahres erwartet. Bei leicht steigendem Verwaltungsaufwand und sinkender Risikovorsorge liegt das geplante Ergebnis 2011 leicht unter dem Vorjahresergebnis, aber nach wie vor auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft nimmt die Helaba über die WIBank im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben, insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt, wahr. Die Erträge im Jahr 2011 werden leicht über denen des Vorjahres erwartet.

Für den Personalbestand der Helaba ist für 2011 keine wesentliche Veränderung gegenüber 2010 vorgesehen. Tarifbedingt wird sich der Personalaufwand allerdings leicht erhöhen. Der Sachaufwand wird 2011 durch regulatorische Projektkosten und Umlagen belastet.

Durch die Entkonsolidierung der HANNOVER LEASING zum 30. Dezember 2010 entfallen ab 2011 im Sonstigen betrieblichen Ergebnis sowie im Verwaltungsaufwand die Ergebnisbeiträge der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING.

Im Saldo rechnet die Bank für das Jahr 2011 trotz der hinzutretenden Belastung durch die Bankenaufgabe mit einem Ergebnis vor Steuern etwas über dem Vorjahresniveau.

Für 2012 wird eine kontinuierliche Entwicklung in den Geschäftsfeldern erwartet. Dabei steht einer weiteren Reduzierung der Handelsbestände ein selektiver Aufbau im Kredit-, Verbund- und Fördergeschäft sowie im Fondsmanagement gegenüber. Hieraus folgend wird für das Jahr 2012 mit einer leicht steigenden Entwicklung der operativen Erträge gerechnet. Durch die Fortsetzung des Kostenmanagements wird für den Verwaltungsaufwand im Jahr 2012 ein geringer Anstieg erwartet. Unter Einbeziehung einer seitwärts verlaufenden Entwicklung bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erwartet die Bank 2012 eine positive Tendenz in der Ergebnisentwicklung.

Gesamtaussage

Wie bereits in den Vorjahren hat sich auch im Geschäftsjahr 2010 gezeigt, dass trotz volatiler Märkte das diversifizierte Geschäftsmodell der Helaba als integrierte Universalbank mit den drei Sparten Großkundengeschäft, Privatkunden und Mittelstandsgeschäft und öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft eine solide Grundlage für stabile Erträge mit Wachstumspotenzial darstellt. Die neuen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen bleiben eine Herausforderung für die Banken und die Gesamtwirtschaft im Hinblick auf Ertragsmöglichkeiten, internationale Konkurrenzfähigkeit und Kreditversorgung.

Die Helaba ist für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt. Aufbauend auf der guten Marktpositionierung sieht die Helaba auf Stand-alone-Basis weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des Privatkunden- und Mittelstandsgeschäftes, des Verbundgeschäftes mit den Sparkassen in Hessen-Thüringen und in angrenzenden Regionen, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäftes sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und Produktpalette im Großkundengeschäft. Auf Basis ihres erfolgreichen Geschäftsmodells einer integrierten Universalbank mit öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft steht die Helaba grundsätzlich Konsolidierungsbemühungen im deutschen Landesbanken- und Sparkassensektor aufgeschlossen gegenüber.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 29. März 2011

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Berger	Gröb	Dr. Hosemann
Krick	Raupach	Dr. Schraad	

Konzernabschluss

134	Gewinn- und Verlustrechnung		
135	Gesamtergebnisrechnung		
136	Bilanz		
138	Eigenkapitalveränderungsrechnung		
139	Kapitalflussrechnung		
	Anhang (Notes)		
	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden		
141	(1) Allgemeine Angaben	163	(21) Zinsüberschuss
144	(2) Konsolidierungskreis	164	(22) Risikovorsorge im Kreditgeschäft
147	(3) Konsolidierungsgrundsätze	165	(23) Provisionsüberschuss
149	(4) Finanzinstrumente	165	(24) Handelsergebnis
151	(5) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen	166	(25) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option
152	(6) Strukturierte Produkte	166	(26) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen
153	(7) Finanzgarantien	167	(27) Ergebnis aus Finanzanlagen
153	(8) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe	167	(28) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen
154	(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen	168	(29) Sonstiges betriebliches Ergebnis
155	(10) Währungsumrechnung	169	(30) Verwaltungsaufwand
156	(11) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	170	(31) Ertragsteuern
157	(12) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	171	(32) Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen
158	(13) Sachanlagen	172	(33) Segmentberichterstattung
159	(14) Immaterielle Vermögenswerte		
159	(15) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsguppen		
160	(16) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva		
160	(17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		
161	(18) Andere Rückstellungen		
162	(19) Ertragsteuern		
162	(20) Nachrangkapital		
			Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
			Erläuterungen zur Bilanz
		177	(34) Barreserve
		177	(35) Forderungen an Kreditinstitute
		178	(36) Forderungen an Kunden
		179	(37) Risikovorsorge
		180	(38) Handelsaktiva
		181	(39) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten
		181	(40) Finanzanlagen
		184	(41) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen
		185	(42) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
		187	(43) Sachanlagen
		189	(44) Immaterielle Vermögenswerte
		190	(45) Ertragsteueransprüche

- 191 (46) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsruppen
- 191 (47) Sonstige Aktiva
- 192 (48) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
- 192 (49) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
- 193 (50) Verbriefte Verbindlichkeiten
- 193 (51) Handelspassiva
- 194 (52) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten
- 194 (53) Rückstellungen
- 198 (54) Ertragsteuerverpflichtungen
- 199 (55) Sonstige Passiva
- 200 (56) Nachrangkapital
- 200 (57) Eigenkapital

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

- 201 (58) Sicherheitsleistungen
- 202 (59) Nachrangige Vermögenswerte
- 203 (60) Fremdwährungsvolumina
- 203 (61) Restlaufzeitengliederung
- 204 (62) Derivative Geschäfte
- 206 (63) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien
- 209 (64) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten
- 213 (65) Umkategorisierung von finanziellen Vermögenswerten
- 214 (66) Angaben zu Verbindlichkeiten der Fair Value Option
- 214 (67) Angaben zur Emissionstätigkeit
- 215 (68) Angaben zum Risikomanagement
- 215 (69) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

- 217 (70) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen
- 219 (71) Patronatserklärungen
- 219 (72) Volumen der verwalteten Fonds
- 219 (73) Treuhandgeschäfte

Sonstige Angaben

- 220 (74) Angaben zum Leasinggeschäft
- 222 (75) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen
- 223 (76) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen
- 225 (77) Honorare des Abschlussprüfers
- 226 (78) Angaben zu Arbeitnehmern
- 227 (79) Mitglieder des Verwaltungsrates
- 228 (80) Kreditausschuss des Verwaltungsrates
- 229 (81) Bilanzprüfungsausschuss des Verwaltungsrates
- 229 (82) Mitglieder des Vorstandes
- 230 (83) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien
- 232 (84) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß § 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB

240 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

241 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	Notes	2010	2009 ¹⁾	Veränderungen	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinserträge		5.387	5.851	-464	-7,9
Zinsaufwendungen		-4.370	-4.822	452	9,4
Zinsüberschuss	(4), (21)	1.017	1.029	-12	-1,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(11), (22)	-285	-487	202	41,5
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		732	542	190	35,1
Provisionserträge		404	349	55	15,8
Provisionsaufwendungen		-155	-122	-33	-27,0
Provisionsüberschuss	(23)	249	227	22	9,7
Handelsergebnis	(4), (24)	148	315	-167	-53,0
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option	(4), (5), (25)	6	52	-46	-88,5
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(5), (26)	-1	40	-41	>-100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	(4), (27)	-34	-38	4	10,5
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(3), (28)	9	20	-11	-55,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(12), (29)	357	225	132	58,7
Verwaltungsaufwand	(30)	-1.068	-1.040	-28	-2,7
Ergebnis vor Steuern		398	343	55	16,0
Ertragsteuern	(19), (31)	-100	-80	-20	-25,0
Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen		298	263	35	13,3
Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	(15), (32)	-	60	-60	-100,0
Konzernjahresergebnis		298	323	-25	-7,7
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis		-1	-1	-	-
davon den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis		299	324	-25	-7,7

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

Notes	2010	2009	Veränderungen	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Konzernjahresergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung	298	323	-25	-7,7
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten				
Bewertungsgewinne (+)/-verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	88	-105	193	>100,0
Bei Abgang oder Wertminderung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste (+)	43	38	5	13,2
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen				
Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne (+)/Verluste (-) aus at Equity bewerteten Unternehmen	-	-8	8	100,0
Bei Abgang oder Wertminderung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste (+)	-	9	-9	-100,0
Veränderung aus der Währungs-umrechnung				
Gewinne (+)/Verluste (-) aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe	13	-1	14	>100,0
Bei Abgang in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste (+)	-6	-	-6	-
Gewinne und Verluste aus der Absicherung von Cashflows				
Bewertungsgewinne (+)/-verluste (-) aus Sicherungsinstrumenten in Cashflow Hedges	-6	-	-6	-
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-) aus Pensionsverpflichtungen	(53) -80	-2	-78	>-100,0
Sonstiges Ergebnis vor Steuern	52	-69	121	>100,0
Ertragsteuern auf nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Gewinne/Verluste	(31) -2	27	-29	>-100,0
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	50	-42	92	>100,0
Gesamtergebnis der Berichtsperiode	348	281	67	23,8
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	-2	-1	-1	-100,0
davon den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis	350	282	68	24,1

Bilanz

zum 31. Dezember 2010

Aktiva

	Notes	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾	Veränderungen	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Barreserve	(34)	436	659	-223	-33,8
Forderungen an Kreditinstitute	(4), (35)	14.412	14.819	-407	-2,7
Forderungen an Kunden	(4), (36)	87.698	87.468	230	0,3
Wertberichtigungen auf Forderungen	(11), (37)	-1.253	-1.188	-65	-5,5
Handelsaktiva	(4), (38)	39.176	42.805	-3.629	-8,5
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (5), (39)	3.702	3.374	328	9,7
Finanzanlagen	(4), (40)	17.687	16.733	954	5,7
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	(3), (41)	63	68	-5	-7,4
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(12), (42)	2.441	2.582	-141	-5,5
Sachanlagen	(13), (43)	317	755	-438	-58,0
Immaterielle Vermögenswerte	(14), (44)	164	203	-39	-19,2
Ertragsteueransprüche	(19), (45)	452	427	25	5,9
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	(15), (46)	-	18	-18	-100,0
Sonstige Aktiva	(16), (47)	949	1.177	-228	-19,4
Summe Aktiva		166.244	169.900	-3.656	-2,2

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

A-55

Passiva

	Notes	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾	Veränderungen	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(4), (48)	31.679	33.214	-1.535	-4,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(4), (49)	40.896	41.882	-986	-2,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	(4), (50)	40.389	38.505	1.884	4,9
Handelspassiva	(4), (51)	38.529	42.112	-3.583	-8,5
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (5), (52)	3.148	2.849	299	10,5
Rückstellungen	(17), (18), (53)	1.190	1.098	92	8,4
Ertragsteuerverpflichtungen	(19), (54)	238	191	47	24,6
Sonstige Passiva	(16), (55)	484	618	-134	-21,7
Nachrangkapital	(20), (56)	4.488	4.525	-37	-0,8
Eigenkapital	(57)	5.203	4.906	297	6,1
Gezeichnetes Kapital		477	477	-	-
Stille Einlagen		1.920	1.920	-	-
Kapitalrücklage		658	658	-	-
Gewinnrücklagen		2.263	2.066	197	9,5
Neubewertungsrücklage		-91	-196	105	53,6
Rücklage aus der Währungsumrechnung		-	-7	7	100,0
Rücklage aus Cashflow Hedges		-13	-9	-4	-44,4
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital		-11	-3	-8	>-100,0
Summe Passiva		166.244	169.900	-3.656	-2,2

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Eigenkapitalveränderungsrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

in Mio. €

	Den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Eigenkapital							Zwischen- summe	Auf Konzern- fremde entfallen- der Anteil am Eigen- kapital	Summe Eigen- kapital
	Gezeich- netes Kapital	Stille Einlagen	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Neube- wertungs- rücklage	Rücklage aus der Wäh- rungs- rechnung	Rücklage für Bewer- tungser- gebnisse aus Cashflow Hedges			
Eigenkapital zum 31.12.2008	477	1.920	643	1.798	-168	-4	-	4.666	9	4.675
Anpassungen gemäß IAS 8 ¹⁾				8				8	-	8
Eigenkapital zum 1.1.2009	477	1.920	643	1.806	-168	-4	-	4.674	9	4.683
Veränderungen im Konsolidierungskreis				-20				-20	-14	-34
Kapitalerhöhung			15					15	3	18
Dividendenzahlung				-14				-14	-	-14
Bedienung stille Einlagen				-28				-28	-	-28
Gesamtergebnis der Berichtsperiode				313	-28	-3	-	282	-1	281
Eigenkapital zum 31.12.2009	477	1.920	658	2.057	-196	-7	-	4.909	-3	4.906
Anpassungen gemäß IAS 8 ¹⁾				9			-9	-		-
Eigenkapital zum 1.1.2010	477	1.920	658	2.066	-196	-7	-9	4.909	-3	4.906
Veränderungen im Konsolidierungskreis				-3				-3	-6	-9
Kapitalerhöhung								-	-	-
Dividendenzahlung				-14				-14	-	-14
Bedienung stille Einlagen				-28				-28	-	-28
Gesamtergebnis der Berichtsperiode				242	105	7	-4	350	-2	348
Eigenkapital zum 31.12.2010	477	1.920	658	2.263	-91	-	-13	5.214	-11	5.203

¹⁾ Siehe Anhangangabe (1).

Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

in Mio. €

	2010	2009 ¹⁾
Jahresüberschuss	298	323
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Anlagevermögen	486	780
Zuführung/Auflösung von Rückstellungen	196	168
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-1.033	-869
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	-15	-9
Zwischensumme	-68	393
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:		
Forderungen an Kreditinstitute	506	1.259
Forderungen an Kunden	-11	2.302
Handelsaktiva/-passiva	-118	-2.824
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-203	-1.011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-510	1.916
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-903	228
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.343	-2.045
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-171	-625
Erhaltene Zinsen und Dividenden	5.474	5.953
Gezahlte Zinsen	-4.413	-4.918
Ertragsteuerzahlungen	-85	-100
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	841	528
Einzahlungen aus der Veräußerung von:		
Finanzanlagen	3.885	3.829
Sachanlagevermögen	75	125
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	38	24
Auszahlungen für den Erwerb von:		
Finanzanlagen	-4.703	-4.574
Sachanlagevermögen	-159	-114
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	-87	-79
Immaterielle Vermögenswerte	-13	-18
Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises:		
Auszahlungen aus dem Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen	-2	-43
Einzahlungen aus dem Verkauf von Tochter- und assoziierten Unternehmen	3	200
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-962	-650

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

in Mio. €

	2010	2009 ¹⁾
Dividendenzahlungen	-14	-14
Bedienung stille Einlagen	-28	-28
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Nachrangkapital)	-66	-9
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-108	-51
Zahlungsmittelbestand zum 1.1.	659	813
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	841	528
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-962	-650
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-108	-51
Effekte aus Wechselkursänderungen, Bewertungsänderungen und Änderungen des Konsolidierungskreises	6	19
Zahlungsmittelbestand zum 31.12.	436	659
davon:		
Kassenbestand	63	66
Guthaben bei Zentralnotenbanken	373	593

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Die Kapitalflussrechnung zeigt Zusammensetzung und Veränderungen des Zahlungsmittelbestandes des Geschäftsjahres. Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes ergibt sich aus der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit umfasst Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen, Verbindlichkeiten, Handelsaktiva/-passiva und anderen Aktiva beziehungsweise Passiva. Die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen werden separat ausgewiesen.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge für Finanzanlagen, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immaterielle Vermögenswerte sowie Ein- und Auszahlungen für den Verkauf beziehungsweise Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen.

Als Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen für Nachrangkapital ausgewiesen. Die im Geschäftsjahr ausgeschütteten Dividenden und die Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen stillen Einlagen werden ebenfalls hier gezeigt.

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve, die sich aus Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Anhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Allgemeine Angaben

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss der Helaba zum 31. Dezember 2010 wurde gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht und durch die Europäische Union (EU) in europäisches Recht übernommen wurden, aufgestellt.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb des Anhangs. Der Lagebericht des Konzerns gemäß § 315 HGB enthält einen separaten Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Chancen- und Risikobericht), in dem auch das Risikomanagement erläutert wird.

Die Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro (€). Die Beträge sind in der Regel auf volle Mio. € gerundet.

Die zum 31. Dezember 2010 gültigen Standards und Interpretationen wurden vollumfänglich angewendet. Zusätzlich sind die nach § 315a HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2010 waren erstmals die folgenden Standards und Interpretationen, die von der EU übernommen sind, verpflichtend anzuwenden:

- IFRS 1: Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards (IFRS 1 (2008)),
- Änderungen zu IFRS 1: Zusätzliche Befreiungen für erstmalige Anwender,
- Änderungen zu IFRS 2: Anteilsbasierte Vergütung, anteilsbasierte Vergütungstransaktionen mit Barausgleich innerhalb einer Unternehmensgruppe,
- Änderungen zu IAS 39: Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung: Zulässige gesicherte Grundgeschäfte,
- Änderungen zu IAS 39: Umgliederung finanzieller Vermögenswerte – Zeitpunkt des Inkrafttretens und Übergangsvorschriften,
- IFRIC 12: Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen,
- IFRIC 15: Verträge über die Errichtung von Immobilien,
- IFRIC 16: Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb,
- IFRIC 17: Sachdividenden an Eigentümer,
- IFRIC 18: Übertragungen von Vermögenswerten durch einen Kunden,
- Verbesserungen der International Financial Reporting Standards 2008: Ergänzung von IFRS 5,
- Verbesserungen der International Financial Reporting Standards 2009.

Die Anwendung dieser Standards und Interpretationen hatte keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Helaba.

Die überarbeiteten Fassungen von IFRS 3 Unternehmenszusammenschlüsse und IAS 27 Konzern- und Einzelabschlüsse, die ebenfalls im Geschäftsjahr 2010 erstmals verpflichtend anzuwenden waren, wurden bereits im Vorjahr freiwillig angewendet.

Die übrigen vom IASB beziehungsweise IFRIC verabschiedeten Standards und Interpretationen, die erst zum Teil von der EU übernommen worden sind und erst in späteren Geschäftsjahren verpflichtend anzuwenden sind, wurden nicht vorzeitig angewendet. Sie werden mit Ausnahme von IFRS 9 Finanzinstrumente voraussichtlich keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Das International Accounting Standards Board (IASB) hat am 12. November 2009 einen neuen International Financial Reporting Standard (IFRS 9) zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten herausgegeben und diesen am 28. Oktober 2010 um Vorschriften zur Bilanzierung finanzieller Verbindlichkeiten ergänzt. Die Veröffentlichung stellt den Abschluss des ersten Teils eines dreiphasigen Projektes zur Ersetzung von IAS 39 Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung durch einen neuen Standard dar. Mit IFRS 9 werden neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten eingeführt. Die Vorschriften müssen nach aktuellem Stand ab dem 1. Januar 2013 angewendet werden; eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Das IASB beabsichtigt, IFRS 9 um neue Vorschriften für Wertminderungen (Phase 2) und die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Phase 3) zu ergänzen.

Ausweisänderungen, Änderungen nach IAS 8

Im Rahmen der Equity-Bewertung eines assoziierten Unternehmens wurde die erfolgsneutrale Fortschreibung des Equity-Wertes, die aus dem effektiven Teil von Cashflow Hedges resultierte, im Vorjahr in Höhe von –9 Mio. € in den Gewinnrücklagen ausgewiesen. In diesem Jahr wird sie in der Rücklage aus Cashflow Hedges gezeigt (siehe Anhangangabe (57)). Der Ausweis im Vorjahr wurde entsprechend angepasst.

Im Vorjahr wurden bei einem Tochterunternehmen Aufwendungen für Beratung in Höhe von 15 Mio. € im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. In diesem Jahr werden sie in den Verwaltungsaufwendungen gezeigt. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst (siehe Anhangangaben (29) und (30)).

Die unter den Finanzanlagen (siehe Anhangangabe (40)) ausgewiesenen finanziellen Informationen über Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht at Equity bewertet werden, waren im Vorjahr fehlerhaft. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend korrigiert.

Die unter den Sicherheitsleistungen ausgewiesenen Finanzanlagen (siehe Anhangangabe (58)) wurden im Vorjahr um 347 Mio. € zu hoch ausgewiesen. Die Vorjahreszahl wurde entsprechend korrigiert.

Die nachrangigen Vermögenswerte (siehe Anhangangabe (59)) wurden im Vorjahr um 322 Mio. € zu niedrig ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend korrigiert.

A-61

Im Vorjahr wurden die unter den Eventualverbindlichkeiten gezeigten Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen um 641 Mio. € zu hoch sowie die unter den anderen Verpflichtungen gezeigten Einzahlungsverpflichtungen um 31 Mio. € zu niedrig ausgewiesen (siehe Anhangangabe (70)). Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend korrigiert.

In den Angaben zum Leasinggeschäft (siehe Anhangangabe (74)) wurden im Vorjahr nicht alle Leasingverhältnisse vollständig erfasst. Die Beträge wurden entsprechend korrigiert.

Aus den oben genannten Anpassungen von Vorjahreszahlen ergaben sich keine Auswirkungen auf das Konzernjahresergebnis und auf das Eigenkapital.

Im Rahmen der Bewertung von Derivaten wurden im Geschäftsjahr 2010 erstmals auch die Ausfallrisiken von Kontrahenten durch so genannte Counterparty Default Adjustments (CDA) beziehungsweise Credit Valuation Adjustments (CVA) berücksichtigt. Bei dieser Anpassung des Bewertungsmodells handelt es sich um eine Schätzungsänderung nach IAS 8.32 ff., die zu keiner Anpassung der Vorjahreszahlen führte. Die Modellanpassung führte zu einem Bewertungseffekt von –39 Mio. €, der das Handelsergebnis belastet hat.

In den Vorjahren war eine Verbindlichkeit gegenüber Kunden ausgewiesen, die doppelt berücksichtigt wurde. Die Korrektur gemäß IAS 8.41 ff. wurde rückwirkend für alle bisher veröffentlichten Perioden vorgenommen. Daraus ergab sich zum 1. Januar 2009 eine Verringerung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (siehe Anhangangabe (49)) um 9 Mio. € und der Ertragsteueransprüche (siehe Anhangangabe (45)) um 1 Mio. € sowie eine Erhöhung der Gewinnrücklagen (siehe Anhangangabe (57)) um 8 Mio. €. Das Konzernjahresergebnis des Vorjahres musste nicht korrigiert werden. Aus diesem Sachverhalt resultierten auch Anpassungen der Vorjahreszahlen in den Anhangangaben (60), (61), (63) und (64) sowie in der Kapitalflussrechnung.

Grundlagen der Bilanzierung und Bewertung

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern). Die im Rahmen der Vollkonsolidierung und Equity-Bewertung einbezogenen Unternehmen haben grundsätzlich ebenso wie die Helaba ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2010 aufgestellt. Auch in den überwiegend Investmentvermögen betreffenden Ausnahmen erfolgte eine Einbeziehung mit den Werten vom 31. Dezember 2010. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden konzerneinheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewendet, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Ausübung von Wahlrechten wird in den folgenden Anhangangaben erläutert.

Ein Vermögenswert wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass der künftige wirtschaftliche Nutzen dem Unternehmen zufließen wird, und wenn eine verlässliche Bewertung möglich ist. Eine Schuld wird angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass eine gegenwärtige Verpflichtung künftig zu einem Abfluss von wirtschaftlichen Ressourcen führt, und wenn der Erfüllungsbetrag verlässlich bewertet werden kann. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten, sofern nicht ein anderer Wert vorgeschrieben ist. Erträge und Aufwendungen werden abgegrenzt und somit der Periode zugerechnet, der sie wirtschaftlich zuzuordnen sind.

Die im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend überprüft und

basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, wie Planungen, Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich insbesondere im Zusammenhang mit der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Wertminderungen von Vermögenswerten inklusive Geschäfts- oder Firmenwerten und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, der Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, dem Ansatz von aktiven latenten Steuern sowie den Rückstellungen für Pensionen und sonstigen Verpflichtungen. Diese Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden im Folgenden dargestellt.

(2) Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis des Helaba-Konzerns umfasst neben der Helaba als Mutterunternehmen insgesamt 106 (2009: 164) Unternehmen. Es werden 84 (2009: 136) Gesellschaften durch Vollkonsolidierung und 22 (2009: 28) Gesellschaften im Wege der Equity-Bewertung in den Konzern einbezogen. Bei den vollkonsolidierten Gesellschaften handelt es sich um Tochterunternehmen und Zweckgesellschaften, darunter auch Investmentvermögen.

Bei 40 Tochterunternehmen, 13 gemeinschaftlich geleiteten und 28 assoziierten Unternehmen, die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Helaba-Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind, wird auf eine Einbeziehung in den Konzernabschluss verzichtet. Die Anteile an diesen Unternehmen werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sind in Anhangangabe (84) aufgeführt. Diese Aufstellung enthält auch Erläuterungen hinsichtlich einer im Vergleich zu einer von den Stimmrechten indizierten abweichenden Klassifizierung als Tochter-, Gemeinschafts- beziehungsweise assoziiertes Unternehmen.

Die Veränderungen im Konsolidierungskreis während des Geschäftsjahres resultieren überwiegend aus der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING.

Am 30. Dezember 2010 wurden 35 % der Anteile an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG veräußert. Aufgrund des Verlustes der Beherrschung war eine Entkonsolidierung der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING vorzunehmen. Die verbleibende Beteiligung an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG mit einer Anteilsquote von 44,8 % wird at Equity auf der Basis des von der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG erstellten Konzernabschlusses einbezogen. Das aus der Entkonsolidierung und dem erstmaligen Ansatz des Equity-Wertes zum Zeitwert resultierende Ergebnis wird im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen und beträgt 18 Mio. €.

A-63

Veränderungen im Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen

Veränderungen in der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING im Jahr 2010:

Zugänge

Während des Berichtsjahres erstkonsolidierte und aufgrund des Vertriebs der Fonds entkonsolidierte Gesellschaften:

HANNOVER LEASING Flight Invest 49 GmbH & Co. KG, Pullach	Gründung
HANNOVER LEASING Flight Invest GmbH, Pullach	Gründung
HANNOVER LEASING Flight Invest Treuhand GmbH, Pullach	Gründung
IMOLA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	Gründung
Parco Solare SunEdison 2 s.a.s. di SunEdison Apulia 10 s.r.l. & C., Parco Solare SunEdison 3 s.a.s. di SunEdison Apulia 10 s.r.l. & C., Parco Solare SunEdison 4 s.a.s. di SunEdison Apulia 10 s.r.l. & C., SunEdison Apulia 001 s.a.s. di SunEdison Apulia 10 s.r.l. & C., SunEdison Apulia 002 s.a.s. di SunEdison Apulia 10 s.r.l. & C., SunEdison Apulia 003 s.a.s. di SunEdison Apulia 10 s.r.l. & C., SunEdison Apulia 004 s.a.s. di SunEdison Apulia 10 s.r.l. & C., SunEdison Apulia 005 s.a.s. di SunEdison Apulia 10 s.r.l. & C., SunEdison Apulia 006 s.a.s. di SunEdison Apulia 10 s.r.l. & C., jeweils Mailand, Italien	Erwerb
SunPuglia Holding GmbH & Co. KG, Pullach	Erwerb

Zugänge

Während des Berichtsjahres erstkonsolidierte und im Rahmen der Übergangskonsolidierung abgehende Gesellschaften:

CORNALES Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	Gründung
Feuerwache Mülheim a.d. Ruhr GmbH & Co. KG, Pullach	Gründung
GAVOTTE Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	Gründung
GORDION Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	Gründung
HANNOVER LEASING Mobilien Holding GmbH & Co. KG, Pullach	Gründung
HML Rail Deutschland 1 GmbH & Co. KG, Pullach	Gründung
LEPANTO Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	Gründung
LUCINA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	Gründung
NIGRESCO Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	Gründung
NOVELLINO Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	Gründung
PERCEVAL Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Beteiligungs KG, Pullach	Gründung
VOLTAIRE Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	Gründung

Durch die Entkonsolidierung scheiden die bislang im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen Tochtergesellschaften und Zweckgesellschaften der HANNOVER LEASING grundsätzlich aus dem Kreis der Tochterunternehmen des Helaba-Konzerns aus (weitere 51 Abgänge über die zuvor dargestellten hinaus).

Dies führt zu keiner wesentlichen Veränderung der Gesamtverhältnisse des Konzerns. Bezogen auf einzelne Bilanzposten ergeben sich aus der Entkonsolidierung folgende Abgänge von Buchwerten zum Bilanzstichtag (in Mio. €):

Aktiva		Passiva	
Forderungen an Kunden	277	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten	1.044
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	150	Sonstige Passiva	99
Sachanlagen	443		
Sonstige Aktiva	212		

Veränderungen in der Unternehmensgruppe OFB:

Zugänge

Schlossgalerie Eschwege GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung
--	----------

Abgänge

Römerhof GmbH, Frankfurt am Main	Veräußerung der Gesellschaft
----------------------------------	------------------------------

Sonstige Veränderungen:

Zugänge

Bankservicegesellschaft Rhein-Main mbH, Krieffel	Erwerb weiterer Anteile im November 2010 durch die Frankfurter Sparkasse und Wechsel von at Equity auf Vollkonsolidierung
--	---

Abgänge

Helaba Trust Beratungs- und Management-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Verschmelzung auf die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG im August 2010
--	--

Nach dem Erwerb weiterer 50 % an der Bankservicegesellschaft Rhein-Main mbH durch die Frankfurter Sparkasse zum 30. November 2010 erfolgte eine Übergangskonsolidierung der bislang at Equity bewerteten Gesellschaft zur Vollkonsolidierung. Der nach dem Zeitwertansatz des Nettovermögens verbleibende Unterschiedsbetrag in Höhe von 2 Mio. € wurde als Firmenwert aktiviert.

Veränderungen im Kreis der at Equity bewerteten Unternehmen

Veränderungen in der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING im Jahr 2010:

Mit der Übergangskonsolidierung der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG und deren Tochterunternehmen und Zweckgesellschaften zum 30. Dezember 2010 scheidet die von diesen gehaltenen assoziierten Unternehmen aus dem Kreis der assoziierten Beteiligungen des Helaba-Konzerns aus (elf Abgänge). Durch die Bewertung des Konzerns HANNOVER LEASING at Equity entsprechend

A-65

der nach Anteilstransaktion fortbestehenden Anteilsquote an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG werden diese Abgänge, sofern sie weiterhin dem Konzern HANNOVER LEASING zuzurechnen sind, mittelbar weiterhin berücksichtigt.

Veränderungen in der Unternehmensgruppe OFB:

Zugänge

BS Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	Gründung
G & O Gateway Gardens Zweite GmbH & Co. KG, Eschborn	Gründung
G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Eschborn	Gründung
Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Walldorf	Erwerb
Projektentwicklung BS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung

Abgänge

Franziskanerhof Bonn GmbH & Co. KG, Köln	Verkauf
--	---------

Veränderungen in der Unternehmensgruppe GWH:

Zugänge

CP Campus Projekte GmbH	Gründung
-------------------------	----------

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Die Bilanzierung und Bewertung im Konzernabschluss der Helaba erfolgt bei allen einbezogenen Unternehmen nach konzerneinheitlichen Vorgaben. In den Konzernabschluss sind alle wesentlichen Tochterunternehmen und sonstige Unternehmen, die von der Helaba mittel- oder unmittelbar beherrscht werden oder bei denen nach den Vorschriften des IAS 27 und SIC 12 eine Zurechnung zum Helaba-Konzern vorzunehmen war, im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Für die wesentlichen Gemeinschaftsunternehmen und die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen erfolgt eine Bewertung at Equity gemäß IAS 28. In Einzelfällen, die einzeln und insgesamt betrachtet im Vergleich zu den wirtschaftlichen Verhältnissen des Konzerns von nur untergeordneter Bedeutung sind, wurde von einer Konsolidierung beziehungsweise Bewertung at Equity abgesehen. In diesen Fällen erfolgt der Ausweis der Anteile unter den Finanzanlagen.

Die Jahresabschlüsse der konsolidierten beziehungsweise at Equity bewerteten Unternehmen werden grundsätzlich auf den Stichtag des Jahres- und Konzernabschlusses der Helaba aufgestellt. Nur in wenigen unbedeutenden Ausnahmefällen, die Investmentvermögen betreffen, liegen abweichende Abschlussstichtage vor. Auch in diesen Fällen erfolgte die Berücksichtigung mit Werten zum 31. Dezember 2010.

Die Erstkonsolidierungen erfolgen nach der Erwerbsmethode auf den Stichtag des Anteilerwerbs. Die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden erfolgt mit den beizulegenden Zeitwerten auf diesen Erstkonsolidierungszeitpunkt. Verbleibende positive Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung werden als Geschäfts- oder Firmenwert in der Konzernbilanz unter den immateriellen

Vermögenswerten ausgewiesen und mindestens jährlich einem Werthaltigkeitstest unterzogen (siehe Anhangangabe (14)). Aus der Erstkonsolidierung resultierende negative Unterschiedsbeträge sind nach entsprechender Prüfung der beizulegenden Zeitwerte erfolgswirksam zu vereinnahmen.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals und der Gewinn- und Verlustrechnung als „auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital“ beziehungsweise „konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis“ ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden auf Grundlage der Zeitwerte der ihnen zugeordneten Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Im Fall eines sukzessiven Anteilserwerbs wird die Gesellschaft ab dem Zeitpunkt der Erlangung der Beherrschung vollkonsolidiert. Die Anteile, die vor Erlangung der Beherrschung erworben wurden (Alt-Anteile), werden zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und der Kapitalkonsolidierung zugrunde gelegt. Die Differenz zwischen dem Buchwert der Alt-Anteile und des beizulegenden Zeitwertes ist, gegebenenfalls nach Recycling erfolgsneutraler Buchwertbestandteile aus der Fortschreibung eines Equity-Wertes oder der bisher erfolgsneutralen Bewertung aufgrund der Zuordnung zur Bewertungskategorie AfS, erfolgswirksam zu erfassen.

Entfällt eine Einbeziehungspflicht für bislang konsolidierte beziehungsweise at Equity bewertete Unternehmen, so erfolgt auf den Stichtag, an dem die konsolidierungspflichtigen Anteile abgehen beziehungsweise der Beherrschungstatbestand entfällt, eine erfolgswirksame Entkonsolidierung. Der Ansatz der verbliebenen Anteile nach IAS 39 oder im Rahmen einer Bewertung at Equity erfolgt dabei zum beizulegenden Zeitwert.

Sind Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- oder assoziierten Unternehmen zum kurzfristigen Verkauf bestimmt und liegen die sonstigen Voraussetzungen vor, so erfolgen eine Bewertung nach IFRS 5 und der Ausweis der Vermögenswerte, Schulden und Erfolgsbeiträge in separaten Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.

Zwischen konsolidierten Unternehmen bestehende konzerninterne Salden sowie entstandene Erträge und Aufwendungen werden im Wege der Schulden- beziehungsweise Erfolgskonsolidierung eliminiert. Zwischenerfolge aus Transaktionen zwischen einbezogenen Unternehmen werden ebenfalls eliminiert.

Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden vom Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses beziehungsweise bei Vorliegen der gemeinschaftlichen Führung zu den Anschaffungskosten des Konzerns in der Konzernbilanz angesetzt. Der bilanzierte Equity-Wert wird in den Folgejahren unter Berücksichtigung der Amortisierung von identifizierten stillen Reserven und Lasten um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens wird als Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Liegt der erzielbare Betrag der Anteile an einem at Equity bewerteten Unternehmen unter dem bisherigen Bilanzansatz, werden diese Anteile abgeschrieben. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung durch Zuschreibungen bis maximal zur Höhe des fortgeführten Equity-Wertes (ohne Geschäfts- oder Firmenwert). Wertminderungen und Wertaufholungen werden erfolgswirksam im Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen erfasst.

(4) Finanzinstrumente

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente in der Bilanz anzusetzen. Die Erstbewertung erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem Gegenwert der hingegebenen beziehungsweise erhaltenen Vermögenswerte zum Zeitpunkt des Erwerbs entsprechen. Transaktionskosten werden grundsätzlich als Anschaffungsnebenkosten berücksichtigt. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften von nicht derivativen Finanzinstrumenten zum Erfüllungstag und bei derivativen Finanzinstrumenten zum Handelstag. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind beziehungsweise, wenn die Kontrolle oder Verfügungsmacht übertragen wurde. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welchen Kategorien nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet wurden:

Kredite und Forderungen (LaR)

Als Kredite und Forderungen (LaR) werden alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte kategorisiert, die mit festen oder bestimmaren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, es sei denn, sie werden bei Zugang in die Kategorie Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, (aFV) designiert. Auch Wertpapiere mit festen oder bestimmaren Zahlungen, für die kein aktiver Markt besteht, können als LaR kategorisiert werden.

Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bestehende Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst. Die Buchwerte von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR werden in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Aktiva gezeigt.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Forderungen, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

Bezüglich der Berücksichtigung von Risiken aus dem Kreditgeschäft wird auf Anhangangabe (11) verwiesen.

Finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (aFV)

Innerhalb dieser Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder zu Handelszwecken gehalten werden (HfT) oder für die im Zugangszeitpunkt unwiderruflich von der Fair Value Option (FVO) Gebrauch gemacht wird. Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente designiert werden, sind immer der Bewertungskategorie HfT zugeordnet.

Bei den zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten besteht die Absicht, Gewinne aus kurzfristigen Schwankungen des Preises oder aus der Händlermarge zu erzielen. Sie werden unter den Handelsaktiva oder Handelspassiva ausgewiesen. Die Aufwendungen und Erträge aus zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten werden vollständig im Handelsergebnis ausgewiesen. Nicht zu Handelszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente werden als positive oder negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen.

Die FVO wird überwiegend für wirtschaftliche Sicherungsbeziehungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Rahmen der Hedge Management-Strategie angewendet, für die keine Mikro Hedge-Beziehung gemäß IAS 39 dokumentiert ist. Die FVO wird auch für Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen, eingebetteten Derivaten genutzt. Darüber hinaus designiert die Helaba finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die als Einheit (Portfolio) im Rahmen einer dokumentierten Risikomanagementstrategie zum beizulegenden Zeitwert gesteuert werden. Der Ausweis nicht derivativer Finanzinstrumente, für die die FVO ausgeübt wird, erfolgt in dem jeweiligen Bilanzposten, der auch ohne Designation genutzt worden wäre. Zinsen und Dividenden der designierten Finanzinstrumente sind im Zinsüberschuss enthalten. Das Bewertungs- und das Veräußerungsergebnis werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option ausgewiesen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (HtM)

Eine Einstufung in die Kategorie HtM erfordert feste oder bestimmbare Zahlungen sowie eine feste Laufzeit der nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte. Des Weiteren müssen diese Finanzinstrumente mit der Absicht und der Fähigkeit erworben werden, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Helaba-Konzern sind keine Finanzinstrumente dieser Kategorie zugeordnet.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS)

Die Kategorie AfS beinhaltet alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht bereits einer der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Bei der Helaba handelt es sich insbesondere um Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie um Beteiligungen. Finanzinstrumente der Kategorie AfS werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert. Sofern dieser bei Eigenkapitalinstrumenten nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen. Dies ist dann der Fall, wenn weder Preise von aktiven Märkten vorliegen, noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar sind.

Das Ergebnis aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert wird – nach Berücksichtigung latenter Steuern – erfolgsneutral in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei Anwendung von Hedge Accounting wird der Teil des Bewertungsergebnisses, der auf das abgesicherte Risiko entfällt, im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen, die dazu führen, dass der beizulegende Zeitwert voraussichtlich dauerhaft unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegen wird, wird die Neubewertungsrücklage angepasst. Der Wertminderungsbetrag (Impairment) wird im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam, Wertaufholungen bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten hingegen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Zuschreibungen auf zu Anschaffungskosten bewertete Eigenkapitalinstrumente werden nicht vorgenommen.

A-69

Die Zinserträge aus Wertpapieren, einschließlich amortisierter Agien und Disagien, sowie Dividenderträge aus Aktien oder Beteiligungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Bei einer Veräußerung eines finanziellen Vermögenswertes wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Finanzielle Verbindlichkeiten (OL)

Diese Kategorie beinhaltet finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Der Ausweis der Buchwerte erfolgt in den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, verbriefte Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

(5) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, das heißt der Bilanzierung von Sicherungsinstrumenten (insbesondere Derivaten) und den durch sie abgesicherten Grundgeschäften.

Der Helaba-Konzern schließt Derivate sowohl zu Handelszwecken als auch zu Sicherungszwecken ab. Werden Derivate nachweislich zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind, eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Voraussetzungen die Anwendung spezieller Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu.

Zu Beginn der Sicherungsbeziehung sind sowohl die Sicherungsbeziehung als auch die Risikomanagementziele und -strategien des Konzerns sowie die Methode zur prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessung im Hinblick auf die Sicherungsbeziehung zu dokumentieren. Insbesondere sind das abzusichernde Grundgeschäft, das abzusichernde Risiko und das Sicherungsinstrument eindeutig zu benennen.

Darüber hinaus verlangt IAS 39 einen effektiven Sicherungszusammenhang. Hierzu wird die Effektivität der Sicherungsbeziehungen regelmäßig überwacht. Eine Sicherungsbeziehung wird als effektiv betrachtet, wenn sowohl im Zeitpunkt der Designation als auch während der Laufzeit der Sicherungsbeziehung die Wertänderungen des Grundgeschäftes durch die des Sicherungsinstrumentes in hohem Maße kompensiert werden (prospektiver Effektivitätstest oder Effektivitätsvermutung) und sich die aktuellen Bewertungsergebnisse in einer Spannbreite zwischen 80 % und 125 % bewegen (retrospektiver Effektivitätstest). Ist eine Sicherungsbeziehung nicht mehr effektiv, wird sie aufgelöst. Verbleibt nach Beendigung einer Sicherungsbeziehung das Grundgeschäft in der Bilanz, erfolgt eine Amortisation der während der Sicherung vorgenommenen Buchwertanpassungen des zinstragenden Grundgeschäftes über dessen verbleibende Restlaufzeit im Zinsergebnis.

Der Helaba-Konzern nutzt das Mikro Fair Value Hedge Accounting, um zinsinduzierte Marktpreisänderungen der gesicherten Grundgeschäfte durch Wertänderungen aus Sicherungsderivaten auszugleichen. Einem solchen zinsinduzierten Marktpreisrisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die Wertpapiere des Liquiditätsanlageportfolios, sofern es sich um festverzinsliche Titel handelt. Als Sicherungsinstrumente werden ausschließlich Zinsswaps und Zinswährungsswaps genutzt, die den Anforderungen des Hedge Accounting genügen.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accounting werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und unter den Bilanzposten positive beziehungsweise negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen. Bei Grundgeschäften, die ohne Hedge Accounting zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, führen die Wertänderungen des Grundgeschäftes, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, zu einer entsprechenden Buchwertanpassung. Diese auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwertes des Grundgeschäftes wird zusammen mit der gegenläufigen Änderung des Sicherungsinstrumentes erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Cashflow Hedges werden nur von einer vollkonsolidierten Zweckgesellschaft und einem assoziierten Unternehmen genutzt, die beide im Immobiliensektor tätig sind. Durch den Einsatz von Zinsswaps erfolgt die Absicherung gegen Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme, die aus der Zinsanpassung von Verbindlichkeiten resultieren können. Der effektive Teil der Fair Value-Änderung des Sicherungsinstrumentes wird dabei erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Die Absicherung von Fremdwährungsrisiken erfolgt mittels nicht derivativer Finanzinstrumente für Beteiligungen der Kategorie AfS und für eine Nettoinvestition in eine ausländische Teileinheit.

Positive und negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

Unter diesem Posten werden im Helaba-Konzern Derivate ausgewiesen, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden. Hierunter fallen auch Derivate, die als Sicherungsinstrumente für einen Mikro Fair Value Hedge designiert sind. Darüber hinaus werden in diesem Posten derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Management zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge Accounting-Anforderungen nach IAS 39 nicht dokumentiert ist (ökonomische Hedges). Positive Marktwerte werden auf der Aktivseite und negative Marktwerte auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die Bewertungsergebnisse der Derivate, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, werden in Abhängigkeit von ihrer Verwendung im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) oder im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option erfasst. Die laufenden Erträge und Aufwendungen aus diesen Derivaten werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

(6) Strukturierte Produkte

Als strukturierte Produkte werden Verträge bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Ein eingebettetes Derivat ist integraler Bestandteil des strukturierten Produktes und kann nicht separat gehandelt werden.

A-71

IAS 39 sieht unter bestimmten Voraussetzungen vor, eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke aus den zugehörigen Basisverträgen herauszulösen und als freistehende Derivate zu behandeln, soweit nicht das gesamte strukturierte Produkt erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird.

Im Helaba-Konzern werden trennungspflichtige Finanzinstrumente, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, jeweils separat bilanziert, oder es wird die FVO für das strukturierte Produkt genutzt.

(7) Finanzgarantien

Eine Finanzgarantie ist ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung einer bestimmten Zahlung verpflichtet ist, die den Garantienehmer für einen Verlust entschädigt, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seine vertraglichen Zahlungsverpflichtungen eines Schuldinstrumentes nicht vertragsgemäß erfüllt. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wird die Verpflichtung aus einer Finanzgarantie erfasst. Dabei erfolgt der Ansatz einer Finanzgarantie bei der Helaba (Garantiegeber) zum beizulegenden Zeitwert, der bei Ausgeglichenheit der zu erwartenden Leistungen (Verpflichtungsbarwert) und Gegenleistungen in Form von ratierlichen, nachschüssigen und marktgerechten Prämienzahlungen (Prämienbarwert) dem Wert null entspricht. Im Rahmen der Folgebewertung wird für drohende Verluste aus einer Inanspruchnahme aus der Finanzgarantie eine Rückstellung gebildet.

Darüber hinaus werden Finanzgarantien, für die im Zugangszeitpunkt die FVO ausgeübt wurde, sowohl im Rahmen der Zugangsbewertung als auch im Rahmen der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO ausgewiesen.

(8) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Der Helaba-Konzern tritt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften sowohl als Pensionsgeber (Repo-Geschäfte) als auch als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Geschäfte) auf.

Repo-Geschäfte sind Verträge, bei denen ein Pensionsgeber ihm gehörende Wertpapiere an einen Pensionsnehmer gegen Zahlung eines bestimmten Betrages überträgt. Gleichzeitig wird vereinbart, dass der Pensionsnehmer die an ihn übertragenen oder gleichartige Wertpapiere zu einem festgelegten späteren Zeitpunkt gegen Zahlung eines im Voraus vereinbarten Entgeltes an den Pensionsgeber zurückübertragen muss.

Aufgrund der unbedingten Verpflichtung zur Rückübertragung der Wertpapiere durch den Pensionsnehmer kommt es zu keinem bilanziellen Abgang der Wertpapiere beim Pensionsgeber und die Wertpapiere werden weiterhin in der Konzernbilanz entsprechend ihrer Bewertungskategorie gemäß IAS 39 bewertet und unter den Handelsaktiva oder innerhalb des Finanzanlagebestandes ausgewiesen. Entsprechend werden die im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften vom Helaba-Konzern in Pension genommenen Wertpapiere nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen, da es wirtschaftlich zu keinem Zugang kommt.

Sofern Repo-Geschäfte zu Handelszwecken abgeschlossen werden, wird die zufließende Liquidität als Verbindlichkeit unter den Handelsspassiva ausgewiesen und zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei wird der Unterschiedsbetrag zwischen erhaltener Zahlung und Rückzahlungsverpflichtung als Bestandteil des Bewertungsergebnisses im Handelsergebnis erfasst. Offenmarktgeschäfte, bei denen die Liquiditätssteuerung im Vordergrund steht, werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert. Die vereinbarten Zinszahlungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Im umgekehrten Fall werden Liquiditätsabflüsse aus Reverse-Repo-Geschäften, sofern sie mit Handelsabsicht getätigt werden, als Forderungen innerhalb der Handelsaktiva bilanziert und entsprechend bewertet. Die Bewertungsergebnisse werden, wie bei den Repo-Geschäften, entsprechend der Zweckbestimmung im Handelsergebnis erfasst.

Von den echten Wertpapierpensionsgeschäften sind Wertpapierleihegeschäfte abzugrenzen, bei denen der Helaba-Konzern sowohl als Verleiher als auch als Entleiher von Wertpapieren auftritt.

Hierbei werden Wertpapiere gegen Entgelt für einen begrenzten Zeitraum verliehen, wobei sich der Entleiher verpflichtet, mit Fristablauf Wertpapiere gleicher Art, Güte und Menge an den Verleiher zurückzuübertragen. Das juristische Eigentum an den Wertpapieren verbleibt im Gegensatz zu Wertpapierpensionsgeschäften beim Verleiher. Es handelt sich mithin um ein Sachdarlehen gemäß § 607 BGB. Die Bilanzierung erfolgt analog zu den echten Wertpapierpensionsgeschäften. Während verliehene Wertpapiere weiterhin im Wertpapierbestand (Handelsaktiva, Finanzanlagen) ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet werden, erfolgt keine Bilanzierung und Bewertung von entliehenen Wertpapieren.

Erträge und Aufwendungen aus Wertpapierleihegeschäften werden, sofern zu Handelszwecken abgeschlossen, im Handelsergebnis ausgewiesen. Ansonsten erfolgt der Ausweis im Zinsergebnis.

Für Wertpapierleihegeschäfte gestellte Barsicherheiten werden unter den Forderungen, erhaltene Barsicherheiten unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen. Vom Helaba-Konzern gestellte Wertpapiersicherheiten werden weiterhin nach der ursprünglich gewählten Bilanzierungsmethode bilanziert.

Aus Leerverkäufen von entliehenen Wertpapieren resultierende Verbindlichkeiten werden unter den Handelsspassiva zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Ein Leasinggeschäft wird als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand beim Leasinggeber liegen. Demgegenüber sind solche Leasinggeschäfte, bei denen im Wesentlichen alle Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übertragen werden, als Finanzierungsleasing einzustufen.

A-73

Der Konzern als Leasinggeber

Soweit im Helaba-Konzern Operating-Leasinggeschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen und, im Fall von Grundstücken und Gebäuden, unter den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt nach den dort beschriebenen Grundsätzen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Wenn der Leasingvertrag als Finanzierungsleasing klassifiziert ist, wird eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswertes zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gegenüber dem Leasingnehmer unter den Posten Forderungen an Kunden oder Forderungen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Der Zinsanteil wird im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Der Konzern als Leasingnehmer

Die gezahlten Leasingraten aus Operating-Leasingverhältnissen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(10) Währungsumrechnung

Die Umrechnung von Fremdwährungsgeschäften in den Abschlüssen der einbezogenen Unternehmen sowie die Umrechnung der Abschlüsse von ausländischen Geschäftsbetrieben mit einer von der Berichtswährung abweichenden funktionalen Währung erfolgen nach den Regelungen des IAS 21.

Sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie zum beizulegenden Zeitwert bewertete Eigenkapitalinstrumente (Aktien, Beteiligungen) in Fremdwährung werden zum Stichtagskurs umgerechnet. Nicht monetäre, zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Posten (zum Beispiel Sachanlagen) werden mit dem Kurs zum Zugangszeitpunkt umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen werden, mit Ausnahme der aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten resultierenden Differenzen, in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zur Umrechnung von in Fremdwährung aufgestellten Abschlüssen einbezogener Geschäftsbetriebe (Tochterunternehmen, Niederlassungen) wird zunächst mittels der Zeitbezugsmethode von der Fremdwährung in die funktionale Währung umgerechnet, sofern diese Währungen voneinander abweichen. Anschließend erfolgt die Umrechnung in die Berichtswährung (Euro) gemäß der modifizierten Stichtagskursmethode. Hierbei werden sämtliche monetäre und nicht monetäre Vermögenswerte und Schulden unter Verwendung des EZB-Referenzkurses des Bilanzstichtages in die Berichtswährung umgerechnet. Erträge und Aufwendungen der Berichtsperiode werden zum Periodendurchschnittskurs umgerechnet. Alle sich hieraus ergebenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden bis zum Abgang oder der Einstellung des ausländischen Geschäftsbetriebes in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Rücklage aus der Währungsumrechnung) ausgewiesen.

(11) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen.

Im Helaba-Konzern wird zu jedem Bilanzstichtag eine Überprüfung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR, die unter den Forderungen ausgewiesen werden, vorgenommen. Dabei unterliegen alle signifikanten Forderungen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor, erfolgt eine Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs.

Wesentliche Hinweise für das Vorliegen einer Wertminderung sind beispielsweise:

- Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen,
- Ungeregelte Überziehung für mehr als 90 Tage,
- Bonitätsbedingte Restrukturierung,
- Zwangsvollstreckungsmaßnahmen,
- Vorliegen der Voraussetzung auf Antrag oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens.

Die Bildung einer Wertberichtigung ist erforderlich, wenn es wahrscheinlich ist, dass nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen erbracht werden können. Die Höhe der Einzelwertberichtigung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem erzielbaren Betrag der Forderung. Der erzielbare Betrag entspricht dem Barwert der erwarteten Cashflows, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Verwertung von Sicherheiten. Zur Diskontierung der erwarteten Cashflows wird der ursprüngliche Effektivzinssatz der Forderung herangezogen; bei Forderungen mit variablen Zinssätzen wird der aktuelle Zinssatz verwendet.

Bei unveränderten Zahlungserwartungen ergibt sich durch Zeitablauf eine Barwertänderung (Unwinding). Das Unwinding ist Bestandteil des Zinsertrages. Eine Zuführung oder Auflösung einer Einzelwertberichtigung wird als Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Diese resultiert aus seit dem letzten Bilanzstichtag eingetretenen Cashflows, die in ihrer Höhe von den erwarteten Beträgen abweichen, veränderten Erwartungen über zukünftige Cashflows sowie der Änderung von variablen Zinssätzen. Wechselkursveränderungen werden ebenfalls erfolgswirksam berücksichtigt.

Nicht signifikante Forderungen mit Hinweis auf eine Wertminderung werden in eng abgegrenzten Portfolios mit ähnlichen Risikostrukturen zusammengeführt und nach einheitlicher Methodik bewertet. In die Berechnung der pauschalierten Einzelwertberichtigungen gehen Daten aus der Kreditrisikomessung ein, insbesondere die ausfallgefährdeten Beträge, Sicherheiten und historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten. Auf Basis dieser Methodik werden auch Portfoliowertberichtigungen gebildet. Dies betrifft Forderungen, bei denen keine objektiven Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen oder bei denen im Rahmen der Einzelermittlung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde. Die Portfoliowertberichtigung dient der Abdeckung eingetretener, aber noch nicht identifizierter Wertminderungen.

A-75

Die Risikovorsorge für bilanzielle Forderungen wird offen von den Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft (Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen) wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen. Die Ermittlung der Rückstellungshöhe entspricht weitgehend den Verfahren für das bilanzielle Kreditgeschäft. Zusätzlich wird jedoch die Ziehungswahrscheinlichkeit berücksichtigt.

Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen gebildet wurden, werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

(12) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien sind Immobilien, die der langfristigen Erzielung von Mieterträgen beziehungsweise Wertsteigerungen dienen.

Bei der Zuordnung von gemischt genutzten Immobilien, das heißt Immobilien, die zum Teil vermietet und zum Teil selbst genutzt werden, wird zunächst geprüft, ob die einzelnen Teile gesondert veräußert oder vermietet werden können beziehungsweise ob ein aktiver Markt für die Immobilienanteile vorhanden ist. Für den Fall, dass eine Aufteilung der Immobilie nicht möglich ist, wird eine Klassifizierung als als Finanzinvestition gehaltene Immobilie nur dann vorgenommen, wenn der Anteil der Eigennutzung am Gesamtobjekt unwesentlich ist. Immobilien, deren selbst genutzter Anteil aus Konzernsicht wesentlich ist, werden gemäß IAS 16 bilanziert und unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien sind zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst. Fremdkapitalkosten werden unter den Bedingungen des IAS 23 als Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die Gebäude werden planmäßig linear über ihre geschätzte wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die Bandbreiten der zugrunde gelegten Nutzungsdauern bewegen sich in Abhängigkeit von der jeweiligen Nutzungsart der Immobilie in folgendem Rahmen:

- | | |
|--|-------------|
| ■ Wohn- und Geschäftshäuser | 60–80 Jahre |
| ■ Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser | 40–60 Jahre |
| ■ Spezialimmobilien | 20–60 Jahre |

Darüber hinausgehende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Zuschreibungen werden vorgenommen, wenn der Grund für die außerplanmäßige Abschreibung weggefallen ist.

Der Ausweis von Mieterträgen, Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie Abschreibungen und sonstigen direkt den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien zurechenbaren Aufwendungen erfolgt im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Für die in Anhangangabe (42) angegebenen Marktwerte der Immobilien besteht hinsichtlich der Ermittlung eine je nach Objektgröße differenzierte Vorgehensweise. Bei mittleren und großen Immobilien erfolgt mindestens alle drei bis fünf Jahre eine Bewertung durch externe Gutachter, die in der Zwischenzeit jährlich durch interne Sachverständige überprüft und angepasst wird. Die jährliche Bewertung kleinerer Objekte wird grundsätzlich intern vorgenommen.

Die Bewertung der Immobilien erfolgt nach dem Ertragswertverfahren.

(13) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen sind selbst genutzte Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien im Bau (sofern sie nicht für die zukünftige Nutzung als Finanzinvestition erstellt oder entwickelt werden) sowie Leasinggegenstände, die im Rahmen von Operating-Leasinggeschäften vermietet werden, ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Diese umfassen den Kaufpreis sowie alle direkt zurechenbaren Kosten, die anfallen, um den Vermögenswert in betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung von Sachanlagen werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst.

Abnutzbare Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer unter Berücksichtigung rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen abgeschrieben. Eine Ausnahme bilden geringwertige Wirtschaftsgüter, die bereits im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben werden.

Die Bandbreite der erwarteten Nutzungsdauern stellt sich wie folgt dar:

■ Gebäude	40 – 60 Jahre
■ Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 – 25 Jahre
■ Leasinggegenstände	5 – 25 Jahre

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und der Buchwert einer Sachanlage den höheren Wert aus Nettoveräußerungspreis und Nutzungswert überschreitet. Fallen die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung in Folgejahren weg, erfolgt eine Zuschreibung höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen sind im Verwaltungsaufwand, Gewinne und Verluste aus Anlageabgängen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

(14) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten sind im Wesentlichen Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung, Software sowie im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden mindestens jährlich und anlassbezogen bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Der Werthaltigkeitstest erfolgt für jede zahlungsmittelgenerierende Einheit, der ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet wurde. Dabei wird der so genannte erzielbare Betrag mit dem Nettobuchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit inklusive der Buchwerte der zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerte verglichen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Wert von Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Sofern keine zeitnahen vergleichbaren Transaktionen oder beobachtbaren Marktpreise vorliegen, erfolgt im Regelfall eine Wertermittlung nach einem ertragswertorientierten Modell, das die erwarteten künftigen Ertragsüberschüsse barwertig bewertet. Die Ertragsersparungen werden aus Planungsrechnungen und individuellen Annahmen über Wachstumstrends von Erlösen und Kosten abgeleitet. Die Barwertberechnung erfolgt durch den Ansatz aktueller langfristiger lokaler Marktzinsen und der Berücksichtigung eines Risikozuschlags, der sich aus einer Marktrisikoprämie und einem Beta-Faktor ergibt. Sofern der Geschäfts- oder Firmenwert aus einer Objektgesellschaft resultiert, kann eine Zeitwertermittlung auch objektbezogen erfolgen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn der Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit den erzielbaren Betrag übersteigt. Dann wird eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe der Differenz vorgenommen, die im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen wird.

Software wird zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und planmäßig über einen Zeitraum von überwiegend drei Jahren abgeschrieben. Die Abschreibung der erworbenen Auftragsbestände erfolgt entsprechend ihrer vertraglichen Laufzeit. Abschreibungen auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte sind im Verwaltungsaufwand enthalten. Abgangsergebnisse werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt.

(15) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Langfristige Vermögenswerte, die zur Veräußerung gehalten werden, sowie bereits mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen werden ebenso wie Abgangsgruppen nach IFRS 5 und die mit diesen Vermögenswerten in Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten in gesonderten Bilanzposten ausgewiesen. In der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt für mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen ein Ausweis der Erträge und Aufwendungen einschließlich der Veränderungen latenter Steuern im Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

Voraussetzung für die Bilanzierung nach IFRS 5 ist eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine tatsächliche Veräußerung innerhalb von zwölf Monaten. Das Fortbestehen dieser Wahrscheinlichkeit und die Überprüfung des Nettoveräußerungswertes erfolgt zu jedem Abschlussstichtag.

Bis zum Vorliegen der Voraussetzungen werden die Vermögensgegenstände nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften bewertet. Sobald die Voraussetzungen nach IFRS 5 erfüllt sind, erfolgt ab diesem Zeitpunkt eine Bewertung mit dem niedrigeren Wert aus dem Vergleich des Buchwertes mit dem erzielbaren Nettoveräußerungswert.

(16) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva

Die sonstigen Aktiva enthalten im Wesentlichen Immobilien des Vorratsvermögens, die im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmt sind. Diese umfassen sowohl fertigestellte Immobilien als auch im Bau befindliche Objekte, die selbst entwickelt und vermarktet werden. Die Bewertung der Immobilien erfolgt zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten und dem Nettoveräußerungswert, das heißt dem geschätzten erzielbaren Verkaufserlös abzüglich der noch erwarteten Kosten für Fertigstellung und Verkauf. Fremdkapitalzinsen werden aktiviert, sofern die Bedingungen dafür erfüllt sind. Erträge und Aufwendungen aus Immobilien des Vorratsvermögens werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

In den sonstigen Aktiva beziehungsweise Passiva werden ferner Vermögenswerte beziehungsweise Schulden ausgewiesen, die für sich betrachtet von untergeordneter Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

(17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung im Helaba-Konzern umfasst verschiedene Arten von Versorgungsplänen. Es bestehen sowohl Beitragszusagen (Defined Contribution Plans) als auch Leistungszusagen (Defined Benefit Plans).

Für Beitragszusagen werden festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger entrichtet. Da für den Konzern keine weiteren Zahlungsverpflichtungen bestehen, werden für diese Zusagen grundsätzlich keine Rückstellungen gebildet. Eine Ausnahme stellt eine im Rahmen eines Unternehmenserwerbs bei der Kaufpreisallokation als Schuld identifizierte und als Rückstellung angesetzte Zusage dar. Die laufenden Beiträge für Beitragszusagen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Im Rahmen der Leistungszusagen bestehen sowohl Gesamtversorgungszusagen als auch Endgehaltspläne und Rentenbausteinsysteme. Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte, die gemäß IAS 19 Planvermögen darstellen und mit den Pensionsverpflichtungen verrechnet werden.

Die Pensionsverpflichtungen aus Leistungszusagen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005 von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie ein aktueller Marktzins zugrunde gelegt werden. Dieser Zinssatz orientiert sich an der Verzinsung erstklassiger Industrieanleihen mit einer der gewichteten durchschnittlichen Laufzeit der Zahlungsverpflichtungen entsprechenden

A-79

Fristigkeit. Die erwartete Rendite des Planvermögens wird gesondert für jeden Plan und entsprechend seiner Struktur auf Basis der erwarteten Renditen der Asset-Klassen und unter Berücksichtigung historischer Kapitalmarktentwicklungen durch die verantwortlichen Asset-Manager bestimmt.

Die in Deutschland angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	in %	
	31.12.2010	31.12.2009
Zinssatz	5,25	6,00
Gehaltstrend	1,00–1,60	1,00
Rententrend	1,60–2,00	2,00
Fluktuationsrate	0,00–3,00	3,00
Erwartete Rendite des Planvermögens	3,00–6,28	4,00–6,34

Gemäß IAS 19 wird der in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassende Pensionsaufwand für Leistungszusagen bereits zu Beginn eines Geschäftsjahres bestimmt. Abweichungen zwischen den früheren versicherungsmathematischen Annahmen und der tatsächlichen Entwicklung während des Geschäftsjahres sowie die Aktualisierung der Bewertungsparameter zum Geschäftsjahresende führen zu versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten. Diese werden in Ausübung des Wahlrechts des IAS 19 erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Dienstzeitaufwand und den Zinsaufwand. Der Dienstzeitaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwerterhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, der sich aus dem Näherrücken des Erfüllungszeitpunktes und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Pensionsaufwand wird um die erwarteten Erträge aus dem Planvermögen vermindert. Sowohl der Zinsaufwand als auch die erwarteten Erträge aus dem Planvermögen sind im Zinsüberschuss enthalten.

(18) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, sofern dem Helaba-Konzern aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung erwachsen ist, die wahrscheinlich zu einem Ressourcenabfluss führen wird und zuverlässig geschätzt werden kann. Die betragliche Höhe beziehungsweise der Fälligkeitstermin der Verpflichtung sind dabei ungewiss. Der als Rückstellung angesetzte Betrag entspricht der bestmöglichen Schätzung der Ausgabe, die zur Begleichung der Verpflichtung am Bilanzstichtag erforderlich ist. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Barwert ausgewiesen, sofern der Effekt der Abzinsung wesentlich ist. Die Abzinsung erfolgt mit einem marktüblichen und risikoadäquaten Zinssatz.

In den anderen Rückstellungen sind darüber hinaus Rückstellungen für den Personalbereich enthalten, die nach IAS 19 bewertet werden.

(19) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der jeweiligen Steuer zur Anwendung kommen.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden grundsätzlich auf Basis des bilanzorientierten Ansatzes auf temporäre Differenzen zwischen den Buchwerten von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und dem entsprechenden Steuerwert gebildet. Sie werden mit den Steuersätzen bewertet, die zum Berichtsstichtag beschlossen und für den Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuern maßgeblich sind. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzbarkeit wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern nur dann angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einer zukünftigen Nutzung ausgegangen werden kann. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden unter der Voraussetzung gleicher Steuerart, Steuerbehörde und Fristigkeit saldiert. Eine Abzinsung erfolgt nicht. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst. Die tatsächlichen und latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden in den Notes-Angaben zu den Posten Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen gesondert ausgewiesen.

(20) Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden Genussrechtsemissionen, verbrieft und unverbrieft nachrangige Verbindlichkeiten sowie stille Einlagen, die aufgrund in IAS 32 definierter Abgrenzungskriterien als Fremdkapital klassifiziert werden müssen, ausgewiesen.

Die unter dem Nachrangkapital ausgewiesenen Finanzinstrumente sind grundsätzlich der Kategorie finanzielle Verbindlichkeiten (OL) zugeordnet und zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Zur Vermeidung von Bewertungsinkongruenzen werden für Teile des Nachrangkapitals Mikro Fair Value Hedges oder die FVO genutzt.

A-81

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(21) Zinsüberschuss

in Mio. €

	2010	2009 ¹⁾
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.563	4.056
festverzinslichen Wertpapieren	299	334
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	518	379
nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	838	873
Finanzinstrumenten der FVO	69	98
Bauspargeschäft	56	62
Finanzierungsleasing	18	21
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	2	3
Anteilen an verbundenen Unternehmen	1	1
Beteiligungen	23	24
Zinserträge	5.387	5.851
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	-1.960	-2.245
verbrieften Verbindlichkeiten	-916	-1.173
Nachrangkapital	-173	-183
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	-249	-214
nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	-740	-675
Finanzinstrumenten der FVO	-198	-204
Bauspargeschäft	-75	-74
Rückstellungen	-59	-54
Zinsaufwendungen	-4.370	-4.822
Gesamt	1.017	1.029

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst.

Der Anteil der Zinserträge und Zinsaufwendungen aus nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten beläuft sich auf 3.932 Mio. € (2009: 4.468 Mio. €) beziehungsweise 3.123 Mio. € (2009: 3.674 Mio. €).

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften enthalten Zinsen in Höhe von 21 Mio. € (2009: 42 Mio. €) aus in die Kategorie LaR umkategorisierten finanziellen Vermögenswerten.

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind so genannte Unwinding-Effekte, die sich aus der Aufzinsung von wertgeminderten Forderungen bei sonst unveränderten Zahlungserwartungen ergeben, in Höhe von 42 Mio. € (2009: 31 Mio. €) enthalten.

Die Zinserträge aus dem Bauspargeschäft resultieren aus Baudarlehen, die von der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS Hessen-Thüringen) vergeben wurden. Die Aufwendungen der LBS Hessen-Thüringen für Bauspareinlagen finden sich entsprechend unter den Zinsaufwendungen.

In den Laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind Dividenden und Ausschüttungen aus Finanzinstrumenten der Fair Value Option in Höhe von 2 Mio. € (2009: 3 Mio. €) enthalten.

In den Laufenden Erträgen aus Anteilen an verbunden Unternehmen sind neben Dividenden auch Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen ausgewiesen.

Unter den Zinsaufwendungen aus Rückstellungen sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsverpflichtungen in Höhe von 55 Mio. € (2009: 52 Mio. €) enthalten. Entsprechend sind die erwarteten Erträge aus Planvermögen in Höhe von 10 Mio. € (2009: 8 Mio. €) in den Zinserträgen enthalten.

(22) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	in Mio. €	
	2010	2009
Zuführungen	-421	-594
Wertberichtigungen auf Forderungen	-394	-567
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	-27	-27
Auflösungen	173	134
Wertberichtigungen auf Forderungen	153	114
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	20	20
Direktabschreibungen auf Forderungen	-51	-39
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	14	12
Gesamt	-285	-487

In der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sind für im Jahr 2008 in die Bewertungskategorie LaR umkategorisierte finanzielle Vermögenswerte Auflösungen von Portfoliowertberichtigungen in Höhe von 3 Mio. € (2009: Zuführungen in Höhe von 4 Mio. €) sowie Direktabschreibungen in Höhe von 4 Mio. € (2009: 6 Mio. €) enthalten.

A-83

(23) Provisionsüberschuss

in Mio. €

	2010	2009
Kredit- und Avalgeschäft	35	40
Zahlungsverkehr und Außenhandelsgeschäft	66	63
Vermögensverwaltung und Fondskonzeption	53	39
Wertpapier- und Depotgeschäft	38	28
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	21	26
Verwaltung öffentlicher Zuschuss- und Förderprogramme	23	10
Bauspargeschäft	-7	-1
Treuhandgeschäft	8	7
Sonstiges	12	15
Gesamt	249	227

Die Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen enthalten im Wesentlichen Provisionen aus der Platzierung kurzfristiger Geldmarktpapiere und dem Vertrieb geschlossener Fonds.

Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften werden innerhalb des Handelsergebnisses ausgewiesen.

(24) Handelsergebnis

in Mio. €

	2010	2009
Kursbezogenes Geschäft	2	-
Aktien	170	-11
Aktienderivate	-168	11
Zinsbezogenes Geschäft	199	346
nicht derivatives zinsbezogenes Geschäft	468	465
Zinsderivate	-269	-119
Währungsbezogenes Geschäft	-15	-19
Devisen	-27	-3
FX-Derivate	12	-16
Ergebnis aus Kreditderivaten	-7	8
Provisionsergebnis	-31	-20
Gesamt	148	315

Das Handelsergebnis umfasst neben Veräußerungs- und Bewertungsergebnissen aus mit Handelsabsicht gehaltenen derivativen und nicht derivativen Finanzinstrumenten auch die aus Handelsbeständen resultierenden laufenden Zinsen und Dividenden sowie Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften.

Das Ergebnis aus dem nicht derivativen, zinsbezogenen Geschäft setzt sich vor allem aus den Ergebnisbeiträgen von festverzinslichen Wertpapieren, Wertpapierpensions- und Geldhandelsgeschäften sowie begebenen Geldmarktpapieren zusammen.

Das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft enthält unter anderem Fremdwährungsumrechnungsdifferenzen.

(25) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option

	in Mio. €	
	2010	2009
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	-30	84
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der FVO	36	-32
Gesamt	6	52

Dieser Posten enthält die Ergebnisse aus ökonomischen Hedges (Grundgeschäfte und Derivate). Darüber hinaus werden hier die realisierten und unrealisierten Ergebnisse weiterer freiwillig zum beizulegenden Zeitwert designierten Finanzinstrumente erfasst. Zins- und Dividendenerträge aus Finanzinstrumenten der FVO sind im Zinsüberschuss erfasst. Vom Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten entfallen -43 Mio. € (2009: 98 Mio. €) auf Kreditderivate. Der Ergebnisanteil aus durch konsolidierte Spezial- und Publikumsfonds gehaltenen Finanzinstrumenten der FVO und Nichthandelsderivaten beläuft sich auf -16 Mio. € (2009: -31 Mio. €).

(26) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen enthält die Bewertungsergebnisse der abgesicherten Grundgeschäfte und der Sicherungsinstrumente des Hedge Accounting.

	in Mio. €	
	2010	2009
Bewertungsergebnis aus Sicherungsinstrumenten	-62	347
Bewertungsergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	61	-307
Gesamt	-1	40

A-85

(27) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Finanzanlagen der Kategorie AfS ausgewiesen.

in Mio. €

	2010	2009
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	5	-
Beteiligungen	2	6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3	14
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-20
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	-39	-38
Wertminderungen	-46	-39
Zuschreibungen	7	1
Gesamt	-34	-38

Die Wertminderungen entfallen mit 1 Mio. € (2009: 1 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und mit 45 Mio. € (2009: 38 Mio. €) auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen.

(28) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen umfasst sämtliche ergebniswirksam erfassten Erfolgsbeiträge aus Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

in Mio. €

	2010	2009
Ergebnis aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen	-1	-5
Ergebnis aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	-8	-3
Veräußerungsgewinne aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen	-	28
Veräußerungsgewinne aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	18	-
Gesamt	9	20

Neben den anteiligen Periodenergebnissen werden auch die Ergebnisbeiträge, die aus der Fortschreibung der im Rahmen der Kaufpreisallokation aufgedeckten stillen Reserven und Lasten resultieren, in diesem Posten erfasst.

Erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen bei at Equity bewerteten Unternehmen werden erfolgsneutral im Konzerneigenkapital erfasst.

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen enthält Wertminderungen in Höhe von 2 Mio. € (2009: 13 Mio. €).

(29) Sonstiges betriebliches Ergebnis

	in Mio. €	
	2010	2009 ¹⁾
Sonstige betriebliche Erträge	659	610
Miet- und Leasingerträge (Operating Lease)	463	432
Erträge aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	24	17
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	16	24
Erträge aus nichtbankgeschäftlichen Dienstleistungen	51	52
Erträge aus der Vereinnahmung passivischer Unterschiedsbeträge	2	16
Erträge aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	37	16
Erträge aus Maschinen und technischen Anlagen	2	–
Übrige sonstige betriebliche Erträge	64	53
Sonstige betriebliche Aufwendungen	–302	–385
Betriebskosten von nicht selbst genutzten Immobilien	–152	–150
Aufwendungen aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	–3	–1
Abschreibungen auf nicht finanzielle Vermögenswerte	–45	–38
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	–11	–105
Aufwendungen aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	–2	–1
Restrukturierungsaufwendungen	–5	–2
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	–84	–88
Gesamt	357	225

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Die wesentlichen Komponenten des sonstigen betrieblichen Ergebnisses sind Erträge und Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie Leasingerträge.

Die Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte betreffen in Höhe von 7 Mio. € eine ausländische Immobiliengesellschaft. Weitere Abschreibungen betreffen Geschäfts- oder Firmenwerte von elf Gesellschaften aus dem Teilkonzern der HANNOVER LEASING.

A-87

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen entfallen folgende Beträge auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien:

	in Mio. €	
	2010	2009
Erträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	326	290
Mieterträge	316	281
Erträge aus dem Abgang	10	9
Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-186	-176
Betriebskosten von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-142	-137
davon: aus vermieteten Immobilien	-142	-137
Abschreibungen	-43	-37
Übrige Aufwendungen	-1	-2
Gesamt	140	114

Auf Vorratsimmobilien wurden Abschreibungen in Höhe von 2 Mio. € (2009: 0,6 Mio. €) vorgenommen.

(30) Verwaltungsaufwand

	in Mio. €	
	2010	2009 ¹⁾
Personalaufwand	-536	-498
Löhne und Gehälter	-435	-403
Soziale Abgaben	-63	-60
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-38	-35
Andere Verwaltungsaufwendungen	-427	-421
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-105	-121
auf Sachanlagen	-84	-101
auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-21	-20
Gesamt	-1.068	-1.040

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Die anderen Verwaltungsaufwendungen lassen sich wie folgt aufgliedern:

	in Mio. €	
	2010	2009 ¹⁾
Gebäude- und Raumaufwendungen	-74	-75
IT-Aufwendungen	-127	-115
Pflichtbeiträge, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen	-117	-121
Aufwendungen für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	-39	-38
Aufwendungen des Geschäftsbetriebes	-70	-72
Gesamt	-427	-421

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

(31) Ertragsteuern

in Mio. €

	2010	2009
Tatsächliche Steuern	-80	-95
Latente Steuern	-20	15
Gesamt	-100	-80

Der im Berichtsjahr angefallene tatsächliche Steueraufwand resultiert im Wesentlichen aus der Niederlassung New York (38 Mio. €), der Frankfurter Sparkasse (20 Mio. €) und der Bank Inland (14 Mio. €). Er beinhaltet Erstattungen für Vorjahre von 17 Mio. € (2009: Nachzahlungen in Höhe von 2 Mio. €).

Der tatsächliche Steueraufwand des Berichtsjahres wurde aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste um 25 Mio. € (2009: 16 Mio. €) gemindert.

Der latente Steueraufwand des Berichtsjahres resultiert im Wesentlichen aus der Entstehung beziehungsweise Realisierung von temporären Differenzen (Steueraufwand 10 Mio. €) sowie aus der Nutzung beziehungsweise Entstehung steuerlicher Verlustvorträge (Steueraufwand saldiert 11 Mio. €). Aus Steuersatzänderungen ergaben sich im Berichtsjahr Steuererträge von 1 Mio. €.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Überleitung der erwarteten auf die ausgewiesenen Ertragsteuern. Der erwartete Steueraufwand errechnet sich aus dem Ergebnis vor Ertragsteuern multipliziert mit dem anzuwendenden Konzernertragsteuersatz von unverändert 30 %. Dieser setzt sich aus Körperschaftsteuer (15,0 %) zuzüglich Solidaritätszuschlag (5,5 % der Körperschaftsteuer) sowie einem durchschnittlichen Gewerbesteuersatz zusammen.

in Mio. €

	2010	2009
Ergebnis vor Steuern	398	343
Anzuwendender Konzernertragsteuersatz in %	30	30
Erwarteter Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	-119	-103
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze	7	2
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	1	-
Im Geschäftsjahr erfasste Steuern aus Vorjahren	17	-2
Nicht anrechenbare Ertragsteuern	-	-
Steuerfreie Erträge	25	24
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	-13	-32
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen/Kürzungen	-1	1
Wertberichtigungen und Ansatzkorrekturen	-6	36
Sonstige Auswirkungen	-11	-6
Ertragsteueraufwand	-100	-80

A-89

Neben den erfolgswirksam erfassten Ertragsteuern werden weitere latente Steuern auf die einzelnen Bestandteile des sonstigen Ergebnisses gebildet. Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der erfolgsneutral erfassten Gewinne und Verluste und der auf sie entfallenden latenten Steuern.

in Mio. €

	vor Steuern		Steuern		nach Steuern	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Gewinne und Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	131	-67	-26	26	105	-41
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	-	1	-	-	-	1
Veränderung aus der Währungsumrechnung	7	-1	-	-	7	-1
Gewinne und Verluste aus der Absicherung von Cashflows	-6	-	1	-	-5	-
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-) aus Pensionsverpflichtungen	-80	-2	23	1	-57	-1
Gesamt	52	-69	-2	27	50	-42

(32) Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen

Hierin sind die Ergebnisse aus den mit Weiterveräußerungsabsicht erworbenen Tochterunternehmen im Projektierungsgeschäft und Fondsgeschäft der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING enthalten.

in Mio. €

	2010	2009
Ergebnis vor Steuern	-3	1
Erträge	-	4
Aufwendungen	-3	-3
Zurechenbare Steuern	-	-1
Ergebnis aufgebener Geschäftsbereiche	-3	-
Gewinn aus dem Abgang von aufgegebenen Geschäftsbereichen	3	64
Zurechenbare Steuern	-	-4
Ergebnis aus Bewertung und Abgang aufgebener Geschäftsbereiche	3	60
Gesamt	-	60

(33) Segmentberichterstattung

in Mio. €

	Immobilien		Corporate Finance		Financial Markets		Asset Management	
	2010	2009	2010	2009 ²⁾	2010	2009	2010	2009 ²⁾
Zinsüberschuss	340	317	249	279	94	88	31	11
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-189	-239	-63	-175	3	-45	-6	-
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	151	78	186	104	97	43	25	11
Provisionsüberschuss	17	20	16	21	32	32	53	28
Handelsergebnis	-	-	2	2	127	299	1	-
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	-4	-3	4	-14	6	125	-	-
Ergebnis aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen	-3	-13	-5	-22	10	16	1	4
Sonstiges betriebliches Ergebnis ¹⁾	194	200	181	136	1	-	4	8
Summe Erträge	355	282	384	227	273	515	84	51
Verwaltungsaufwand	-166	-163	-204	-223	-117	-115	-57	-22
Ergebnis vor Steuern¹⁾	189	119	180	4	156	400	27	29
Vermögen (Mrd. €)	36,8	37,6	26,5	26,4	70,6	67,4	1,7	1,4
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	2,8	3,0	6,5	6,5	111,7	116,1	1,4	1,1
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	21,0	21,1	13,9	15,9	10,0	12,0	1,1	2,4
Allokiertes Kapital (Mio. €)	1.853	1.675	1.291	1.156	812	875	86	171
Rentabilität des allokierten Kapitals (%) ²⁾	10,2	7,1	14,0	-	19,1	45,7	31,8	17,0
Aufwand-/Ertrag-Relation vor Kreditrisikovorsorge (%) ²⁾	30,5	31,3	45,6	62,7	43,6	20,6	62,7	42,9

¹⁾ Inklusive Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

²⁾ Vorjahreszahlen angepasst.

A-91

in Mio. €

	Verbundgeschäft		Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft		Frankfurter Sparkasse		Sonstige/ Überleitung		Konzern	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009 ²⁾	2010	2009 ²⁾
Zinsüberschuss	85	88	34	23	279	282	-95	-59	1.017	1.029
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1	-6	-	-	-10	-13	-19	-9	-285	-487
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	84	82	34	23	269	269	-114	-68	732	542
Provisionsüberschuss	15	25	29	14	74	76	13	11	249	227
Handelsergebnis	19	14	-	-	-1	-	-	-	148	315
Ergebnis aus Sicherungs- zusammenhängen, nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanz- instrumenten der FVO	-6	-9	-	-	13	28	-8	-35	5	92
Ergebnis aus Finanz- anlagen und at Equity bewerteten Unternehmen	-	-	-	-	-14	-24	-14	21	-25	-18
Sonstiges betriebliches Ergebnis ¹⁾	5	3	-3	3	18	-31	-43	-29	357	290
Summe Erträge	117	115	60	40	359	318	-166	-100	1.466	1.448
Verwaltungsaufwand	-126	-143	-51	-29	-244	-241	-103	-104	-1.068	-1.040
Ergebnis vor Steuern¹⁾	-9	-28	9	11	115	77	-269	-204	398	408
Vermögen (Mrd. €)	13,7	13,9	8,8	6,5	17,6	17,9	-9,4	-1,2	166,2	169,9
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	20,0	18,4	8,8	6,5	17,6	17,9	-2,6	0,3	166,2	169,9
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	1,0	1,1	0,9	0,9	4,2	4,6	4,9	4,1	57,2	62,0
Allokiertes Kapital (Mio. €)	84	82	77	63	343	332	481	407	5.029	4.761
Rentabilität des allokierten Kapitals (%) ²⁾	-	-	11,4	16,5	33,4	23,2	-	-	7,9	7,2
Aufwand-/Ertrag-Relation vor Kreditrisikovorsorge (%) ²⁾	106,5	119,1	85,6	73,8	66,3	72,7	-	-	61,0	55,6

¹⁾ Inklusive Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

²⁾ Vorjahreszahlen angepasst.

Die Basis für die Erstellung des Segmentberichts stellt IFRS 8 dar. Die Geschäftssegmentdefinition orientiert sich, dem Management Approach folgend, an der internen Geschäftsfeldstruktur der Bank. Beteiligungen sind den Segmenten entsprechend ihrer Geschäftsausrichtung zugeordnet.

Der Segmentbericht ist in die sieben nachstehend erläuterten Geschäftssegmente gegliedert:

- Im Geschäftssegment Immobilien werden die Unternehmensbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Damit sind die Leistungen der Helaba für Immobilienkunden in einem Geschäftssegment zusammengefasst. Die Produktpalette erstreckt sich von klassischen Immobilienfinanzierungen im In- und Ausland über wohnwirtschaftliche Beteiligungen, die Planung und Betreuung von eigenen und fremden Immobilien- sowie Private Public Partnership-Projekten bis hin zum Facility Management. Diesem Geschäftssegment sind die OFB-Gruppe sowie die GWH-Gruppe zugeordnet.
- Das Geschäftssegment Corporate Finance enthält den Unternehmensbereich Corporate Finance. Im Segment sind speziell auf Unternehmen abgestimmte Finanzierungslösungen zusammengefasst. Dazu gehören strukturierte Finanzierungen, Anlagefinanzierungen, Asset Backed Securities, Leasingfinanzierungen sowie Strukturierung und Vertrieb von Fondskonzepten. Die Ergebnisbeiträge der Gruppe HANNOVER LEASING sind diesem Geschäftssegment bis zum Zeitpunkt der Entkonsolidierung vollständig zugeordnet.
- Das Geschäftssegment Financial Markets stellt die Ergebnisse der Unternehmensbereiche Global Markets, Aktiv-Passiv-Steuerung, Sales Öffentliche Hand, Financial Institutions and Public Finance sowie diverser Zweckgesellschaften dar. In diesem Segment werden die Treasury- sowie die Handels- und Sales-Aktivitäten der Bank abgebildet. Im Produktportfolio befinden sich klassische Kapitalmarktprodukte, Finanzinstrumente zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung sowie auf Bedürfnisse von Finanzinstituten und der öffentlichen Hand zugeschnittene Finanzierungslösungen.
- Unter dem Geschäftssegment Asset Management sind die Beteiligungen Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH sowie die zum 31. Dezember 2009 erstmals vollkonsolidierte und bis dahin at Equity bewertete Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG abgebildet. Die Ergebnisbeiträge der Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG werden seit Beginn des Geschäftsjahres 2010 im Segment Asset Management ausgewiesen. Im Vorjahr war die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG als ehemaliges Tochterunternehmen der Frankfurter Sparkasse im Geschäftssegment Frankfurter Sparkasse abgebildet. Im Produktportfolio des Segments finden sich damit Leistungen zur klassischen Vermögensbetreuung und -verwaltung, des Private Banking sowie das Management von Spezial- und Publikumsfonds für institutionelle Anleger und die Betreuung von Master-KAG-Mandaten.
- Im Geschäftssegment Verbundgeschäft werden die Verbundbank und die LBS Hessen-Thüringen erfasst. Im Fokus dieses Geschäftssegments steht die Betreuung der Sparkassen und deren Kunden, für die Produkte entwickelt und bereitgestellt werden.
- Im Geschäftssegment öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen dargestellt. In diesem Segment werden somit die Ergebnisse aus Tätigkeiten der Helaba im Zusammenhang mit Förder- und Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Wohnungswesen, Kommunal- und Städtebau, Landwirtschaft sowie Schutz der Umwelt zusammengefasst.

A-93

- Das Geschäftssegment Frankfurter Sparkasse bildet die Ergebnisse des gleichnamigen Kreditinstituts als Teilkonzern einschließlich der zugehörigen konsolidierten Tochtergesellschaften ab. Das Produktportfolio umfasst neben den klassischen Produkten einer Retailbank im Aktiv-, Passiv- und Dienstleistungsgeschäft die Kapitalmarktprodukte zur Eigenmittelanlage, Refinanzierung und Liquiditätssteuerung.

Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Das Zinsergebnis im Kreditgeschäft wird in der internen Steuerung mittels der Marktzinsmethode aus der Differenz zwischen dem Kundenzinssatz und dem Marktzinssatz eines strukturkongruenten Alternativgeschäftes berechnet. Ergebnisse aus Fristentransformation werden als Zinsergebnis in der Aktiv-Passiv-Steuerung abgebildet.

Die Ergebnisse aus Handelsgeschäften, aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option, aus Sicherungszusammenhängen, aus Finanzanlagen sowie aus at Equity bewerteten Unternehmen werden entsprechend dem externen Rechnungswesen nach IFRS ermittelt.

Die direkt zurechenbaren Kosten zuzüglich der im Rahmen der internen Leistungsrechnung auf Basis von marktorientierten Preisvereinbarungen und verursachungsgerechten Mengentreibern sowie der auf dem Verursachungsprinzip basierenden Kostenumlage der Corporate Center Kosten gehen in den Verwaltungsaufwand ein.

Unter dem Vermögen werden die bilanziellen Aktiva, unter den Verbindlichkeiten die bilanziellen Passiva einschließlich des Eigenkapitals bei den jeweils zuständigen Einheiten ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Geschäftssegmente erfolgt auf Basis der Deckungsbeitragsrechnung. Die Risikoposition beinhaltet die Risikoposition des Anlage- und Handelsbuches einschließlich der Marktpreisrisikoposition gemäß Solvabilitätsverordnung. Das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital wird nach Risikopositionen und für die immobilienwirtschaftlichen und sonstigen bankfremden Aktivitäten entsprechend der bilanziellen Aktiva verteilt.

Das Ergebnis vor Risikovorsorge wird auf das allokierte Kapital bezogen, um die Rentabilitätskennziffern zu berechnen. Die Aufwand-Ertrag-Relation ergibt sich aus dem Verhältnis des Verwaltungsaufwandes zu den Erträgen vor Risikovorsorge.

In der Spalte Sonstige/Überleitung sind die nicht den Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst diese Spalte die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den einzelnen Segmenten zugeordnet werden können. Darüber hinaus werden die Erfolge aus der zentralen Anlage der Eigenmittel sowie aus strategischen Dispositionsentscheidungen abgebildet. Konsolidierungsbeträge, die zwischen den Segmenten bestehen, werden ebenfalls an dieser Stelle ausgewiesen.

Zur Verbesserung der Vergleichbarkeit wurden für 2009 Korrekturen in den Segmenten Corporate Finance und Asset Management vorgenommen. Im Segment Corporate Finance handelt es sich um eine Umgliederung ohne Einfluss auf das Segmentergebnis. Im Segment Asset Management wurde ein Einmaleffekt des Vorjahres in Höhe von 25 Mio. € der Spalte Sonstige/Überleitung zugeordnet.

Überleitungseffekte zwischen den Segmentergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ergeben sich insbesondere bezüglich des Zinsergebnisses. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalerträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Die Erträge nach Risikovorsorge verteilen sich auf Produkte und Dienstleistungen wie folgt:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2010	2009 ¹⁾
Immobilienkredite	209	140
Immobilienbewirtschaftung	19	10
Immobilienwirtschaftliche Dienstleistungen	127	132
Unternehmensfinanzierung	384	227
Treasuryprodukte	63	187
Handelsprodukte	136	289
Finanzierungen für Finanzinstitutionen	74	39
Fondsmanagement/Vermögensverwaltung	84	51
Bauspargeschäft	58	59
Sparkassenverbundgeschäft	59	56
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	60	40
Retail-Geschäft	359	318
Sonstige Produkte/Überleitung	-166	-100
Konzern	1.466	1.448

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst.

Nach Regionen ergibt sich folgende Verteilung:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2010	2009 ¹⁾
Deutschland	1.445	1.282
Europa (ohne Deutschland)	116	114
Welt (ohne Europa)	80	77
Konsolidierung	-175	-25
Konzern	1.466	1.448

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst.

A-95

Erläuterungen zur Bilanz

(34) Barreserve

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Kassenbestand	63	66
Guthaben bei Zentralnotenbanken	373	593
Gesamt	436	659

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 326 Mio. € (2009: 576 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(35) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Angeschlossene Sparkassen	6.808	6.866
Girozentralen	600	609
Banken	7.004	7.344
Gesamt	14.412	14.819
davon:		
inländische Kreditinstitute	11.103	10.822
ausländische Kreditinstitute	3.309	3.997

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Täglich fällige Forderungen	3.544	2.683
Andere Forderungen	10.868	12.136
Gesamt	14.412	14.819
darunter:		
Tages- und Termingelder	791	985
Gestellte Barsicherheiten	2.636	2.466
Weiterleitungsdarlehen	4.288	3.914

(36) Forderungen an Kunden

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Firmenkunden	66.028	67.448
Privatkunden	6.643	6.228
Öffentliche Stellen	15.027	13.792
Gesamt	87.698	87.468
davon:		
inländische Kunden	52.847	52.194
ausländische Kunden	34.851	35.274

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾
Täglich fällige Forderungen	1.301	1.158
Andere Forderungen	86.397	86.310
Gesamt	87.698	87.468
darunter:		
gewerbliche Immobilienkredite	34.615	34.554
private Baufinanzierungen	3.495	3.590
Baudarlehen der Bausparkasse	1.125	1.246
Weiterleitungsdarlehen	2.916	3.107
Infrastrukturkredite	3.390	2.464
Konsumentenkredite	353	387
Schuldscheindarlehen	658	900
finanzielle Vermögenswerte aus Kreditersatzgeschäften	1.470	1.845
Forderungen aus dem Finanzierungsleasinggeschäft	9	295
vor Fälligkeit angekaufte Forderungen	411	466

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst.

Bei den übrigen Forderungen an Kunden in Höhe von 39,3 Mrd. € (2009: 38,6 Mrd. €) handelt es sich überwiegend um Tilgungs- und Roll-Over-Kredite im Corporate Finance-Geschäft.

A-97

(37) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verteilt sich zum Abschlussstichtag wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	4	19
Einzelwertberichtigungen	–	14
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	1	1
Portfoliowertberichtigungen	3	4
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	1.249	1.169
Einzelwertberichtigungen	900	830
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	104	97
Portfoliowertberichtigungen	245	242
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	66	58
Gesamt	1.319	1.246

Die Wertberichtigungen auf Forderungen sind auf der Aktivseite separat ausgewiesen. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft ist als Rückstellung berücksichtigt und dort erläutert. Die Wertberichtigungen auf Forderungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Einzelwertberichtigungen		Pauschalierte Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Stand zum 1.1.	844	813	98	123	246	104	1.188	1.040
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–8	7	–	–	–1	1	–9	8
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	6	–3	–	–	3	–1	9	–4
Verbrauch	–129	–260	–5	–18	–	–	–134	–278
Auflösungen	–153	–97	–	–7	–	–10	–153	–114
Unwinding	–42	–31	–	–	–	–	–42	–31
Zuführungen	382	415	12	–	–	152	394	567
Stand zum 31.12.	900	844	105	98	248	246	1.253	1.188

Der Bestand der Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden gliedert sich nach Kundengruppen wie folgt:

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Finanzunternehmen	4	13
Grundstücks- und Wohnungswesen	605	506
Energie- und Wasserversorgung	15	17
Produzierendes Gewerbe	155	162
Sonstige Dienstleistungen	273	243
Natürliche Personen	128	137
Versicherungsgewerbe	1	–
Beteiligungsgesellschaften	17	19
Sonstige	51	72
Gesamt	1.249	1.169

(38) Handelsaktiva

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25.399	29.880
Geldmarktpapiere	926	1.023
von anderen Emittenten	926	1.023
Anleihen und Schuldverschreibungen	24.473	28.857
von öffentlichen Emittenten	2.873	2.212
von anderen Emittenten	21.600	26.645
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	57	222
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6.641	5.831
Kursbezogene Derivate	99	19
Zinsbezogene Derivate	5.410	4.893
Währungsbezogene Derivate	1.063	804
Kreditderivate	68	114
Warenbezogene Derivate	1	1
Forderungen des Handelsbestandes	7.079	6.872
Gesamt	39.176	42.805

Die Finanzinstrumente des Postens Handelsaktiva sind ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnet und werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Forderungen des Handelsbestandes umfassen im Wesentlichen Schuldscheindarlehen, Wertpapierpensions- und Geldhandelsgeschäfte.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind 22.810 Mio. € (2009: 28.302 Mio. €) börsennotiert.

A-99

(39) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	1.497	1.281
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	2.205	2.093
Gesamt	3.702	3.374

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von nach IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Management zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge Accounting-Anforderungen nicht nach IAS 39 dokumentiert sind (ökonomische Hedges).

(40) Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen umfasst Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie AfS und der FVO. Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden entsprechend ihrer Zuordnung zur Kategorie AfS erfolgsneutral grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Für den Fall, dass der Zeitwert nicht zuverlässig ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen.

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	16.840	15.924
von öffentliche Emittenten	3.688	2.640
von anderen Emittenten	13.152	13.284
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	111	91
Aktien	31	23
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	80	68
Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	33	33
bewertet zum beizulegenden Zeitwert	23	24
bewertet zu Anschaffungskosten	10	9
Beteiligungen	703	685
bewertet zum beizulegenden Zeitwert	675	627
bewertet zu Anschaffungskosten	28	58
Gesamt	17.687	16.733

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst.

Die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beinhalten im Wesentlichen Anteile an Investmentvermögen.

Der Buchwert der börsennotierten Finanzanlagen beläuft sich auf:

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	16.036	15.064
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	42	29
Beteiligungen	53	59
Gesamt	16.131	15.152

Unter den Beteiligungen sind auch Anteile an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen ausgewiesen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht at Equity bewertet werden. Nachfolgende Übersicht enthält zusammengefasste finanzielle Informationen zu diesen Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen:

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Gesamt		
Summe der Vermögenswerte	751	747
Summe der Verpflichtungen	586	645
Erträge	105	125
Jahresergebnis	3	-7
Anteilig		
Summe der Vermögenswerte	270	274
Summe der Verpflichtungen	193	228
Erträge	34	45
Jahresergebnis	1	-3

A-101

Die Entwicklung der Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ist folgender Übersicht zu entnehmen:

in Mio. €

	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen		Beteiligungen		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Anschaffungskosten						
Stand 1.1.	53	91	788	732	841	823
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-7	-41	-24	29	-31	-12
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	9	-2	9	-2
Zugänge	3	2	49	62	52	64
Umbuchungen	-1	2	1	-2	-	-
Abgänge	-1	-1	-40	-31	-41	-32
Stand 31.12.	47	53	783	788	830	841
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen						
Stand 1.1.	3	12	-20	-26	-17	-14
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-7	-4	3	-4	-4
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	10	-5	10	-5
Erfolgsneutrale Wertänderungen aus der Bewertung (AfS)	2	-3	8	-23	10	-26
Umbuchungen	-	1	-	-1	-	-
Abgänge	-	-	43	32	43	32
Stand 31.12.	5	3	37	-20	42	-17
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1.1.	-23	-22	-83	-46	-106	-68
Veränderungen des Konsolidierungskreises	3	-	9	-	12	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-	-2	-	-2
Wertminderungen	-	-1	-45	-36	-45	-37
Abgänge	1	-	2	1	3	1
Stand 31.12.	-19	-23	-117	-83	-136	-106
Buchwerte zum 31.12.	33	33	703	685	736	718

Bei den folgenden Gesellschaften bestehen am Bilanzstichtag durch vertragliche beziehungsweise satzungsmäßige Regelungen Beschränkungen bezüglich laufender Ausschüttungen:

- Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt,
- Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden,
- Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel,
- Hessenkapital I GmbH, Frankfurt am Main,
- Hessenkapital II GmbH, Frankfurt am Main,
- Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main,
- Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt,
- Palladium Praha s.r.o., Prag, Tschechien.

(41) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In der Berichtsperiode werden insgesamt 19 (2009: 19) Gemeinschaftsunternehmen und 3 (2009: 9) assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bewertet.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile gliedern sich wie folgt:

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen	20	24
Anteile an assoziierten Unternehmen	43	44
Gesamt	63	68

Unter den at Equity bewerteten Unternehmen befinden sich keine börsennotierten Gesellschaften.

A-103

Die nachfolgende Tabelle enthält die zusammengefassten finanziellen Informationen der at Equity bewerteten Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen auf Basis der Einzel- beziehungsweise Konzernabschlüsse der at Equity bewerteten Unternehmen und bezogen auf den Kapitalanteil des Helaba-Konzerns an den Vermögenswerten, Verpflichtungen, Erträgen und Jahresergebnissen.

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – Gesamt		
Summe der Vermögenswerte	183	147
Summe der Verpflichtungen	150	111
Erträge	7	7
Jahresergebnis	-1	2
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – Anteilig		
Summe der Vermögenswerte	99	81
Summe der Verpflichtungen	79	59
Erträge	3	3
Jahresergebnis	-1	1

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Anteile an assoziierten Unternehmen – Gesamt		
Summe der Vermögenswerte	2.312	1.394
Summe der Verpflichtungen	2.202	1.265
Erträge	225	184
Jahresergebnis	-2	-9
Anteile an assoziierten Unternehmen – Anteilig		
Summe der Vermögenswerte	827	372
Summe der Verpflichtungen	798	339
Erträge	57	50
Jahresergebnis	-1	-2

(42) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Vermietete Grundstücke und Gebäude	2.356	2.493
Unbebaute Grundstücke	55	55
Leerstehende Gebäude	3	4
Immobilien im Bau	27	30
Gesamt	2.441	2.582

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien entfallen mit 1.776 Mio. € (2009: 1.760 Mio. €) auf Wohnimmobilien der Unternehmensgruppe GWH.

Die Entwicklung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zeigt die folgende Tabelle:

	in Mio. €	
	2010	2009
Anschaffungskosten/Herstellungskosten		
Stand zum 1.1.	2.816	1.921
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-170	521
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	2	-
Zugänge	87	79
Übertragungen aus dem Bestand der selbst genutzten Grundstücke und Gebäude	-	19
Übertragungen aus dem Bestand der Immobilien im Bau	-	15
Übertragungen in das Vorratsvermögen	-9	-
Übertragungen aus dem Vorratsvermögen	-	89
Übertragungen in die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Abgangsgruppen	-	-1
Übertragungen aus den zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Abgangsgruppen	-	189
Abgänge	-29	-16
Stand 31.12.	2.697	2.816
Kumulierte Abschreibungen		
Stand zum 1.1.	-234	-173
Veränderungen des Konsolidierungskreises	20	-2
Planmäßige Abschreibungen	-43	-36
Außerplanmäßige Abschreibungen	-	-1
Übertragungen aus dem Bestand der Immobilien im Bau	-	-1
Übertragungen aus den zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Abgangsgruppen	-	-22
Abgänge	1	1
Stand zum 31.12.	-256	-234
Buchwerte zum 31.12.	2.441	2.582

Die Zugänge betreffen mit 82 Mio. € (2009: 67 Mio. €) die Unternehmensgruppe GWH.

Bezüglich der Veränderung des Konsolidierungskreises verweisen wir auf Anhangangabe (2).

Die Marktwerte der Immobilien betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 2.986 Mio. € (2009: 3.182 Mio. €).

Es besteht eine vertragliche Verpflichtung in Höhe von 18 Mio. € (2009: 9 Mio. €) zum Erwerb, zur Erstellung oder zur Entwicklung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien.

A-105

(43) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude	263	288
Betriebs- und Geschäftsausstattung	54	61
Leasinggegenstände	-	401
Immobilien im Bau	-	5
Gesamt	317	755

Die Sachanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Leasinggegenstände	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten						
Stand 1.1.	385	400	241	253	536	503
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-31	-	-15	3	-538	62
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	1	-	-	-	9	-
Zugänge	1	5	16	14	131	91
Umbuchungen	8	-	-	-	-	-
Übertragungen in den Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-	-19	-	-	-	-
Übertragungen aus den zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Abganggruppen	-	-	-	-	-	65
Abgänge	-	-1	-13	-29	-138	-185
Stand 31.12.	364	385	229	241	-	536
Kumulierte Abschreibungen						
Stand 1.1.	-97	-92	-180	-195	-135	-113
Veränderungen des Konsolidierungskreises	2	-	8	-	134	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-	-	1	-
Planmäßige Abschreibungen	-6	-5	-13	-13	-64	-83
Abgänge	-	-	10	28	64	61
Stand 31.12.	-101	-97	-175	-180	-	-135
Buchwerte 31.12.	263	288	54	61	-	401

in Mio. €

	Immobilien im Bau		Maschinen und technische Anlagen		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten						
Stand 1.1.	5	16	-	-	1.167	1.172
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-8	-	-592	65
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-	-	10	-
Zugänge	3	4	8	-	159	114
Umbuchungen	-8	-	-	-	-	-
Übertragungen in den Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-	-15	-	-	-	-34
Übertragungen aus den zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Abgangsgruppen	-	-	-	-	-	65
Abgänge	-	-	-	-	-151	-215
Stand 31.12.	-	5	-	-	593	1.167
Kumulierte Abschreibungen						
Stand 1.1.	-	-1	-	-	-412	-401
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	1	-	145	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-	-	1	-
Planmäßige Abschreibungen	-	-	-1	-	-84	-101
Übertragungen in den Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-	1	-	-	-	1
Abgänge	-	-	-	-	74	89
Stand 31.12.	-	-	-	-	-276	-412
Buchwerte 31.12.	-	5	-	-	317	755

Bezüglich der Veränderung des Konsolidierungskreises verweisen wir auf Anhangangabe (2).

A-107

(44) Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Geschäfts- oder Firmenwerte	138	151
Gekaufte Software	25	29
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	1	23
Gesamt	164	203

Die immateriellen Vermögenswerte des Helaba-Konzerns haben – mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte – begrenzte Nutzungsdauern und werden planmäßig abgeschrieben.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte resultieren im Wesentlichen aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse im Jahr 2005 und einer seit 2009 konsolidierten ausländischen Immobiliengesellschaft.

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Gekaufte Software		Sonstige immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten								
Stand 1.1.	264	142	124	111	50	50	438	303
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-12	122	-6	1	-49	-	-67	123
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	1	-	-	-	1	-
Zugänge	-	-	12	18	1	-	13	18
Abgänge	-	-	-10	-6	-	-	-10	-6
Stand 31.12.	252	264	121	124	2	50	375	438
Kumulierte Abschreibungen								
Stand 1.1.	-113	-8	-95	-89	-27	-19	-235	-116
Veränderungen des Konsolidierungskreises	10	-	4	-	34	-	48	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-1	-	-	-	-1	-
Planmäßige Abschreibungen	-	-	-13	-12	-8	-8	-21	-20
Außerplanmäßige Abschreibungen	-11	-105	-	-	-	-	-11	-105
Abgänge	-	-	9	6	-	-	9	6
Stand 31.12.	-114	-113	-96	-95	-1	-27	-211	-235
Buchwerte 31.12.	138	151	25	29	1	23	164	203

Bezüglich der Veränderung des Konsolidierungskreises verweisen wir auf Anhangangabe (2).

Es besteht keine vertragliche Verpflichtung (2009: 2 Mio. €) zum Erwerb von immateriellen Vermögenswerten.

(45) Ertragsteueransprüche

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	81	121
Latente Ertragsteueransprüche	371	306
Gesamt	452	427

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Die latenten Ertragsteueransprüche verteilen sich auf folgende Posten:

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	44	46
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.044	2.272
Finanzanlagen	99	125
Sonstige Aktiva	60	65
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	118	227
Pensionsrückstellungen	126	120
Sonstige Rückstellungen	41	19
Sonstige Passiva	53	52
Steuerliche Verlustvorträge	16	27
Latente Ertragsteueransprüche brutto	1.601	2.953
Saldierung mit latenten Ertragsteuerverpflichtungen	-1.230	-2.647
Gesamt	371	306
davon langfristig	330	228

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Für die Ermittlung der latenten Ertragsteueransprüche der in- und ausländischen Berichtseinheiten wurden die individuellen Steuersätze zugrunde gelegt. Im Inland ergibt sich für die Bank ab 2010 bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von derzeit 450 % (2009: 448 %) ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,6 % (2009: 31,5 %).

Latente Steuern auf Verlustvorträge werden nur insoweit aktiviert, als deren Realisierbarkeit hinreichend sicher ist. Die Realisierbarkeit setzt voraus, dass in einem überschaubaren zukünftigen Zeitraum ausreichende zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, um die steuerlichen Verlustvorträge zu verrechnen. Zum Bilanzstichtag wurden latente Steuern in Höhe von 16 Mio. € (2009: 27 Mio. €) auf Verlustvorträge gebildet, die unbegrenzt vortragsfähig sind.

A-109

Insgesamt wurden auf körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 254 Mio. € (2009: 310 Mio. €) und auf gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 356 Mio. € (2009: 520 Mio. €) keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt, da in absehbarer Zukunft keine steuerlichen Ergebnisse mit einer ausreichenden Wahrscheinlichkeit erwartet werden.

Die latenten Ertragsteueransprüche, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 55 Mio. € (2009: 77 Mio. €).

(46) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Entsprechend den Posten der Bilanz sind im zusammengefassten Ausweis auf der Aktivseite folgende wesentliche Komponenten enthalten:

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Finanzanlagen	–	1
Sonstige Vermögenswerte	–	17
Gesamt	–	18

(47) Sonstige Aktiva

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Immobilien des Vorratsvermögens	159	153
Fertiggestellte Immobilien	70	58
Immobilien im Bau	89	95
Geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen	44	118
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	36	102
Steueransprüche aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	5	12
Sonstige Vermögenswerte	705	792
Gesamt	949	1.177

(48) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Angeschlossene Sparkassen	2.236	2.672
Girozentralen	2.711	3.884
Banken	26.732	26.658
Gesamt	31.679	33.214
davon:		
inländische Kreditinstitute	25.158	25.980
ausländische Kreditinstitute	6.521	7.234

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Täglich fällige Verbindlichkeiten	2.448	2.087
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	29.231	31.127
Gesamt	31.679	33.214
darunter:		
aufgenommene Schuldscheindarlehen	11.241	12.506
Weiterleitungsdarlehen	7.457	7.240
begebene Namensschuldverschreibungen	2.837	3.093
Tages- und Termingelder	2.583	3.650

(49) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾
Firmenkunden	22.681	23.793
Privatkunden	14.964	14.548
Öffentliche Stellen	3.251	3.541
Gesamt	40.896	41.882
davon:		
inländische Kunden	36.622	37.783
ausländische Kunden	4.274	4.099

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

A-111

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾
Täglich fällige Verbindlichkeiten	12.934	12.905
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	27.962	28.977
Gesamt	40.896	41.882
darunter:		
Kundeneinlagen auf Girokonten	4.175	4.304
Tages- und Termingelder	13.853	14.072
Spareinlagen	2.451	2.468
Bauspareinlagen	3.307	3.217
begebene Namensschuldverschreibungen	9.475	9.905
aufgenommene Schuldscheindarlehen	7.087	7.456

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

(50) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Begebene Schuldverschreibungen	38.618	36.625
Hypothekendarlehen	2.421	1.540
Öffentliche Pfandbriefe	7.418	5.955
Sonstige Schuldverschreibungen	28.779	29.130
Andere verbrieft Verbindlichkeiten	1.771	1.880
Gesamt	40.389	38.505

Die anderen verbrieften Verbindlichkeiten betreffen wie im Vorjahr ausschließlich Geldmarktpapiere. Für detaillierte Angaben zur Emissionstätigkeit siehe Anhangangabe (67).

(51) Handelspassiva

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7.254	6.422
Kursbezogene Derivate	57	21
Zinsbezogene Derivate	6.318	5.608
Währungsbezogene Derivate	787	638
Kreditderivate	91	154
Warenbezogene Derivate	1	1
Begebene Geldmarktpapiere	8.383	9.938
Verbindlichkeiten des Handelsbestandes	22.892	25.752
Gesamt	38.529	42.112

Der Posten Handelspassiva enthält ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnete Finanzinstrumente. Die Verbindlichkeiten des Handelsbestandes umfassen im Wesentlichen Geldhandels- und Wertpapierpensionsgeschäfte.

(52) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	615	499
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	2.533	2.350
Gesamt	3.148	2.849

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von nach IAS 39 zu qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Management zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge Accounting-Anforderungen nicht nach IAS 39 dokumentiert sind (ökonomische Hedges).

(53) Rückstellungen

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	882	789
Andere Rückstellungen	308	309
Rückstellungen für den Personalbereich	97	104
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	66	58
Restrukturierungsrückstellungen	4	3
Sonstige Rückstellungen	141	144
Gesamt	1.190	1.098

Zur Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurde im Inland ein Zinssatz von 5,25 % (2009: 6,00 %) zugrunde gelegt. Der Zinssatz orientiert sich an der Verzinsung erstklassiger Industrieanleihen. Dabei wird ein Referenzzinssatz verwendet, der eine breite Anzahl von AA-eingestuften Anleihen berücksichtigt und um statistische Ausreißer bereinigt ist.

Vom Barwert der Pensionsverpflichtungen entfallen 69 % auf die Helaba (2009: 69 %) und 23 % auf die Frankfurter Sparkasse (2009: 24 %).

A-113

Bei der Landesbank Hessen-Thüringen bestehen im Wesentlichen die folgenden Leistungszusagen:

Für pensionsberechtigte Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 1985 in die Dienste der Bank eingetreten sind, gilt eine endgehaltsabhängige Gesamtversorgungszusage, bei der sich die Versorgungsleistung als dienstjahresabhängiger Prozentsatz der zuletzt gezahlten ruhegehaltfähigen Bezüge ergibt.

Die in den Jahren 1986 bis 1998 geltende Versorgungsordnung stellt einen Endgehaltsplan dar, bei dem die Gehaltsteile oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte (BBG) anders gewichtet werden als die Gehaltsteile bis zur BBG.

Bei der seit 1999 geltenden Versorgungszusage ergibt sich die Altersrente aus der Summe von so genannten Rentenbausteinen, die während der versorgungsfähigen Dienstzeit angesammelt werden. Die Rentenbausteine ermitteln sich anhand der mit einem altersabhängigen Faktor multiplizierten ruhegehaltfähigen Bezüge des jeweiligen Kalenderjahres.

Daneben bestehen im Wesentlichen Einzelzusagen für Vorstandsmitglieder sowie mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusagen und Zusagen für Beihilfeleistungen.

Bei der Frankfurter Sparkasse haben grundsätzlich alle Mitarbeiter einen Anspruch auf eine Rente der Pensionskasse. Für Mitarbeiter der ehemaligen Stadtparkasse Frankfurt besteht dieser Anspruch gegenüber der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt (ZVK). Rentenanwartschaften, die über die Höchstrente der Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse hinausgehen, werden durch eine Aufstockungszusage abgedeckt. Des Weiteren besteht eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ermitteln sich wie folgt:

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Barwert der Pensionsverpflichtung (DBO)	1.077	950	927	972	1.086
davon vollständig fondsfinanziert	208	169	161	171	292
davon nicht fondsfinanziert	869	781	766	801	794
Marktwert des Planvermögens	-247	-227	-186	-185	-167
Aufgrund IAS 19.58 b) nicht als Vermögenswert angesetzter Betrag	44	59	24	10	-
Nettobetrag der Pensionsverpflichtungen	874	782	765	797	919
Aktivüberhang aus Pensionsverpflichtungen	8	7	7	7	-
Ausgewiesene Pensionsrückstellungen	882	789	772	804	919

in Mio. €

Von den ausgewiesenen Pensionsrückstellungen entfallen 68 Mio. € (2009: 62 Mio. €) auf eine im Rahmen eines Unternehmenserwerbs bei der Kaufpreisallokation als Schuld identifizierte Beitragszusage.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen (DBO) hat sich wie folgt entwickelt:

	in Mio. €	
	2010	2009
Pensionsverpflichtungen zum 1.1.	950	927
Laufender Dienstzeitaufwand	16	17
Zinsaufwand	55	52
Arbeitnehmerbeiträge	3	2
Gezahlte Versorgungsleistungen	-45	-47
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	92	-31
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	28
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	6	2
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	1.077	950

Das Planvermögen hat sich wie folgt entwickelt:

	in Mio. €	
	2010	2009
Marktwert des Planvermögens zum 1.1.	227	186
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	10	8
Arbeitgeberbeiträge	9	7
Arbeitnehmerbeiträge	3	2
Gezahlte Versorgungsleistungen	-4	-5
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	-3	2
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	26
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	5	1
Marktwert des Planvermögens zum 31.12.	247	227

Das Planvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Eigenkapitalinstrumente	20	17
Fremdkapitalinstrumente	174	166
Immobilien	-	4
Andere Vermögenswerte	53	40
Marktwert des Planvermögens	247	227

A-115

Vom Planvermögen entfallen 13 Mio. € (2009: 12 Mio. €) auf konzerneigene Finanzinstrumente, in selbst genutzten Immobilien und anderen Vermögenswerten wurde nicht investiert (2009: 2 Mio. €).

Die versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste aus Pensionsverpflichtungen in den einzelnen Geschäftsjahren setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Pensionsverpflichtungen (DBO)	-4	19	-4	45	-43
Annahmeänderungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Pensionsverpflichtungen (DBO)	-88	12	72	94	29
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Planvermögen	-3	2	-4	4	-4
Veränderung des aufgrund IAS 19.58 b) nicht als Vermögenswert angesetzten Betrages	15	-35	-14	-10	-
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-) aus Pensionsverpflichtungen	-80	-2	50	133	-18

Die kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus Pensionsverpflichtungen betragen zum Bilanzstichtag 83 Mio. € (2009: 163 Mio. €), nach Abzug latenter Steuern 58 Mio. € (2009: 115 Mio. €).

Die im Zusammenhang mit Pensionsverpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Aufwendungen und Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Laufender Dienstzeitaufwand	16	17
Zinsaufwand	55	52
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-10	-8
Gesamte Aufwendungen und Erträge	61	61

Die tatsächlichen Erträge aus Planvermögen betragen 7 Mio. € (2009: 10 Mio. €).

Für beitragsorientierte Versorgungszusagen wurden im Berichtsjahr 3 Mio. € (2009: 3 Mio. €) aufgewendet.

Die anderen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Rückstellungen für den Personalbereich		Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft		Restrukturierungsrückstellungen		Sonstige Rückstellungen		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Stand zum 1.1.	104	69	58	52	3	7	144	117	309	245
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-2	22	-	-	-	-	-21	10	-23	32
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	1	-	1	-	-	-	-	-	2	-
Verbrauch	-72	-40	-	-1	-1	-1	-45	-37	-118	-79
Auflösungen	-1	-6	-20	-20	-1	-1	-14	-17	-36	-44
Umbuchungen	-	4	-	-	-2	-4	-	-	-2	-
Aufzinsung	2	2	-	-	-	-	2	1	4	3
Zuführung	65	53	27	27	5	2	75	70	172	152
Stand zum 31.12.	97	104	66	58	4	3	141	144	308	309

Die Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Altersteilzeit und Vorruhestandsvereinbarungen, Dienstjubiläen sowie Sonderzahlungen an Mitarbeiter. Die sonstigen Rückstellungen betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus Immobilienprojektierungen und Mietverhältnissen sowie Prozessrisiken.

Die Zuführungen beziehungsweise Auflösungen der Rückstellungen für den Personalbereich werden in der Regel im Personalaufwand, die der Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft in der Risikovorsorge und die der Restrukturierungsrückstellungen sowie der sonstigen Rückstellungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Aufzinsungsbeträge sind im Zinsüberschuss enthalten.

(54) Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	115	163
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	123	28
Gesamt	238	191

A-117

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen verteilen sich auf folgende Positionen:

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	155	171
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	994	2.213
Finanzanlagen	53	29
Sonstige Aktiva	65	98
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	37	9
Pensionsrückstellungen	30	52
Sonstige Rückstellungen	8	91
Sonstige Passiva	11	12
Latente Ertragsteuerverpflichtungen brutto	1.353	2.675
Saldierung mit latenten Ertragsteueransprüchen	-1.230	-2.647
Gesamt	123	28
davon langfristig	34	20

Für die Bewertung der temporären Differenzen, die zu latenten Ertragsteuerverpflichtungen führen, verweisen wir auf unsere Erläuterungen zu den latenten Ertragsteueransprüchen (siehe Anhangangabe (45)).

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 31 Mio. € (2009: 51 Mio. €).

(55) Sonstige Passiva

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	102	121
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	22	23
Erhaltene Vorauszahlungen und Anzahlungen	191	246
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	59	57
Sonstige Verbindlichkeiten	110	171
Gesamt	484	618

(56) Nachrangkapital

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.525	2.569
darunter anteilige Zinsen	12	12
Genussrechtskapital	845	852
darunter anteilige Zinsen	40	41
Stille Einlagen	1.118	1.104
darunter anteilige Zinsen	50	50
Gesamt	4.488	4.525
darunter:		
verbrieftes Nachrangkapital	3.158	3.188

Die hier ausgewiesenen stillen Einlagen erfüllen nicht die Eigenkapitalkriterien des IAS 32.

(57) Eigenkapital

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009¹⁾
Gezeichnetes Kapital	477	477
Stille Einlagen	1.920	1.920
Kapitalrücklage	658	658
Gewinnrücklagen	2.263	2.066
Neubewertungsrücklage	-91	-196
Rücklage aus der Währungsumrechnung	-	-7
Rücklage aus Cashflow Hedges	-13	-9
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	-11	-3
Gesamt	5.203	4.906

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Das Gezeichnete Kapital ist das von den drei Trägern nach der Satzung eingezahlte Stammkapital. Träger der Helaba sind mit einem Anteil von 85 % der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen, das Land Hessen mit einem Anteil von 10 % und der Freistaat Thüringen mit einem Anteil von 5 %.

Die unter dem Eigenkapital ausgewiesenen stillen Einlagen erfüllen die Bedingung des IAS 32, dass keine vertragliche Verpflichtung zur Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten besteht. Demnach erfolgt die Bedienung der stillen Einlagen im Rahmen der Gewinnverwendung.

A-119

Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe von Stammkapital an die Träger.

Die Gewinnrücklagen umfassen neben den Gewinnthesaurierungen des Mutterunternehmens und der einbezogenen Tochterunternehmen auch Beträge aus den fortgeschriebenen Ergebnissen der Kapitalkonsolidierung und sonstigen Konsolidierungsmaßnahmen. Darüber hinaus sind in den Gewinnrücklagen erfolgsneutral zu behandelnde versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen unter Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern enthalten.

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutralen Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS nach Verrechnung latenter Steuern. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder abgeschrieben wird.

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

(58) Sicherheitsleistungen

Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Die Sicherheitsleistungen erfolgen unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind. Nachstehende Vermögenswerte sind zum Bilanzstichtag als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten verpfändet oder übertragen (Buchwerte):

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾
Handelsaktiva	10.369	10.315
Forderungen an Kreditinstitute	2.673	2.499
Forderungen an Kunden	91	174
Finanzanlagen	1.772	2.594
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	261	264
Sachanlagen	46	200
Sonstige Aktiva	10	15
Gesamt	15.222	16.061

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Die Stellung der Sicherheiten erfolgt insbesondere für Offenmarktgeschäfte, zur Abwicklung von Wertpapiergeschäften über Clearinghäuser sowie im Rahmen von echten Pensionsgeschäften. Zur Besicherung von OTC-Geschäften bestehen zum Bilanzstichtag als Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesene gezahlte liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 2.726 Mio. € (2009: 2.491 Mio. €).

Ferner führt die Bank grundpfandrechlich besicherte Forderungen und Kommunalforderungen im Deckungsstock nach §§ 12 beziehungsweise 30 PfandBG. Zum 31. Dezember 2010 belief sich die Deckungsmasse auf 29.410 Mio. € (2009: 27.994 Mio. €) bei einem Umlauf an Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen in Höhe von 20.707 Mio. € (2009: 19.479 Mio. €). Diese umfassen auch Namenspapiere, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen werden.

Als Sicherheit hereingenommene Vermögenswerte

Die Hereinnahme von Sicherheiten erfolgt unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind.

Der beizulegende Zeitwert der im Rahmen von echten Pensionsgeschäften hereingenommenen Sicherheiten, bei denen es der Helaba gestattet ist, diese ohne Ausfall des Sicherungsgebers zu verwerten oder weiterzuverpfänden, beträgt 452 Mio. € (2009: 951 Mio. €). Derartige Sicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von 50 Mio. € (2009: 409 Mio. € Weiterverpfändung) wurden weiterverkauft; es bestehen Rückgabeverpflichtungen in gleicher Höhe.

Zur Besicherung von OTC-Geschäften wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 582 Mio. € (2009: 554 Mio. €) hereingenommen, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen sind.

(59) Nachrangige Vermögenswerte

Folgende Bilanzposten enthalten nachrangige Vermögenswerte:

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾
Forderungen an Kreditinstitute	83	123
davon:		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1	–
Forderungen an Kunden	1.423	1.400
davon:		
an verbundene Unternehmen	–	11
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	25	19
Handelsaktiva	19	2
Finanzanlagen	75	61
Gesamt	1.600	1.586

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Vermögenswerte werden als nachrangig ausgewiesen, wenn sie im Fall der Liquidation oder Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

A-121

(60) Fremdwährungsvolumina

in Mio. €

	Fremdwährungsaktiva		Fremdwährungspassiva	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾
USD	19.456	19.631	16.098	16.201
GBP	7.109	6.952	3.514	2.953
CHF	3.638	3.628	4.294	4.213
JPY	1.405	1.188	1.761	1.905
Andere Währungen	2.270	2.486	331	512
Gesamt	33.878	33.885	25.998	25.784

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Die hier dargestellten Fremdwährungsaktiva und -passiva beziehen sich auf nicht derivative Finanzinstrumente. Daraus entstehende offene Fremdwährungspositionen sind weitgehend durch den Einsatz von Derivaten geschlossen.

(61) Restlaufzeitengliederung

in Mio. €

	täglich fällig	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	17.924	32.385	26.130	56.371	28.617
Handelsspassiva	2.660	18.972	9.643	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.319	2.956	3.691	15.158	11.260
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12.945	4.200	5.471	11.869	12.482
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	6.249	6.565	26.072	3.506
Nachrangkapital	–	8	760	3.272	1.369
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	7.254	302	656	1.708	537
Handelsspassiva	7.254	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–	302	656	1.708	537
Unwiderrufliche Kreditzusagen	405	812	3.499	7.213	5.510
Gesamt	25.583	33.499	30.285	65.292	34.664

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2009:

	in Mio. €				
	täglich fällig	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	18.323	34.232	29.237	54.563	31.784
Handelsspassiva	3.296	20.592	11.802	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.088	4.874	5.566	14.464	11.054
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ¹⁾	12.938	4.062	6.096	14.941	10.614
Verbriefte Verbindlichkeiten	1	4.696	5.447	23.228	6.719
Nachrangkapital	–	8	317	1.930	3.397
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	6.412	327	653	1.566	501
Handelsspassiva	6.412	8	2	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–	319	651	1.566	501
Unwiderrufliche Kreditzusagen	488	1.149	3.513	7.338	6.653
Gesamt	25.223	35.708	33.394	63.467	38.938

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Für die Restlaufzeitengliederung der finanziellen Verbindlichkeiten wurden die undiskontierten Cashflows gemäß der vertraglich vereinbarten Fälligkeitstermine auf die einzelnen Laufzeitbänder verteilt. Falls keine feste vertragliche Vereinbarung für den Rückzahlungszeitpunkt bestand, ist der frühestmögliche Zeitpunkt beziehungsweise die Kündigungsmöglichkeit herangezogen worden. Dies gilt insbesondere für aufgenommene Tagesgelder und Sichteinlagen sowie für Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist.

Die unter den Handelsspassiva ausgewiesenen nicht derivativen finanziellen Verbindlichkeiten wurden mit Buchwerten und die unwiderruflichen Kreditzusagen mit dem Nominalwert in die Restlaufzeitengliederung einbezogen. Derivate des Handelsbestandes werden mit ihrem Buchwert dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet, die unwiderruflichen Kreditzusagen dem Band, zu dem die Inanspruchnahme frühestens möglich ist. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen gemäß Anhangangabe (70) können bis zum Garantiehöchstbetrag grundsätzlich jederzeit in Anspruch genommen werden.

(62) Derivative Geschäfte

Der Helaba-Konzern setzt derivative Finanzinstrumente sowohl für Handels- als auch für Sicherungsgeschäfte ein.

Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder individuell ausgehandelt als OTC-Derivate außerbörslich abgeschlossen werden.

Die Nominalwerte entsprechen dem Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe. Dieser Wert dient als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, es handelt sich jedoch nicht um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

A-123

Die Nominal- und Marktwerte derivativer Geschäfte ergeben sich zu den Stichtagen wie folgt:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	882	580	99	19	57	21
OTC-Produkte	234	197	20	8	12	12
Aktienoptionen	234	197	20	8	12	12
Käufe	137	93	18	8	1	–
Verkäufe	97	104	2	–	11	12
Börsengehandelte Produkte	648	383	79	11	45	9
Aktien-/Index-Futures	58	213	1	1	–	3
Aktien-/Index-Optionen	590	170	78	10	45	6
Zinsbezogene Geschäfte	499.736	430.619	8.799	8.157	8.875	7.900
OTC-Produkte	438.127	376.356	8.789	8.134	8.866	7.889
Forward Rate Agreements	43.168	1.494	6	–	8	–
Zinsswaps	343.758	337.338	8.061	7.708	7.899	7.296
Zinsoptionen	50.907	37.054	722	426	959	593
Käufe	22.906	16.698	714	417	–	1
Verkäufe	28.001	20.356	8	9	959	592
Sonstige Zinskontrakte	294	470	–	–	–	–
Börsengehandelte Produkte	61.609	54.263	10	23	9	11
Zinsfutures	21.609	34.251	8	22	6	10
Zinsoptionen	40.000	20.012	2	1	3	1
Währungsbezogene Geschäfte	53.455	48.871	1.373	912	1.281	1.104
OTC-Produkte	53.455	48.871	1.373	912	1.281	1.104
Devisenkassa- und -termingeschäfte	33.203	25.691	680	400	448	321
Zins-/Währungsswaps	19.313	20.815	678	491	813	761
Devisenoptionen	939	2.365	15	21	20	22
Käufe	474	1.179	15	21	–	–
Verkäufe	465	1.186	–	–	20	22
Kreditderivate	10.541	20.517	71	116	188	245
OTC-Produkte	10.541	20.517	71	116	188	245
Warenbezogene Geschäfte	19	9	1	1	1	1
OTC-Produkte	19	9	1	1	1	1
Commodity Swaps	19	9	1	1	1	1
Gesamt	564.633	500.596	10.343	9.205	10.402	9.271

Nominalwerte nach Restlaufzeiten:

in Mio. €

	Aktien-/Indexbezogene Geschäfte		Zinsbezogenes Geschäft		Währungsbezogenes Geschäft	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
bis drei Monate	200	239	153.572	115.086	23.919	17.394
mehr als drei Monate bis ein Jahr	121	141	80.595	75.439	10.525	11.387
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	561	200	165.042	147.649	15.193	16.029
mehr als fünf Jahre	-	-	100.527	92.445	3.818	4.061
Gesamt	882	580	499.736	430.619	53.455	48.871

in Mio. €

	Kreditderivate		Warenbezogene Geschäfte		Gesamt	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
bis drei Monate	510	386	5	1	178.206	133.106
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.294	1.841	11	3	92.546	88.811
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	7.274	15.833	3	5	188.073	179.716
mehr als fünf Jahre	1.463	2.457	-	-	105.808	98.963
Gesamt	10.541	20.517	19	9	564.633	500.596

Die derivativen Geschäfte bestehen mit folgenden Kontrahenten:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
OECD-Banken	420.374	373.979	7.445	7.041	8.789	8.153
Banken außerhalb der OECD	115	300	-	-	-	-
Sonstige Kontrahenten (inkl. Börsen)	126.531	117.582	2.237	1.804	1.066	968
Öffentliche Stellen in der OECD	17.613	8.735	661	360	547	150
Gesamt	564.633	500.596	10.343	9.205	10.402	9.271

(63) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2010 nach den Bewertungskategorien des IAS 39 gegliedert dargestellt. Ersichtlich ist auch der Ausweis in der Bilanz.

A-125

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	436				436
Forderungen an Kreditinstitute	14.352			60	14.412
Forderungen an Kunden	87.550			148	87.698
Handelsaktiva			39.176		39.176
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			3.702		3.702
Finanzanlagen		15.221		2.466	17.687
Gesamt	102.338	15.221	42.878	2.674	163.111
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.212			467	31.679
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	39.083			1.813	40.896
Verbriefte Verbindlichkeiten	37.053			3.336	40.389
Handelspassiva			38.529		38.529
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			3.148		3.148
Nachrangkapital	3.974			514	4.488
Gesamt	111.322		41.677	6.130	159.129

Nachfolgend die entsprechenden Buchwerte per 31. Dezember 2009:

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	659				659
Forderungen an Kreditinstitute	14.675			144	14.819
Forderungen an Kunden	87.257			211	87.468
Handelsaktiva			42.805		42.805
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			3.374		3.374
Finanzanlagen		14.135		2.598	16.733
Gesamt	102.591	14.135	46.179	2.953	165.858
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	32.943			271	33.214
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ¹⁾	40.188			1.694	41.882
Verbriefte Verbindlichkeiten	35.513			2.992	38.505
Handelspassiva			42.112		42.112
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			2.849		2.849
Nachrangkapital	3.997			528	4.525
Gesamt	112.641		44.961	5.485	163.087

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

In der folgenden Tabelle sind pro Bewertungskategorie die erfassten Ergebnisbeiträge aus Finanzinstrumenten für das Geschäftsjahr 2010 dargestellt:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nicht- handel	Gesamt
Zinsüberschuss	3.607	-3.123	324		-127	367	1.048
Risikovorsorge	-285						-285
Handelsergebnis				148			148
Ergebnis aus Finanzanlagen			-34				-34
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					36	-30	6
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	15	46				-62	-1
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			131				131
Gesamt	3.337	-3.077	421	148	-91	275	1.013

Für das Jahr 2009 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nicht- handel	Gesamt
Zinsüberschuss	4.110	-3.674	359		-104	363	1.054
Risikovorsorge	-487						-487
Handelsergebnis				315			315
Ergebnis aus Finanzanlagen			-38				-38
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					-32	84	52
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-78	-229				347	40
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			-67				-67
Gesamt	3.545	-3.903	254	315	-136	794	869

Der Zinsüberschuss gemäß Gewinn- und Verlustrechnung enthält neben Zinsen aus Finanzinstrumenten Zinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen und anderen langfristigen Rückstellungen, erwartete Erträge aus Planvermögen und den Zinsüberschuss aus dem Finanzierungsleasinggeschäft.

A-127

(64) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Nachfolgende Übersicht enthält eine Gegenüberstellung der beizulegenden Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten mit ihren jeweiligen Buchwerten.

in Mio. €

	Fair Value		Buchwert		Differenz	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Aktiva						
Barreserve	436	659	436	659	-	-
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾	14.692	15.089	14.408	14.800	284	289
Forderungen an Kunden ¹⁾	89.445	90.550	86.449	86.299	2.996	4.251
Handelsaktiva	39.176	42.805	39.176	42.805	-	-
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3.702	3.374	3.702	3.374	-	-
Finanzanlagen	17.687	16.733	17.687	16.733	-	-
Gesamt	165.138	169.210	161.858	164.670	3.280	4.540
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	32.318	34.012	31.679	33.214	639	798
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ²⁾	42.196	43.227	40.896	41.882	1.300	1.345
Verbriefte Verbindlichkeiten	40.322	38.472	40.389	38.505	-67	-33
Handelsspassiva	38.529	42.112	38.529	42.112	-	-
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3.148	2.849	3.148	2.849	-	-
Nachrangkapital	4.395	4.425	4.488	4.525	-93	-100
Gesamt	160.908	165.097	159.129	163.087	1.779	2.010

¹⁾ Nettobuchwert nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

²⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Marktes werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise (Level 1).

Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei alle Inputdaten (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und aus externen Quellen entnommen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Discounted-Cash-flow-basierte Forward Pricing- und Swap Pricing-Modelle oder Optionspreismodelle (zum Beispiel Black-Scholes sowie Varianten davon). Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten, zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet (Level 2).

In den Fällen, bei denen nicht alle Inputparameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Spreadprodukte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden Arrangerpreise herangezogen. Auch die Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten nicht börsennotierten Beteiligungen beruht auf nicht beobachtbaren Inputparametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen (Level 3).

Infolge der Finanzmarktkrise hat der Helaba-Konzern die Wertpapierbestände, getrennt nach Sektoren, hinsichtlich ihrer Liquidität an den Märkten einer Analyse unterzogen. Mit der Feststellung wieder aktiver Märkte für den gesamten Wertpapierbestand im Jahr 2010 wurden diese Wertpapiere vollständig mit Marktpreisen bewertet; dies führte zu einem deutlichen Rückgang der Wertpapierbestände im Level 3. Darüber hinaus haben die liquider gewordenen Märkte dazu geführt, dass Wertpapierbestände, die im Vorjahr noch mittels anerkannter Bewertungsmethoden und beobachtbarer Marktparameter bewertet wurden (Level 2), wieder mit verfügbaren aktuellen Marktkursen bewertet werden (Level 1).

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der verwendeten Inputdaten ergibt sich auf der Aktivseite wie folgt:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Nicht derivative Finanzinstrumente	41.125	35.445	8.225	16.427	1.042	2.124	50.392	53.996
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	60	144	–	–	60	144
Forderungen an Kunden	–	–	148	211	–	–	148	211
Handelsaktiva	24.739	24.297	7.722	11.757	74	921	32.535	36.975
Finanzanlagen	16.386	11.148	295	4.315	968	1.203	17.649	16.666
Derivate	89	34	10.252	9.168	2	2	10.343	9.204
Positive Marktwerte des Handelsbestandes	86	23	6.553	5.805	2	2	6.641	5.830
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3	11	3.699	3.363	–	–	3.702	3.374
Gesamt	41.214	35.479	18.477	25.595	1.044	2.126	60.735	63.200

A-129

Auf der Passivseite ergibt sich folgende Aufteilung:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Nicht derivative Finanzinstrumente	2.381	2.285	34.976	38.844	48	46	37.405	41.175
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	467	271	–	–	467	271
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	–	1.813	1.694	–	–	1.813	1.694
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	3.288	2.946	48	46	3.336	2.992
Handelsspassiva	2.381	2.285	28.894	33.405	–	–	31.275	35.690
Nachrangkapital	–	–	514	528	–	–	514	528
Derivate	54	21	10.340	9.244	8	6	10.402	9.271
Negative Marktwerte des Handelsbestandes	52	18	7.200	6.402	2	2	7.254	6.422
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2	3	3.140	2.842	6	4	3.148	2.849
Gesamt	2.435	2.306	45.316	48.088	56	52	47.807	50.446

Die Aktivbestände der nicht derivativen Finanzinstrumente im Level 3 verteilen sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	359	1.500
Schuldverschreibungen, Anleihen	74	1.176
Schuldscheine	69	69
Asset Backed Securities	208	255
Certificates of Deposit	8	–
Nicht börsennotierte Unternehmensanteile	645	624
Investmentanteile	38	–
Gesamt	1.042	2.124

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere in Level 3 verteilt sich auf die Rating-Stufen wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
AAA	66	117
AA	89	45
A	59	1.128
BBB und schlechter	102	45
Ohne externes Rating	43	165
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	359	1.500

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere, die dem Level 3 zugeordnet sind, wurden hinsichtlich der Sensitivität ihrer Marktparameter untersucht. Sowohl die positiven als auch die negativen Abweichungen sind zum 31. Dezember 2010 unwesentlich.

In den folgenden Tabellen wird die Entwicklung des Bestandes an zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, die dem Level 3 zugeordnet sind, sowie das Bewertungsergebnis der zum 31. Dezember noch im Bestand befindlichen Finanzinstrumente ausgewiesen:

in Mio. €

Aktiva	Handelsaktiva		Finanzanlagen		Positive Marktwerte des Handelsbestandes		Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Buchwert zum 1.1.	921	30.075	1.203	11.905	2	5	-	1
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste								
Zinsergebnis			-	-22			-	-1
Handelsergebnis	-60	-138			1	-1		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO			8	-8			-	-
Ergebnis aus Finanzanlagen			-	-42				
Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne oder Verluste			36	-120				
Zugänge	88	80	156	117	-1	-	-	-
Abgänge/Abwicklungen	-34	-6.398	-202	-1.657	-	-2	-	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-1	-25	-9	-	-	-	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	3	-	22	-2	-	-	-	-
Übertragungen aus Level 1 oder 2	-	18	-	74	-	-	-	-
Übertragungen in Level 1 oder 2	-844	-22.715	-230	-9.033	-	-	-	-
Buchwert zum 31.12.	74	921	968	1.203	2	2	-	-
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	-2	21	11	6	-	-	-	-

A-131

in Mio. €

Passiva	Verbrieftes Verbindlichkeiten		Handelsspassiva		Negative Marktwerte des Handelsbestandes		Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Buchwert zum 1.1.	46	150	-	191	2	3	4	9
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste								
Zinsergebnis	-	-2					-	-2
Handelsergebnis			-	-	-	1		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	2	11					2	-3
Zugänge	-	4	-	-	-	-	-	-
Abgänge/Abwicklungen	-	-117	-	-	-	-2	-	-
Übertragungen in Level 1 oder 2	-	-	-	-191	-	-	-	-
Buchwert zum 31.12.	48	46	-	-	2	2	6	4
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	-	-10	-	-	-	1	-2	2

(65) Umkategorisierung von finanziellen Vermögenswerten

In Einklang mit den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, Reclassification of Financial Assets, hat der Helaba-Konzern im zweiten Halbjahr 2008 bestimmte Handelsaktiva und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Bewertungskategorie LaR umkategorisiert. Hierbei wurden Vermögenswerte umkategorisiert, bei denen am 1. Juli 2008 eindeutig keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand, sondern die stattdessen auf absehbare Zeit im Bestand gehalten werden sollten. Gemäß dem geänderten IAS 39 erfolgte die Umkategorisierung mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an diesem Stichtag ermittelten beizulegenden Zeitwert. Seitdem wurden keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Mit der Umkategorisierung wurde auch der Bilanzausweis geändert (Umgliederung). Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte der umgelierten Vermögenswerte.

in Mio. €

	31.12.2010 Buchwert	31.12.2010 Zeitwert	31.12.2009 Buchwert	1.7.2008 Buchwert
Handelsaktiva, umgeliert zu Forderungen an Kunden	314	286	375	437
Finanzanlagen, umgeliert zu Forderungen an Kunden	1.156	1.050	1.470	1.722
Gesamt	1.470	1.336	1.845	2.159

Zum Zeitpunkt der Umkategorisierung lagen die Effektivzinssätze der umgegliederten Handelsaktiva zwischen 4,5 % und 6,5 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 452 Mio. €. Die Effektivzinssätze der umgegliederten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte lagen zwischen 3,2 % und 9,3 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 1.794 Mio. €.

Wären die Umkategorisierungen nicht vorgenommen worden, wären im Jahr 2010 für Handelsaktiva in der Gewinn- und Verlustrechnung zusätzlich unrealisierte Bewertungsgewinne von 0 Mio. € (2009: 6 Mio. €) und für Finanzanlagen im Eigenkapital zusätzliche unrealisierte Bewertungsgewinne von 57 Mio. € (2009: Bewertungsverluste von –41 Mio. €) entstanden.

Nach der Umgliederung trugen die Vermögenswerte 2010 wie folgt zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns (vor Steuern) bei:

	in Mio. €	
	2010	2009
Zinsüberschuss	18	39
Amortisierung und realisiertes Ergebnis aus Tilgung und Abgang	3	4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–1	–10
Ergebnis vor Steuern aus umgegliederten Vermögenswerten	20	33

(66) Angaben zu Verbindlichkeiten der Fair Value Option

Für Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, betragen die bonitätsinduzierten Änderungen der beizulegenden Zeitwerte in der Berichtsperiode 12 Mio. € (2009: 25 Mio. €). Die kumulative bonitätsinduzierte Änderung der beizulegenden Zeitwerte für die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Verbindlichkeiten beträgt –24 Mio. € (2009: –44 Mio. €).

(67) Angaben zur Emissionstätigkeit

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der verbrieften Refinanzierungsmittel des Helaba-Konzerns im Berichtszeitraum:

	in Mio. €							
	Begebene Geldmarktpapiere des Handels		Verbrieft Verbindlichkeiten		Verbrieftes Nachrangkapital		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Stand zum 1.1.	9.938	4.989	38.505	40.601	3.188	3.184	51.631	48.774
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	558	–12	638	47	12	–3	1.208	32
Zugänge aus Emissionen	41.899	39.201	24.621	24.108	–	–	66.520	63.309
Abgänge durch Rückzahlung	–43.452	–34.144	–22.180	–25.074	–60	–	–65.692	–59.218
Abgänge durch Rückkäufe	–567	–59	–1.097	–1.078	–	–	–1.664	–1.137
Veränderung der abgegrenzten Zinsen	1	–11	–28	–135	–1	–2	–28	–148
Erfolgswirksame Wertänderungen	6	–26	–70	36	19	9	–45	19
Stand zum 31.12.	8.383	9.938	40.389	38.505	3.158	3.188	51.930	51.631

A-133

Im Rahmen der Emissionstätigkeit des Helaba-Konzerns werden sowohl kurzfristige Geldmarktpapiere als auch mittel- und langfristige Schuldverschreibungen sowie Nachrangmittel am Geld- und Kapitalmarkt platziert.

Die Zugänge aus Emissionen und Abgänge durch Rückzahlungen umfassen auch das Platzierungsvolumen von kurzfristigen Geldmarktpapieren, die zum Ende des Geschäftsjahres bereits wieder getilgt sein können. Die erfolgswirksamen Wertänderungen resultieren aus Bewertungseffekten von zum Abschlussstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Verbindlichkeiten, die als gesicherte Grundgeschäfte in das Hedge Accounting einbezogen oder der FVO zugeordnet sind.

(68) Angaben zum Risikomanagement

Das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals steht im Mittelpunkt der Konzernrisikostategie. Zur Risikosteuerung werden die identifizierten Risiken laufend gemessen und überwacht. Hierzu werden die Methoden stetig weiterentwickelt. Zur Organisation des Risikomanagements, der einzelnen Risikoarten sowie zu den Risikokonzentrationen verweisen wir auf den Chancen- und Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

(69) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen mit einem Buchwert von 808 Mio. € (2009: 530 Mio. €), die zum Bilanzstichtag überfällig waren, wurden keine Wertminderungen gebildet, da nach Einschätzung der Helaba keine wesentliche Veränderung in der Bonität der Schuldner vorliegt und mit einer Tilgung der ausstehenden Beträge gerechnet wird.

Ein finanzieller Vermögenswert wird als überfällig eingestuft, wenn der Vertragspartner den vertraglich vereinbarten Zahlungen aus dem Finanzinstrument nicht fristgerecht nachgekommen ist und deshalb ein maschinelles Mahnverfahren eingeleitet wurde. Es ist dabei schon ausreichend, wenn bestimmte vertraglich vereinbarte Teilzahlungen (Zinsen oder Teilrückzahlungen) in Verzug sind.

Nachstehende Tabelle enthält eine Aufgliederung der zum Bilanzstichtag überfälligen, nicht wertgeminderten Forderungen sowie der hierfür gestellten Sicherheiten:

in Mio. €

	Verzug ≤ ein Monat	Verzug > ein Monat, ≤ drei Monate	Verzug > drei Monate, ≤ ein Jahr	Verzug > ein Jahr	Gesamt	Fair Value der Sicherheiten
Forderungen an Kunden (LaR)	255	222	119	208	804	297
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	2	1	1	–	4	–
Gesamt	257	223	120	208	808	297

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2009:

in Mio. €

	Verzug ≤ ein Monat	Verzug > ein Monat, ≤ drei Monate	Verzug > drei Monate, ≤ ein Jahr	Verzug > ein Jahr	Gesamt	Fair Value der Sicherheiten
Forderungen an Kunden (LaR)	295	77	78	52	502	336
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	8	8	8	4	28	–
Gesamt	303	85	86	56	530	336

Die Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen, die im Bilanzposten sonstige Aktiva ausgewiesen werden, resultieren überwiegend aus dem Immobilienprojektierungs- und Wohnungsbaugeschäft.

Der Helaba-Konzern hält zur Besicherung seiner Kreditforderungen insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften sowie Wertpapiere. Zudem kommen andere branchenübliche Sicherungsvereinbarungen zur Anwendung. Die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der Sicherheiten basieren auf der Bewertung der Sicherheiten, die abhängig von Kreditart und -volumen gemäß den Kreditrichtlinien einer laufenden Überwachung und Fortschreibung unterliegen.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte von Forderungen der Kategorie LaR, die durch die Bildung von Einzel- beziehungsweise pauschalierten Einzelwertberichtigungen wertgemindert wurden. Darüber hinaus sind hier auch die Bruttobuchwerte vor Wertminderung von Finanzanlagen der Kategorie AfS aufgeführt.

in Mio. €

	Buchwert vor Wertberichtigung		Höhe der Wertberichtigung		Buchwert nach Wertberichtigung		Fair Value der Sicher- heiten wertgeminderter Finanzinstrumente	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	9	25	1	15	8	10	–	–
Forderungen an Kunden (LaR)	2.305	2.223	1.004	927	1.301	1.296	747	947
Finanzanlagen (AfS)	538	441	149	142	389	299	–	–
Gesamt	2.852	2.689	1.154	1.084	1.698	1.605	747	947

Das maximale Kreditrisiko gemäß IFRS 7.36 (a) zum Abschlussstichtag entspricht mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte wie unter Anhangangabe (63) dargestellt zuzüglich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderprüflichen Kreditzusagen gemäß Anhangangabe (70). Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entspricht das maximale Kreditrisiko dem Buchwert abzüglich der Wertberichtigungen auf Forderungen (siehe Anhangangabe (37)). Es handelt sich hierbei um Beträge ohne Berücksichtigung von Sicherheiten oder sonstigen risikomindernden Vereinbarungen.

Im Rahmen der Sicherheitenverwertung bei Immobilienfinanzierungen in den USA wurden im Berichtsjahr Immobilien mit einem Buchwert in Höhe von 21 Mio. € in Objektgesellschaften eingebracht. Mit Maßnahmen zur Weiterveräußerung der Immobilien wurde begonnen. Das im Vorjahr erworbene Anwartschaftsrecht auf ein Grundstück (18 Mio. €) wurde im Berichtsjahr ausgeübt. Das erworbene Grundstück wurde bis zum 31. Dezember 2010 weiterveräußert.

Für weitere Angaben zu Kreditrisiken verweisen wir auf den Chancen- und Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

(70) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen

Bei den Eventual- und anderen Verpflichtungen des Helaba-Konzerns handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die sowohl aus den gestellten Bürgschaften als auch aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Kreditlinien erwachsen. Die Betragsangaben spiegeln mögliche Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter Kreditlinien beziehungsweise bei Inanspruchnahme der Avale wider. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen wurde von den Beträgen gekürzt.

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾
Eventualverbindlichkeiten	5.581	5.789
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	5.581	5.789
Andere Verpflichtungen	20.418	22.407
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.729	3.023
Unwiderrufliche Kreditzusagen	17.439	19.141
Nachschussverpflichtungen	56	15
Einzahlungsverpflichtungen	157	181
Vertragliche Verpflichtungen für den Erwerb von Sachanlagen, immateriellen und sonstigen Vermögenswerten	15	37
Vertragliche Verpflichtungen in Verbindung mit als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	17	9
Sonstige Verpflichtungen	5	1
Gesamt	25.999	28.195

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst.

Am Bilanzstichtag entfielen von den Einzahlungsverpflichtungen auf 23 Personenhandelsgesellschaften 153 Mio. € und auf zwei Kapitalgesellschaften 4 Mio. €. Einzahlungsverpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden nicht.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. angehörender Mitglieder. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet.

An der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, ist die Bank als unbeschränkt haftender Gesellschafter beteiligt.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Frankfurter Sparkasse ist Mitglied im Sparkassen-Stützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen. Diese Sicherungseinrichtungen haben institutssichernde Wirkung, das heißt, sie sind darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen bestehen Nachschussverpflichtungen.

Des Weiteren sind die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 % der Bemessungsgrundlage (Risikoaktiva der Institute) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages.

Darüber hinaus haften einzelne konzernangehörige Institute als Mitglieder von Einlagensicherungseinrichtungen im Rahmen der hierfür geltenden Bestimmungen.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Im Falle der Rückzahlung zweier stiller Einlagen mit unbegrenzter Laufzeit entstände unverändert gegenüber dem Vorjahr eine zusätzliche Zahlungsverbindlichkeit in Höhe von 205 Mio. €.

A-137

(71) Patronatserklärungen

Firma	Sitz
Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH	Frankfurt am Main
Grundstücksgesellschaft Westhafen GmbH	Frankfurt am Main
HLL Campus Dreieich GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
Zweite Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG	Hofgeismar

(72) Volumen der verwalteten Fonds

Die von der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und der LB(Swiss) Investment AG verwalteten Investmentvermögen setzen sich wie folgt zusammen:

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Publikumsfonds 58 (2009: 58)	3.699	2.813
Spezialfonds 227 (2009: 231)	64.267	52.769
Gesamt	67.966	55.582

(73) Treuhandgeschäfte

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Treuhandvermögen	1.226	3.249
Forderungen an Kreditinstitute	293	429
Forderungen an Kunden	653	696
Beteiligungen	66	2.114
Sonstige Vermögensgegenstände	214	10
Treuhandverbindlichkeiten	1.226	3.249
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9	11
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	906	3.192
Sonstige Verbindlichkeiten	311	46

Die Treuhandgeschäfte betreffen mit 1,2 Mrd. € (2009: 1,4 Mrd. €) im Wesentlichen als Treuhandkredite gewährte Fördermittel des Bundes, des Landes Hessen und der KfW, bei anderen Kreditinstituten angelegte Treuhandgelder sowie für Privatanleger verwalteten Anteilsbesitz. Im Vorjahr wurden darüber hinaus im Leasing- und Fondsgeschäft der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING Anteilsrechte im Wert von 1,9 Mrd. € im Treuhandwege als Dienstleistung für diverse Investoren verwaltet. Bezüglich des Rückgangs verweisen wir auf Anhangangabe (2).

Sonstige Angaben

(74) Angaben zum Leasinggeschäft

Der Helaba-Konzern als Leasinggeber

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Bruttoinvestitionswert	11	390
bis ein Jahr	1	76
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4	156
mehr als fünf Jahre	6	158
davon nicht garantierte Restwerte	-	48
unrealisierter Finanzertrag	-2	-95
Nettoinvestitionswert	9	295
bis ein Jahr	1	51
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3	112
mehr als fünf Jahre	5	132

Der Bruttoinvestitionswert entspricht der Summe der Mindestleasingzahlungen aus dem Finanzierungsleasing und der dem Leasinggeber zustehenden nicht garantierten Restwerte. In den Mindestleasingzahlungen sind vom Leasingnehmer zu leistende garantierte Restwerte enthalten. Der unrealisierte Finanzertrag entspricht der Differenz zwischen dem Bruttoinvestitionswert und dem Nettoinvestitionswert.

Die Finanzierungs-Leasinggeschäfte resultierten im Vorjahr insbesondere aus Geschäften der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING und betrafen im Wesentlichen Immobilien, Schienenfahrzeuge, Lastkraftwagen, Fitnessgeräte und andere mobile Gebrauchsgüter. Bezüglich des Rückgangs verweisen wir auf Anhangangabe (2). Kumulierte Wertberichtigungen bei Finanzierungs-Leasinggeschäften bestehen nicht (2009: 1 Mio. €). Im Berichtsjahr wurden aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen bedingte Mietzahlungen in Höhe von 4 Mio. € (2009: 2 Mio. €) als Ertrag erfasst.

A-139

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu erwarten:

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾
bis ein Jahr	92	273
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	151	569
mehr als fünf Jahre	115	239
Gesamt	358	1.081

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Die Operating-Leasingverhältnisse betreffen insbesondere Untermietverträge für angemietete Gebäudeflächen sowie Mietverträge aus der Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude. Im Berichtsjahr wurden aus Operating-Leasingverhältnissen bedingte Mietzahlungen in Höhe von 1 Mio. € (2009: 0 Mio. €) als Ertrag erfasst.

Der Helaba-Konzern als Leasingnehmer

Im Verwaltungsaufwand sind in Höhe von 43 Mio. € (2009: 60 Mio. €) Zahlungen für Operating-Leasingverhältnisse enthalten, bei denen die Helaba Leasingnehmer ist. Dies betrifft überwiegend Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Bei den angemieteten Objekten handelt es sich im Wesentlichen um im Bankbetrieb genutzte Bürogebäude, soweit sie nicht im Rahmen von Untermietverhältnissen einer anderen kommerziellen Nutzung unterliegen. Die Mietverträge haben feste Laufzeiten mit gegenwärtigen Restlaufzeiten bis zu 13 Jahren. Preisanpassungsklauseln bestehen in verschiedenen Varianten; bedingte Mietzahlungen sind nicht vereinbart.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾
bis ein Jahr	44	65
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	153	213
mehr als fünf Jahre	187	252
Gesamt	384	530

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe auch Anhangangabe (1).

Aus unkündbaren Untermietverhältnissen werden zum Bilanzstichtag künftige Mindestmietzahlungen in Höhe von 49 Mio. € (2009: 72 Mio. €) erwartet. Im Berichtsjahr wurden aus Untermietverhältnissen 17 Mio. € (2009: 23 Mio. €) vereinnahmt, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst sind.

Finanzierungs-Leasinggeschäfte mit dem Helaba-Konzern als Leasingnehmer bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(75) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen

Das Eigenkapitalmanagement des Helaba-Konzerns umfasst die Planung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel im Rahmen des Planungsprozesses, die Allokation von Eigenmitteln, die Überwachung der Entwicklung der Risikopositionen und die Einhaltung der Kapallimite, die Überwachung und Plausibilisierung des verbleibenden Kapitalpuffers sowie die Berücksichtigung eines kalkulatorischen Eigenkapitalkostensatzes im Rahmen der Deckungsbeitragsrechnung. Ziel des Eigenkapitalmanagements ist die Allokation der Ressource Eigenkapital unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten auf die Bereiche des Konzerns unter der Nebenbedingung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zur Kapitalausstattung.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe werden gemäß der §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Danach muss die Helaba-Institutsgruppe im Interesse der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern Eigenmittel in angemessener Höhe halten.

Die Solvabilitätsverordnung verpflichtet Institute, ihre Adressenausfallrisiken, ihre Marktrisiken und das operationelle Risiko zu quantifizieren und mit Eigenmitteln zu unterlegen.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe gemäß Solvabilitätsverordnung setzen sich aus dem Kern- und Ergänzungskapital sowie den Drittrangmitteln zusammen und gliedern sich zum Meldestichtag 31. Dezember 2010 wie folgt:

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Stammkapital	477	477
Sonstiges Kapital	2.973	2.973
Offene Rücklagen und Konsolidierungseffekte	1.901	1.810
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB	428	427
Abzugsposten nach § 10 Abs. 2a KWG	-31	-57
Kernkapital	5.748	5.630
Kapital gemäß § 10 Abs. 5 KWG	729	749
Längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten	2.319	2.373
Übrige Bestandteile und Konsolidierungseffekte	-12	-55
Ergänzungskapital	3.036	3.067
Abzugsposten gemäß § 10 Abs. 6 und 6a KWG	-550	-427
Haftendes Eigenkapital	8.234	8.270
Genutzte, verfügbare Drittrangmittel	-	-
Eigenmittel gesamt	8.234	8.270

A-141

Mit Feststellung der Jahresabschlüsse 2010 werden die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel durch Zuführung zu den Sonderposten nach § 340f HGB, Bildung von Wertberichtigungen und die Dotierung der Rücklagen gestärkt.

Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Kapitalanforderungen und Kennziffern:

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Adressenausfallrisiken	3.941	4.196
Marktrisiken	388	506
Operationelle Risiken	245	203
Kapitalanforderungen	4.574	4.905
Kernkapitalquote	9,6%	8,8%
Gesamtkennziffer	14,4%	13,5%

Kern- und Eigenkapitalquoten erfüllen die von der Helaba im Rahmen der Eigenkapitalplanung formulierten Zielquoten. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Kapitalausstattung sind eingehalten.

(76) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Helaba-Konzerns werden Geschäfte mit nach IAS 24 als nahestehend anzusehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns, dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen, dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen als Gesellschaftern sowie den Tochterunternehmen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen. Ebenso sind die Angaben zu den nach IAS 24 definierten Personen in Schlüsselpositionen des Helaba-Konzerns und des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen einschließlich deren naher Familienangehöriger sowie von diesen Personen beherrschter Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2010 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen an Kreditinstitute	5	121
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	5	5
Gesellschafter der Helaba	–	116
Forderungen an Kunden	1.591	1.801
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	16	251
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	453	564
Gesellschafter der Helaba	1.051	911
sonstige nahestehende Personen	71	75
Handelsaktiva	424	278
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	–	12
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	15	3
Gesellschafter der Helaba	409	263
Sonstige Aktiva	–	5
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	–	1
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	–	2
Gesellschafter der Helaba	–	2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6	219
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	6	219
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	92	99
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	10	7
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	21	37
Gesellschafter der Helaba	47	41
sonstige nahestehende Personen	14	14
Handelspassiva	75	175
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	8	12
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	1	2
Gesellschafter der Helaba	66	161
Sonstige Passiva	1	10
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	1	–
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	–	1
Gesellschafter der Helaba	–	9
Eventualverbindlichkeiten	345	531
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	1	79
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	161	208
Gesellschafter der Helaba	114	58
sonstige nahestehende Personen	69	186

A-143

Wertberichtigungen für bilanzierte Forderungen an nahestehende Unternehmen und Personen bestehen nicht. Forderungsausbuchungen oder Forderungsverzichte sind im Jahr 2010, ebenso wie im Jahr 2009, nicht angefallen.

Die nicht bilanziell als Forderungen beziehungsweise Einlagen oder Verbindlichkeiten ausgewiesenen Geschäfte mit nahestehenden Personen betreffen im Wesentlichen den An- und Verkauf von Wertpapieren und Investmentfondsanteilen sowie das von einer Tochterunternehmung betriebene Geschäft der Platzierung von geschlossenen Fonds. Die hieraus entstandenen Erträge beziehungsweise Aufwendungen sind von nur untergeordneter Bedeutung (insgesamt kleiner als 1 Mio. €).

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 0,2 Mio. € (2009: 0,9 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 2 Mio. € (2009: 2 Mio. €).

Die Bezüge des Vorstandes und des Verwaltungsrates der Helaba im Jahr 2010 setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Kurzfristige Leistungen	6	4
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	3	4
Andere langfristige Leistungen	–	–
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–

(77) Honorare des Abschlussprüfers

Für das Geschäftsjahr wurden folgende Entgelte für Leistungen berechnet, die von Konzernunternehmen der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbracht wurden:

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Abschlussprüfung	5	5
Sonstige Leistungen	1	1
Gesamt	6	6

(78) Angaben zu Arbeitnehmern

Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	Weiblich		Männlich		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Bank	980	961	1.425	1.408	2.405	2.369
WIBank	214	124	176	121	390	245
Landesbausparkasse	181	190	140	142	321	332
Gesamtbank	1.375	1.275	1.741	1.671	3.116	2.946
Konzernochtergesellschaften	1.564	1.497	1.500	1.447	3.064	2.944
Konzern	2.939	2.772	3.241	3.118	6.180	5.890

(79) Mitglieder des Verwaltungsrates

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Karlheinz Weimar

Mitglied des Hessischen Landtages
Wiesbaden
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Dieter Mehlich

Vorsitzender des Vorstandes
Kasseler Sparkasse
Kassel
– Dritter stellvertretender
Vorsitzender –
– bis 31.12.2010 –

Hans Adler

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Starkenburg
Heppenheim
– bis 30.04.2010 –

Prof. Dr. h. c. Ludwig G. Braun

Vorsitzender des Vorstandes
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Bernd Fickler

Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Groß-Gerau
Groß-Gerau
– seit 01.05.2010 –

Robert Fischbach

Landrat
Kreis Marburg-Biedenkopf
Marburg

Martin Fischer

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Jena-Saale-Holzland
Jena

Stefan Gielowski

Oberbürgermeister
Stadt Rüsselsheim
Rüsselsheim

Stefan Lauer

Mitglied des Vorstandes
Deutsche Lufthansa AG
Frankfurt am Main

Christoph Matschie

Minister
Thüringer Minister für Bildung,
Wissenschaft und Kultur
Erfurt

Gerhard Möller

Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege
– seit 11.11.2010 –

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen Landtages
Wiesbaden

Stefan Reuß

Landrat
Werra-Meißner-Kreis
Eschwege

Dr. h. c. Petra Roth

Oberbürgermeisterin
Stadt Frankfurt am Main
Frankfurt am Main

Thorsten Schäfer-Gümbel

Mitglied des Hessischen Landtages
Wiesbaden

Dr. Bernd Scheifele

Vorsitzender des Vorstandes
HeidelbergCement
Heidelberg

Wolfgang Schuster

Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar

Dr. Rainer Spaeth

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Dr. Norbert Vornehm

Oberbürgermeister
Stadt Gera
Gera

Dr. Manfred Wagner

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg
Bad Hersfeld
– bis 31.10.2010 –

Alfred Weber

Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt
Saalfeld

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstandes
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Grünberg
Grünberg

Von der Belegschaft entsandt:

Wilfried Abt

Abteilungsleiter
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Robert Becker

Senior Vice President
New York

Nicole Brandt

Bankangestellte
Kassel

Wilfried Carl

Stellvertretender
Abteilungsleiter
Kassel

Thorsten Derlitzki

Bankangestellter
Frankfurt am Main

Gabriele Fuchs

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Anke Glombik

Bankprokuristin
Erfurt

Susanne Noll

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka

Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Erich Roth

Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahliger-Rasper

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Wolf-Dieter Tesch

Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

(80) Kreditausschuss des Verwaltungsrates

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Stellvertretender Vorsitzender –

Wilfried Abt

Abteilungsleiter
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main

Martin Fischer

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Jena-Saale-Holzland
Jena

Claus Kaminsky

Oberbürgermeister
Stadt Hanau
Hanau

Frank Lortz

Mitglied des Hessischen Landtages
Wiesbaden

Dieter Mehlich

Vorsitzender des Vorstandes
Kasseler Sparkasse
Kassel
– bis 31.12.2010 –

Gerhard Möller

Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Dirk Pfeil

Honorargeneralkonsul
Unternehmensberater
Frankfurt am Main

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen Landtages
Wiesbaden

Fritz Schröter

Mitglied des Thüringer Landtages
Erfurt
– seit 19.03.2010 –

Wolfgang Wehner

Erfurt
– bis 14.03.2010 –

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Grünberg
Grünberg

A-147

(81) Bilanzprüfungsausschuss des Verwaltungsrates

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstandes
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Hans Peschka

Stellvertretender
Abteilungsleiter
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Hans Adler

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Starkenburg
Heppenheim
– bis 30.04.2010 –

Dr. Robert Becker

Senior Vice President
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
New York

Wilfried Carl

Stellvertretender
Abteilungsleiter
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Kassel

Bernd Fickler

Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Groß-Gerau
Groß-Gerau
– seit 01.12.2010 –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt

Dr. Rainer Spaeth

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Karlheinz Weimar

Mitglied des hessischen Landtages
Wiesbaden

Der Verwaltungsrat hat außerdem im Rahmen seiner Befugnisse Aufgaben an einen Personal-
ausschuss, einen Bauausschuss sowie einen Beteiligungsausschuss übertragen.

(82) Mitglieder des Vorstandes

Hans-Dieter Brenner

Vorsitzender

Klaus-Dieter Gröb

Rainer Krick

Dr. Norbert Schraad

Johann Berger

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Detlef Hosemann

Gerrit Raupach

(83) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hans-Dieter Brenner	DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Johann Berger	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Klaus-Dieter Gröb	DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Rainer Krick	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland (bis 31. Dezember 2010)	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland (bis 31. Dezember 2010)	Vorsitzender
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Gerrit Raupach	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Norbert Schraad	Bundesdruckerei GmbH, Berlin	Mitglied

A-149

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hartmut Bieneck	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
Bruno Döbeli	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Winfried Franke	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz (bis 31. Dezember 2010)	Mitglied
Herbert Hans Grüntker	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Herbert Hirschler	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Jürgen Hofer	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Ulrich Kirchhoff	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Claudio Miguel Lagemann	Pirelli Deutschland GmbH, Höchst	Mitglied
Holger Mai	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	Vorsitzender
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied
Lothar Steinborn-Reetz	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied

(84) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß
§ 315a i.V.m. § 313 Abs. 2 HGB

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00			7,1	0 ¹⁾
2	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Frankfurt am Main	89,80			-0,4	-236 ²⁾
3	Arosa Finance Limited, Dublin, Irland	0,00			0,0	0 ³⁾
4	Bankservicegesellschaft Rhein-Main mbH, Kriftel	100,00			0,0	257
5	BGT Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG für Citybauten, Frankfurt am Main	100,00	100,00		78,4	-850 ²⁾
6	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00			0,0	0 ^{1),4)}
7	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,3	797 ²⁾
8	CAMPANULA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	0,00			0,0	-600 ³⁾
9	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89			36,2	1.653
10	Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG, Kassel	100,00			0,1	198 ²⁾
11	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Kriftel	100,00			70,4	124 ²⁾
12	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,9	-290
13	Fellnerstraße 5 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,1	-122 ²⁾
14	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00			24,0	1.357
15	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		105,6	8.174
16	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		725,7	40.000
17	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	0 ¹⁾
18	G+S Bauen und Wohnen GmbH, Frankfurt am Main	100,00			2,6	11
19	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00			6,8	418
20	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00			0,3	0 ^{1),4)}
21	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0 ^{1),4)}
22	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-20
23	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-1.607 ²⁾
24	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,1	16
25	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		51,9	4.041
26	GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00			350,7	43.397
27	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0 ¹⁾

A-151

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
28	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		4,9	-483 ²⁾
29	HANNOVER LEASING Private Invest Beteiligungs GmbH, Pullach	100,00			40,0	422 ³⁾
30	HANNOVER LEASING Private Invest II GmbH & Co. KG, Pullach	91,25			51,7	-1.623 ³⁾
31	HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	54,50			50,2	-1.419 ³⁾
32	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-120 ²⁾
33	Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,0	117 ²⁾
34	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	100,00	100,00		125,0	9.247
35	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	100,00	100,00		5,0	174
36	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0 ¹⁾
37	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			2,5	50 ²⁾
38	Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz	95,00	95,00	24,00	-16,0	1.661 ³⁾
39	IHB Investitions- und Handels-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,5	165
40	IKT Westhafen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,2	24 ²⁾
41	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00			7,1	1.384
42	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00			5,2	0
43	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		0,7	0
44	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00			15,4	0
45	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00			17,7	0
46	Magnolia GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,8	-15 ²⁾
47	Main Capital Funding II Limited Partnership, St. Helier, Jersey	0,00			0,0	139 ³⁾
48	Main Capital Funding Limited Partnership, St. Helier, Jersey	0,00			0,0	51 ³⁾
49	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0 ¹⁾
50	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	74,59			3,7	585
51	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	90,70			16,3	1.136
52	NVZ Teltow GmbH, Berlin	100,00			0,3	1.019
53	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00			4,9	217
54	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0 ^{1), 4)}
55	OPUSALPHA FUNDING LTD, Dublin, Irland	0,00			0,0	0 ³⁾
56	OPUSALPHA PURCHASER LTD, Dublin, Irland	0,00			0,0	0 ³⁾
57	Palladium Praha s.r.o., Prag, Tschechien	83,00			-92,6	-84.502 ³⁾
58	Palladium SC GmbH & Co. Beteiligungs KG, Pullach	0,00			-2,3	-2.118 ³⁾
59	Projektgesellschaft ehem. JVA Erfurt mbH & Co. KG, Erfurt	100,00			0,1	-16 ²⁾
60	Projektgesellschaft Gesundheitszentrum Frauengasse – Jena mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2 ²⁾

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
61	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,5	-679
62	Schlossgalerie Eschwege GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	0
63	STRATUS Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	94,80			0,0	-114 ³⁾
64	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	-2
65	VANESSA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	0,00			0,0	-806 ³⁾
66	Vermögensverwaltung „Emallierwerk“ GmbH, Fulda	100,00			0,5	29
67	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0 ¹⁾
68	Westhafen Tower GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	90,00			-0,5	-2 ²⁾
69	Westhafenkontor GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	41 ²⁾

Lfd. Nr.	Wertpapiersondervermögen nach InvG	Kapitalanteil in %		Fonds- volumen	
		gesamt	davon unmittelbar	Mio. €	
70	HI A-FSP Fonds	100,00		141,1	³⁾
71	HI C-FSP Fonds	100,00		125,5	³⁾
72	HI FBI Fonds	100,00		133,1	³⁾
73	HI FBP Fonds	100,00		92,7	³⁾
74	HI FSP Fonds	100,00		154,0	³⁾
75	HI H-FSP Fonds	100,00		133,7	³⁾
76	HI-Balanced 40	100,00		4,9	^{3), 5), 6)}
77	HI-HT-KOMP-Fonds	100,00		8,6	^{3), 7)}
78	HI-LBS 2-FONDS	100,00	100,00	49,3	^{3), 7)}
79	HI-LBS 4-FONDS	100,00	100,00	49,8	^{3), 7)}
80	HI-LBS 5-FONDS	100,00	100,00	42,5	^{3), 7)}
81	HI-LBS 6-FONDS	100,00	100,00	48,7	^{3), 7)}
82	HI-LBS-FONDS I	100,00	100,00	48,2	^{3), 7)}
83	HI-RENTPLUS-FONDS	100,00	100,00	373,8	^{3), 7)}
84	HI-TURBO-FONDS	100,00	100,00	760,9	^{3), 7)}

A-153

Des Weiteren wurden folgende Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierte Unternehmen at Equity bewertet:

At Equity bewertete Gemeinschaftsunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
85	BS Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
86	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
87	G&O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Eschborn	50,00			0,1	-2
88	G&O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,0	-36
89	G&O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn	50,00			0,0	9
90	G&O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,1	8
91	G&O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,3	1.687
92	G&O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,0	k. A.
93	G&O Gateway Gardens Zweite GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,0	k. A.
94	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00			-0,7	-268
95	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00			0,0	0
96	GOB Dritte E&A Grundbesitz GmbH, Eschborn	47,00			-1,1	-322
97	GOB Projektentwicklung E&A GmbH & Co. Vierte Rhein-Main KG, Eschborn	55,00			-0,5	-559
98	GOB Werfthaus GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,1	4.376
99	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Walldorf	50,00			2,9	-32
100	Projektentwicklung BS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			-0,4	-427
101	SKYGARDEN Arnulfpark GmbH & Co. KG, Grünwald	50,00			3,4	-460
102	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	50,00			-0,3	0
103	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	33,33			1,5	9

At Equity bewertete assoziierte Unternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
104	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln	25,00			75,4	-23.355
105	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33			1,5	530
106	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	44,79	44,79		19,8	-9.579

Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
107	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,4	5
108	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0 ¹⁾
109	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	0,4	52
110	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4	120
111	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,67	0,2	26
112	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,8	102
113	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	0,6	127
114	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,6	405
115	Bürogebäude Darmstädter Landstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	15
116	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,4	48
117	Div Deutsche Immobilienfonds Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,1	0 ¹⁾
118	Dritte Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00			0,0	3
119	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	-7
120	Franziskanerhof Bonn GmbH & Co. KG, Köln	100,00			2,0	20
121	Franziskanerhof Bonn Verwaltungsgesellschaft mbH, Köln	100,00			0,0	0
122	GIB Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	k. A.

A-155

Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
123	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	3
124	Helaba Beteiligungs-Management-Gesellschaft mbH i.L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,5	0 ¹⁾
125	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,9	89
126	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	-17
127	Innovationsfonds Hessen Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG i. L., Frankfurt am Main	86,66	86,66		-0,2	-228
128	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	-1
129	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	0,9	199
130	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,8	102
131	NIBU Grundstücksverwaltungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,1	473
132	NORMAN BERRY DRIVE LLC, Norcross, USA	100,00	100,00		2,0	-5
133	Nötzli, Mai & Partner AG, Zürich, Schweiz	70,00			0,5	71
134	Projektentwicklung Taunusstein GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-1
135	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH, Frankfurt am Main	51,00			0,0	1
136	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH & Co. Bauträger KG, Frankfurt am Main	51,00			0,1	33
137	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,0	0
138	Second Millennium GmbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	2
139	S-Landesimmobilien GmbH, Erfurt	100,00			0,0	0 ¹⁾
140	TE Atlas GmbH i.L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	1
141	TE Atlas Holding Limited i.L., Pieta, Malta	100,00			0,0	-24
142	TE Atlas Limited i.L., Pieta, Malta	100,00			0,0	-9
143	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,3	110
144	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH), Frankfurt am Main	66,66	66,66		4,0	-1.187
145	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	0,9	119
146	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0

Gemeinschaftsunternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
147	AARON Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Oberursel	50,00	50,00		-0,7	-14
148	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-1
149	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Eschborn	50,00			0,0	3
150	HELY Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,0	0
151	HELY Immobilien GmbH & Co. Grundstücksgesellschaft KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00		-4,6	-6.486
152	Hessen Kapital I GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		16,6	-1.128
153	Hessen Kapital II GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2,6	-244
154	H/H-Capital Management GmbH i.L., Luxemburg, Luxemburg	50,00			7,6	-395
155	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	5
156	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v.d.H. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,3	61
157	Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		-0,4	-460
158	Multi Park Verwaltungs GmbH, Walldorf	50,00			0,0	-22
159	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00			0,0	-2

Assoziierte Unternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
160	HANNOVER LEASING Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	44,79	44,79		0,0	2
161	Bürgerschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,25	21,25		12,0	325
162	Bürgerschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		16,6	1.162
163	Cargo Immobilien GmbH & Co. Projekt 2 KG, Wiesbaden	25,00			-0,4	149
164	Cargo Immobilien GmbH & Co. Projekt 3 KG, Wiesbaden	25,00			0,0	53
165	Comtesse BTH Limited, London, Großbritannien	6,77	6,77		26,3	-252
166	CEREUS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co Vermietungs KG, Pullach	33,33			2,8	-477
167	CORPUS SIREO Holding GmbH, Köln	25,00			0,1	7
168	CPC Cellular Process Chemistry GmbH, Frankfurt am Main	33,33			0,0	-782
169	Dorotheenhöfe Grundstücks-GmbH & Co. KG, Berlin	30,00			0,9	23
170	Francilienne Investments I S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg	23,41			0,2	243
171	HaemoSys GmbH, Jena	38,33			-4,8	-524
172	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Wiesbaden	50,00	50,00		0,5	221
173	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	36,39	36,39		43,4	766
174	Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz	21,62			-1,7	1.138
175	Logistikzentrum Rodgau GmbH, Schönefeld	25,00			-0,8	134

A-157

Assoziierte Unternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
176	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	32,52	32,52		6,3	180
177	MIG Immobiliengesellschaft mbH, Mainz	22,73	22,73		-6,7	-151
178	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,60	38,60		16,9	1.420
179	Riedemannweg 59-60 GbR, Berlin	32,00	32,00		-4,8	47
180	Rotunde – Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe bR, Erfurt	60,00	60,00	33,00	0,2	-46
181	SAB-HPI Immobilien GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe	49,04			0,1	-1
182	SDZ Sparkassen-DienstleistungsZentrum Nordhessen GmbH, Homburg/Etze	44,00	44,00		1,0	17
183	sys-T-matic Automations AG in Insolvenz, Schaaheim	30,00			k. A.	k. A.
184	Uknow GmbH, Heidenrod	25,09			-0,4	13
185	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		-2,2	335
186	Vision Verpackungstechnik GmbH, Grünberg	25,14			-0,8	-483
187	VRMI Gesellschaft zur Verwertung von Rechten im Bereich der medizinischen Information mbH i.L., Friedrichsdorf	34,00			-4,9	2.379

Kapitalanteil größer 20 %

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
188	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG, München	100,00		0,21	0,0	3
189	SDS Sparkassen-Dienstleistungs-Zentrum Südhessen GmbH, Darmstadt	25,10	25,10	10,00	1,4	143

- 1) Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisübernahmevertrag.
2) Von § 264b HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.
3) Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Zweckgesellschaft.
4) Von § 264 Abs. 3 HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.
5) Es handelt sich um ein Publikumssondervermögen im Sinne des InvG.
6) Geschäftsjahresende 30. November.
7) Geschäftsjahresende 31. Januar.
k. A.: Es liegt kein festgestellter Jahresabschluss vor.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 29. März 2011

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner

Berger

Gröb

Dr. Hosemann

Krick

Raupach

Dr. Schraad

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den von der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, gesonderter Gewinn- und Verlustrechnung und Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, 29. März 2011

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Burghardt
Wirtschaftsprüfer

Wolfgang Weigel
Wirtschaftsprüfer

**Unterzeichner für die
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale**

Frankfurt am Main / Erfurt, den 29. April 2011